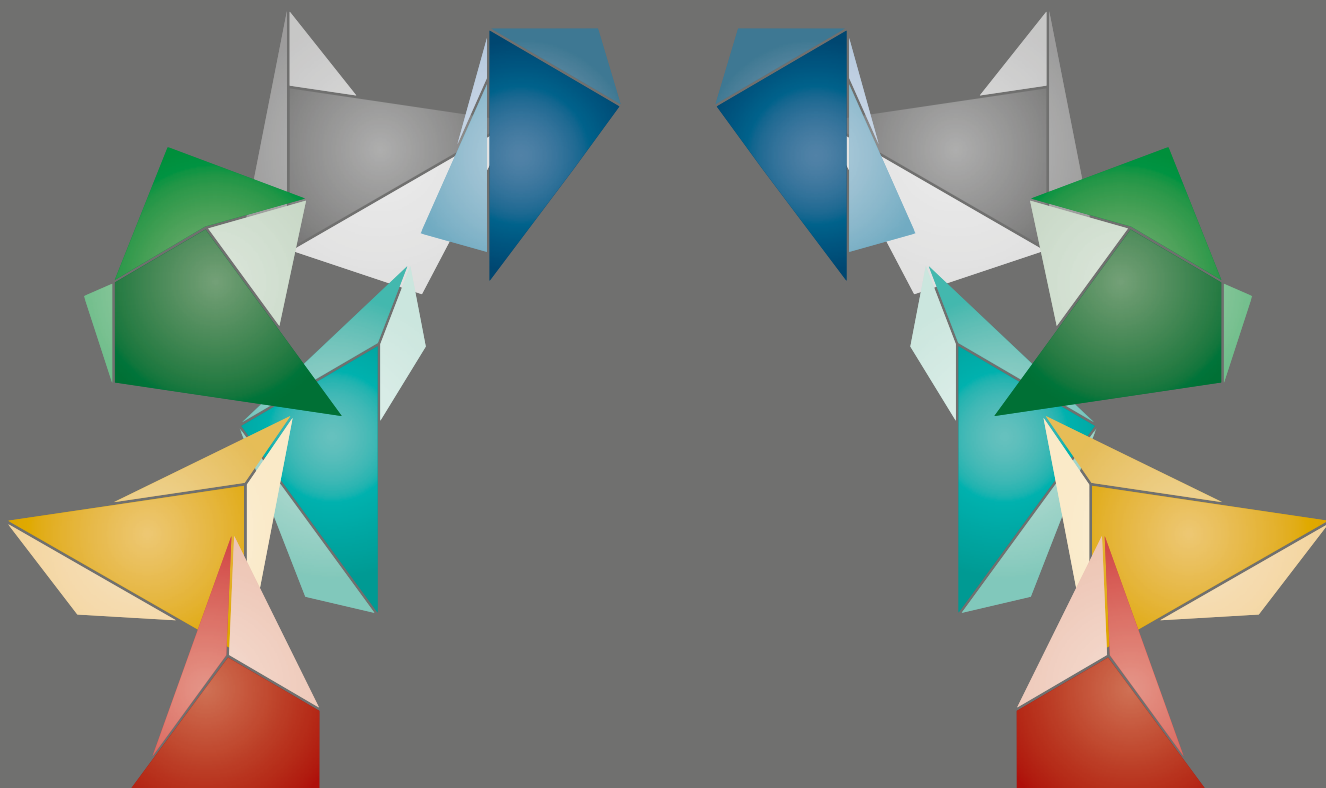


WIR MACHEN STAAT.KLAR



Regierungspräsidium
Kassel

WIR MACHEN STAAT.KLAR

Eine Veröffentlichung des Regierungspräsidiums **Kassel**

Regierungspräsidium Kassel
Am Alten Stadtschloss 1
34117 Kassel
Telefon: 0561-106-0
Fax: 0561-106-1611
E-Mail: poststelle@rpks.hessen.de

Konzept, Texte, Redaktion
Michael Conrad, Pressesprecher des Regierungspräsidiums Kassel
Claus Peter Müller von der Grün, Publizist

Satz und Gestaltung
Werbeagentur Wunschvater
www.wunschvater.de

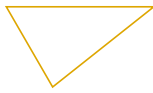
Druck
Boxan
www.boxan.de

Auflage
1.000 Stk.

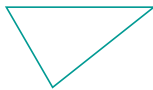
August 2021

Regierungspräsidien stiften Gemeinschaft Von Kanzleramtsminister Dr. Helge Braun	4
---	---

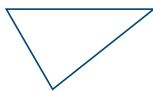
Regierungspräsidien als wichtiger Bestandteil moderner Landesverwaltung Von Prof. Dr. Jörg Bogumil, Ruhr-Universität Bochum	13
--	----



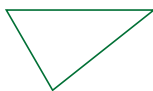
Abteilung Z – Zentralabteilung	
Eine Modellbehörde macht sich auf den Weg	25
Digitaler Pioniergeist hat hier Tradition	27
Bausteine als Blaupausen	34
Aus Freude an der Verwaltungszukunft	36



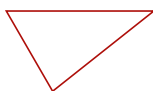
Abteilung II: Verkehr, Planung, ländlicher Raum, Verbraucherschutz	
NordOstHessen: Eine starke Region allseits vernetzt	41
Die Regiotram schreibt Bahngeschichte fort	46
Regionale Stromerzeugung für regionalen Klimaschutz	49
Viel Potenzial für grüne Technologie-Region	52
So werden Stärken gewonnen	56
Die modernste mittelalterliche Stadt im Lande	58
Der Zweckverband schreibt am Fahrplan für die Zukunft	62



Abteilung III: Umwelt- und Arbeitsschutz	
Natur und Kultur – Versöhnung am einst wilden Fluss	68
Die Gewässerbelastungen stetig verringern	76
Knifflige Altlastsanierung – Arbeit für Jahrzehnte	82
RP als Berater und Begleiter	85
Renaturierung an der Eder beispielhaft umgesetzt	88



Abteilung IV: Sicherheit und Ordnung	
Die Zukunftsaufgabe Feuerwehr	91
Feuerwehr als Schulfach	95
„Meine Lieblingsfarbe ist bestimmt nicht rosa“	96
„Im Einsatz verstehen wir uns alle“	98
Feuerwehr für die ganz Kleinen	99
Keine Floskel: Gott zur Ehr – den Menschen zur Wehr	100
„Helfen wollen ist gut – helfen können ist besser“	101



Abteilung V: Arbeitsschutz und Soziales	
Akzeptanz durch Unabhängigkeit	105
Sichere Produkte sorgenfrei nutzen	109

Zukunftsaufgaben des RP Interview mit Prof. Dr. Sylvia Veit, Universität Kassel	113
---	-----

Die Politik kommt wirklich im Alltag an Von Claus Peter Müller von der Grün	123
---	-----

Ausbildung und Karriere im Regierungspräsidium Kassel	126
--	-----



Vier Ziele, die uns leiten

I Das Regierungspräsidium vertritt die Interessen Nord- und Ost Hessens. Wir nehmen aktiv eine Moderatorenfunktion wahr, ergreifen Initiativen und sind Sprachrohr der Region.

II Das Regierungspräsidium ist als einzige Landesbehörde in der Region im Bereich der Allgemeinen Verwaltung mit seiner hohen Kompetenz in vielen Fachbereichen mit seiner Bündelungsfunktion unverzichtbar. In dieser Rolle führen wir komplexe Verfahren mit abgestimmten Entscheidungen zum Ziel.

III Das Regierungspräsidium trägt auf allen ökonomischen, ökologischen und sozialen Handlungsfeldern zur Entwicklung von Nord- und Ost Hessen bei. Für unsere Region verstehen wir uns als kundenorientierte Dienstleistungsbehörde. Im Auftrag der Landesregierung nehmen wir auch landesweit Aufgaben kompetent und effizient wahr.

IV Das Regierungspräsidium arbeitet effizient und zukunftsorientiert. Wir tragen den Anforderungen einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft nach umfassender Information und schnellen Verfahren Rechnung.



Foto: Harald Soremski

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir sind eine Behörde. Und wir haben ein Leitbild. Zugegeben, darum liest es sich auch ein wenig so, wie das einer Behörde. Wir versprechen eben nicht das Blaue vom Himmel, sondern wir stehen im Dienst eines Landes, einer Region und der Menschen, die hier leben. Wir machen also Staat. Unser Leitbild erinnert uns jeden Tag daran, dass wir für die Menschen, für unsere Region und für unser Land arbeiten. Und darum leben wir unser Leitbild. Wie wir dies ganz praktisch tun, und wie das bei denen, für die wir es tun, ankommt, genau das wollen wir anhand weniger Beispiele auf den folgenden Seiten klar machen. Kanzleramtsminister Dr. Helge Braun erklärt die gesellschaftliche Bedeutung von Regierungspräsidien. Prof. Dr. Bogumil von der Uni Bochum ordnet ein, woher die Bündelungsbehörden historisch kommen und was sie wert sind. Und Prof. Dr. Veit von der Uni Kassel blickt zum Ende für uns in die Zukunft von Verwaltung. Dazwischen zeigen wir in journalistisch verfassten Beiträgen, was wir können und wie wir das machen.

Entlang den Flüssen NordOstHessens kontrollieren wir mit unseren Umweltdezernaten die Einleitungen aus den Kläranlagen, begleiten komplexe Altlastsanierungen, schaffen Hochwasserschutz und planen Renaturierungen. Als Genehmigungsbehörde müssen unsere Entscheidungen nicht jedem gefallen; nicht einmal uns selbst. Aber sie müssen Recht und Gesetz folgen. Darauf haben die Menschen einen Anspruch, und darum ist das unser Anspruch. Wir vermitteln zwischen Land und Kommunen und machen aus Politik und Gesetzen Wirklichkeit. Und in der Regionalplanung geben wir gemeinsam mit der Regionalversammlung den Wünschen, wie wir morgen gut leben möchten, einen Rahmen. Für die Menschen, die hier leben, wollen wir NordOstHessen als gemeinsamen ländlichen Raum mit seinen Oberzentren verzahnen. Dafür haben wir unglaublich viel Fachwissen unter einem Dach gebündelt. Bei uns arbeiten Menschen aus den unterschiedlichsten Berufen: Juristen und Ingenieure, Techniker und Architekten, Förster und Biologen, Landschaftsplaner, Geologen und Betriebswirte, Informatiker und viele mehr führen die komplexen Herausforderungen zum guten Ende. So kann unsere Professionalität auch in historisch extrem herausfordernden Situationen dabei helfen, zum Beispiel die Flüchtlingskrise oder die Folgen der Corona-Pandemie zu meistern.

Auf den folgenden Seiten erhalten Sie einen Einblick in unsere Aufgaben und unsere Verantwortung. Klar: Wir machen auch Staat indem wir Verkehrsünder verfolgen – damit die vielen anderen Menschen sicherer unterwegs sein können. Und erst recht machen wir Staat, indem wir die Gesetze anwenden, die unsere Parlamentarier beschlossen haben. Und wie wir das tun, erklären wir gern; auch gern öfter.

Wir machen eben gern Staat klar.

Ihr

Regierungspräsident
Hermann-Josef Klüber

Regierungsvizepräsident
Dr. Alexander Wachter



Regierungspräsidien stiften Gemeinschaft

Von Kanzleramtsminister Dr. Helge Braun

Der Föderalismus als solcher und die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern sind immer wieder Gegenstand von Diskussionen. Rufe nach zentralstaatlichen Lösungen werden mit dem Versprechen verbunden, dass damit alles einheitlicher und besser wird.

Den Föderalismus in Frage zu stellen, wäre aber vollkommen falsch. Man glaube nicht, dass in einem zentralen Staat das Handeln vor Ort schneller, präziser, sachangemessener, verhältnismäßiger gehen könnte als in einer föderalen Struktur mit starken kommunalen Vertretern, die auf der Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung vor Ort direkt Entscheidungen treffen. Die Ausgangslage in den 16 Ländern ist völlig unterschiedlich – und auch in den Ländern sind die Unterschiede oft groß, etwa zwischen Großstadt und ländlichem Raum. Der Bund könnte für viele spezifische Probleme vor Ort nicht die passenderen Antworten liefern.

Auch und gerade in Krisenzeiten haben sich unsere föderalistischen und dezentralen Strukturen mit ihren Entscheidungskompetenzen vor Ort immer bewährt. Wir haben damit die deutsche Einheit gestemmt und die Finanzkrise überwunden. Auch während der großen Flüchtlingswelle ist es Ländern und Kommunen gelungen, mit den örtlichen und regionalen

bürgerschaftlichen Organisationen, Kirchen, Sportvereinen und vielen anderen Trägern Lösungen zu finden und mit den Hunderttausenden Freiwilligen zu koordinieren. Auch das Regierungspräsidium Kassel hat dabei Kraft und Kreativität der deutschen Verwaltungen durch Einfallsreichtum, Schnelligkeit und Pragmatismus immer wieder eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Dass aus einer zentralen Instanz heraus flächendeckend in Deutschland zum Beispiel die Unterbringung von Flüchtlingen besser organisiert worden wäre, ist nicht vorstellbar.

Das gilt auch für die aktuelle Corona-Pandemie. Es wäre nicht möglich, von zentraler Stelle aus flächendeckend Testungen zu veranlassen. Das kann nur vor Ort schnell organisiert werden. Für mich steht fest: auch in der aktuellen Corona-Krise ist der Föderalismus mit seiner Fähigkeit, vor Ort sehr konkret und passgenau zu handeln, für dieses Land ein großes Glück. Wir haben in den 16 Ländern völlig unterschiedliche Ausgangslagen – angrenzende Nachbarstaaten,

die Risikogebiet sind, oder die besondere Lage Hessens mitten in Deutschland.

Gleichzeitig müssen wir aber in einer Zeit, die für die Menschen mit großer Unsicherheit verbunden ist, daran arbeiten, dass das, was wir tun, verstanden wird. Dazu gehört ein großes Maß an Gemeinsamkeit: gemeinsame Ziele, gemeinsame Maßstäbe für das Handeln. Besonders im Umgang mit Krisen dürfen die Menschen erwarten, dass in vergleichbaren Situationen vergleichbar gehandelt wird. Einschneidende Maßnahmen werden dann auch viel eher akzeptiert. Die Akzeptanz von Maßnahmen sinkt aber, wenn der Eindruck entsteht, in einem anderen Bundesland würde völlig anders verfahren. Um diese Kohärenz haben wir in den letzten Monaten im ständigen Austausch mit den Chefs der Staatskanzleien und den Ministerpräsidenten gerungen. Ich bin sehr dankbar, dass es uns am Ende immer wieder gelungen ist, gemeinsames Handeln zu vereinbaren.

>

Zum Föderalismus gehört auch schon immer, dass stetig über Verbesserungen und Änderungen im Kompetenzgefüge diskutiert wird, etwa bei den Finanzbeziehungen. Gerade Krisensituationen wie die Corona-Pandemie bieten eine solche Chance zur Erneuerung und zum Nachdenken über Verbesserungen. Deshalb sollten wir nach dem Ende der Pandemie zum einen noch einmal darüber sprechen, wie wir möglichst einheitlich vorgehen können. Und wir sollten zum anderen über die Strukturen nachdenken. Die Länder müssen in Krisensituationen Aufgaben in bisher nicht bekannten Größenordnungen bewältigen – beispielsweise aktuell im Bereich der Kontaktnachverfolgung – die die Staatsbediensteten ohne Unterstützung nicht mehr bewältigen können. Wir haben für solche Fälle Hilfsorganisationen wie das THW und die Bundeswehr

als Helfer in der Not. Aber es stellt sich die Frage, ob man sich darauf nicht besser vorbereiten kann. Aus meiner Sicht brauchen wir zivile Strukturen jenseits von THW und Feuerwehr. Wir brauchen geschulte Helfer aus der breiten Bevölkerung. Ich stelle mir eine Art zivile Reserve vor – wie es auch eine militärische Reserve gibt. Darüber lohnt es sich nachzudenken.

Wir müssen den Menschen aber auch deutlich machen, dass die Politik in Deutschland daneben genügend Kraft hat, auch die anderen großen Herausforderungen anzugehen. Das betrifft etwa das Thema Digitalisierung. Bei diesem großen Zukunftsthema, das uns als Gesellschaft, als Staat und auch die deutsche Wirtschaft bewegt, brauchen wir eine große Geschwindigkeit und es ist gut, dass die Pandemie hier zu einem Schub geführt hat. Für den Aufbruch und den

Mut zur Digitalisierung ist es besonders wichtig, dass wir bei den Verwaltungsleistungen, die jeder einzelne Bürger vom Staat in Anspruch nehmen kann, vorankommen. Dabei geht es auch um Transparenz des Verwaltungshandelns, um die Bereitstellung von Daten für Bürgerinnen und Bürger und um neue Formen der Partizipation.

Ich bin daher sehr dankbar für den Prozess, den wir in der letzten Wahlperiode mit der Grundgesetzänderung und dem Onlinezugangsgesetz (OZG) angelegt haben. Auf dem Weg zur Vollumsetzung haben wir schon Einiges erreicht: ALG II, Corona-Überbrückungshilfen, erweiterte Möglichkeit der Kfz-Anmeldung, BAföG, „Novemberhilfen“, Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels zur Erwerbstätigkeit sind einige Beispiele der insgesamt schon über 300 von 575 Leistungen,

"Die Regierungspräsidien können zeigen, dass Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung funktioniert."

die zumindest teilweise online angeboten werden. Wir sollten weiter sehr viel Energie darauf verwenden, dass wir das mit dem OZG verbundene Versprechen umsetzen, bis 2022 alle wichtigen Dienstleistungen in einer benutzerfreundlichen Weise online anzubieten.

Zur Umsetzung des OZG hat der Bund mit den Ländern ein Dachabkommen gezeichnet, in Einzelvereinbarungen wird die Zusammenarbeit konkretisiert. Das Land Hessen hat dabei die Federführung für die Themen Mobilität und Reisen – dabei geht es etwa um die Beantragung des Führerscheins – sowie Steuern und Zoll übernommen. Es freut mich, dass Hessen darüber hinaus das Projekt eID unterstützen möchte. Das große Engagement Hessens im Bereich der Digitalisierung zeigt sich auch an dem Landesprojekt „Digitale Modellbehörden“ (DMB),

mit dem in über 200 Einzelprojekten die weitgehende Digitalisierung seiner Dienst- und Verwaltungsleistungen erreicht werden soll und das damit eines der weitreichendsten Modernisierungsprojekte für die hessische Landesverwaltung in der laufenden Legislaturperiode ist. Die drei hessischen Regierungspräsidien Gießen, Darmstadt und Kassel wollen damit nicht nur die aus dem OZG resultierende Verpflichtung zur Schaffung digitaler Schnittstellen für die Bürgerinnen und Bürger und für die Unternehmen weitgehend umsetzen, sondern auch die Verwaltungsprozesse der Regierungspräsidien medienbruchfrei, datensicher, nutzerfreundlich und barrierefrei digitalisieren. Die Regierungspräsidien können dadurch zeigen, dass Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung funktioniert und Beispiel für andere Bereiche der Landesverwaltung sein.

Daneben ist der Klimawandel eine epochale Aufgabe. Beim Klimaschutz müssen wir in den nächsten Jahren intensiv handeln, um Kipppunkte zu vermeiden – und das bei einer sicherlich schwierigeren Haushaltslage. Das sind große Herausforderungen, die wir alle gemeinsam – Bundesregierung, Bundesrat, Bundestag, die Länder und Kommunen, Gesetzgebung und Verwaltungsvollzug – in einer konstruktiven und sachlichen Art und Weise zum Erfolg führen müssen. Wenn wir Wort halten und umsetzen, was wir versprochen haben und das auch mit Verständnis für diejenigen tun, für die das große Veränderungen bedeutet, dann können wir auch bei diesem Thema eine große Akzeptanz und ein gutes Miteinander erreichen.

Das Land Hessen unterstützt und flankiert mit seinem integrierten Klimaschutzplan Hessen

>

2025 (IKSP), der 140 Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel beinhaltet und hierfür Mittel bereitstellt, die Vorgaben der Klimapolitik von EU und Bund und erleichtert damit die Umsetzung der Klimaschutzpolitik der Bundesebene in Hessen. Im Regierungsbezirk Kassel werden daraus mehrere Projekte gemeinsam mit Kommunen, Forstämtern, Wasserverbänden und anderen Akteuren entwickelt und umgesetzt.

Schon diese wenigen Beispiele zeigen, welche wichtige Rolle den Landesverwaltungen bei der Umsetzung der Vorschriften des Landes-, Bundes- und Europarechts zukommt und wie vielfältig die Aufgaben eines Regierungspräsidiums sind. Regierungspräsidien sind Schnittstellen zwischen der Landesregierung und den Landkreisen, Städten und Gemeinden in ihrer Region. Sie verfügen über die Kenntnis der Region, bündeln verschiedenste Verwaltungsaufgaben in einer Behörde und koordinieren Planungs- und Entscheidungsprozesse.

Auch im europäischen Kontext sind die Regionen sehr wichtig. Sie sind an Verhandlungen auf EU-Ebene beteiligt und übernehmen, weil die EU kaum eigene Verwaltungsbehörden hat und die Verwaltung daher weitgehend den Mitgliedstaaten obliegt, viele Verwaltungsaufgaben. Darüber hinaus transportieren die Regierungspräsidien die besonderen Interessen und Belange der Regionen in die Landespolitik, damit sie in Europa angemessen berücksichtigt werden können. Der Erfolg Europas hängt schließlich auch mit der Vielfalt seiner Regionen zusammen.

An den Beispielen oben wird deutlich, wie wichtig ein funktionierendes Zusammenspiel der verschiedenen Ebenen ist. Daran lässt sich ablesen, wie gut Demokratie funktioniert. Es prägt das Bild, das wir als Staat gegenüber Bürgerinnen und Bürgern abgeben und ist damit essentiell für das Vertrauen in die Demokratie und die Akzeptanz ihrer Institutionen, Verfahren und Entscheidungen.

Das möchte ich gerade in diesen Zeiten, in denen die demokratische Auseinandersetzung rauer geworden ist und verschiedene Gruppen ausgegrenzt werden – es also um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft geht – betonen. In diesen Zeiten kann auch der Föderalismus seine Stärke entfalten als eine politische Ordnung, die Identität schafft. Denn viele Menschen suchen in diesen Zeiten in ihrer Region Halt und Heimat.

Das Regierungspräsidium Kassel feierte 2017 bereits seinen 150. Geburtstag. Es liegt sicher auch an dieser langen Tradition, dass die Identifikation des Regierungspräsidiums mit seiner Region und umgekehrt in Kassel und Nordhessen besonders stark ist. Das soll auch so bleiben! Ich wünsche dem Regierungspräsidium und allen, die dort arbeiten, alles Gute und viel Erfolg bei der Umsetzung zukünftiger Herausforderungen!



Prof. Dr. Helge Braun

Chef des Bundeskanzleramtes
Foto: www.helge-braun.de

Prof. Dr. Helge Braun wurde 1972 in Gießen geboren. Hier studierte er nach dem Wehrdienst in Koblenz von 1994 bis 2001 Medizin und war von 2001 bis 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Klinik für Anästhesiologie, Operative Intensivmedizin und Schmerztherapie des Universitätsklinikums Gießen. Von 2002 bis 2005 und seit 2009 gehört er dem Deutschen Bundestag an. Von 2009 bis 2013 war er Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung.

Von 2013 bis 2018 war er Staatsminister bei der Bundeskanzlerin, sowie der Koordinator der Bundesregierung für Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung und der Koordinator für die Bund-Länder-Beziehungen. Am 14. März 2018 wurde er zum Bundesminister für besondere Aufgaben und zum Chef des Bundeskanzleramtes ernannt.





Zahlreiche national und international beachtete Highlights stehen für das Kulturleben im Regierungsbezirk Kassel. Nicht nur die documenta und das Staatstheater Kassel, sondern auch die Hersfelder Festspiele, der Kultursommer Nordhessen, der literarische Frühling in Frankenberg, das Kasseler Kulturzelt oder das Open Flair- und das Herzberg-Festival und viele andere Veranstaltungen bieten ein enorm reiches Veranstaltungsprogramm. Ausverkaufte Vorstellungen in stimmungsvoller Atmosphäre erleben die Menschen mit den Sommerkonzerten und Aufführungen auf dem Fuldaer Domplatz (Foto). Eine der umjubelten Inszenierungen war im Sommer 2019 das Musical über das Leben des Heiligen Bonifatius. Copyright: Stadt Fulda



Regierungspräsidien sind ein wichtiger Bestandteil moderner Landesverwaltung!

Prof. Dr. Jörg Bogumil, Ruhr-Universität Bochum

Bezirksregierungen oder Regierungspräsidien bestehen in Deutschland im Prinzip seit nahezu 200 Jahren. Diese sogenannten Mittelbehörden der allgemeinen Verwaltung wurden zunächst in Preußen im Rahmen der Stein/Hardenberg-Reformen 1808 eingeführt und in den folgenden Jahren und Jahrzehnten auch in zahlreichen anderen deutschen Staaten als regionale Bündelungsbehörden eingerichtet. In dem Begriff „Regierung“ wird die Stellvertreterfunktion deutlich. Die **Bündelung ressortspezifischer Entscheidungen** war von Anfang an eine **Kernfunktion** der Bezirksregierungen.

„Bündelung war von Anfang an eine Kernfunktion der Bezirksregierungen.“

Nach dem Zweiten Weltkrieg entschlossen sich alle bundesdeutschen Flächenländer mit Ausnahme der kleinsten Flächenländer Schleswig-Holstein und Saarland, allgemeine Verwaltungsbehörden der Mittelinstanz einzurichten. Nach der Wende wurde in Ostdeutschland in den einwohnermäßig kleinsten Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg auf Regierungspräsidien verzichtet. Zur Zeit gibt es, nachdem in Niedersachsen die Bezirksregierungen im Jahr 2005 aufgelöst wurden, in acht von 13 Flächenländern verschiedenste Formen von staatlichen Mittelinstanzen (regional ausgerichteten Mittelinstanzen in Hessen, Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen und Nordrhein-Westfalen, Landesverwaltungsämtern in Sachsen-Anhalt und Thüringen, mit funktionalem Aufgabenzuschnitt in Rheinland Pfalz). Vor diesem Hintergrund

lassen sich die 13 Flächenländern grob in zwei Aufbaumodelle unterscheiden:

- Kennzeichen der **zweistufigen Konzentration** ist es, dass bei Abwesenheit von Regierungspräsidien versucht wird, die dadurch in stärkerem Ausmaß vorhandenen Sonderbehörden durch Zusammenführung (Konzentration) oder Umwandlung in Landesbetriebe zu reduzieren (Schleswig-Holstein, Brandenburg, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen seit 2005). Zudem wird eine Rückführung des Umfangs der unteren Landesverwaltung angestrebt. Dies geschieht durch ihre Integration in obere Landesbehörden oder indem Aufgaben auf Kommunen und Kreise verlagert werden. Letzteres wiederum ist abhängig von der Leistungsfähigkeit der kommunalen Gebietskörperschaften.
- Das Modell der Dreistufigkeit

„Bezirksregierungen müssen lokale und regionale Akteure aktivieren sowie zum Ausgleich von Interessen beitragen.“

zeichnet sich durch eine bündelnde staatliche Mittelinstanz aus, die jedoch verschiedene Formen annehmen kann: Landesverwaltungsämtern in Sachsen-Anhalt und Thüringen, ein funktionaler Aufgabenzuschnitt in Rheinland-Pfalz und die regional ausgerichteten Mittelinstanzen in Hessen, Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen und Nordrhein-Westfalen. Der Trend der letzten Jahre geht zur Integration von unteren und oberen Sonderbehörden in Kommunen und staatlichen Mittelinstanzen. Dieses Modell wird als **konzentrierte Dreistufigkeit** bezeichnet.

Regierungspräsidien als staatliche Mittelinstanzen stehen zwischen den obersten Landesbehörden, den Ministerien, und den Kommunen. Sie sollen Ministerien entlasten, kommunale Aufgaben koordinieren helfen und zugleich als Aufsichtsbehörde und Widerspruchsinstanz

kontrollieren. Im Einzelnen geht es um folgende Funktionen:

- **Aufsicht:** Dienst-, Fach- und Rechtsaufsicht über nachgeordnete staatliche Behörden (Behörden des Arbeits- und Immissionsschutzes, Polizei, Schulen, Stiftungen) sowie Fach- und Rechtsaufsicht gegenüber den Kommunen, insbesondere auch die Genehmigung der kommunalen Haushalte.
- **Ordnung:** Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch Brand- und Katastrophenschutz, Verkehrssicherheit, Lebensmittelüberwachung oder Bauaufsicht.
- **Bewilligung:** Bewilligung und Kontrolle von Fördermitteln aus Landes- und Bundesprogrammen in verschiedenen Bereichen wie Gesundheit, Städtebau, Krankenhausbau, Wirtschaftsförderung, Sport und Kulturpflege.
- **Genehmigung:** Genehmigungen für die Errichtung und den

Betrieb technischer Anlagen und für sach- und personenbezogene Angelegenheiten.

- **Planung:** Planungsfunktionen in der Raumordnung durch die Konkretisierung von Landesvorgaben und die Koordinierung örtlicher Planungen.

Im Rahmen dieser Aufgaben müssen die Regierungspräsidien bei divergierenden Zielen verschiedener Ministerien eine **Bündelungsfunktion** wahrnehmen, zur optimalen Umsetzung staatlicher Ziele manchmal lokale und regionale Akteure **aktivieren** sowie vertikal und regional zum **Ausgleich** von Interessen beitragen. Die Bündelungsfunktion wird häufig als zentrale Funktion der Bezirksregierungen angesehen. Die Aufgaben der Landesverwaltung, die in den Ministerien nach funktionalen Kriterien getrennt sind, werden in den Mittelbehörden zusammengeführt und koordiniert.

„Vor allem die koordinierende und bündelnde Funktion der Regierungspräsidien ist schwer zu ersetzen.“

Bündelung bedeutet dabei die Betrachtung eines Problems aus unterschiedlichen Blickwinkeln sowie den Versuch der Koordination und, wenn nötig, die Suche nach einem Kompromiß. Ein schönes Bild für diese Funktion stellt das Modell des Prismas dar, wonach in den Mittelinstanzen eine brennpunktartige Bündelung der Staatsfunktionen stattfindet, während sich die Regierung in der zentralen Ebene und die Verwaltung in der Unterstufe arbeitsteilig auffächern.

Die Frage, ob man in Flächenländern Bezirksregierungen braucht, hängt von den Alternativen ab. Ohne Bezirksregierungen müssen deren Aufgaben von den Ministerien und Oberbehörden und von den Kommunen wahrgenommen oder gestrichen werden. Insofern wird allgemein davon ausgegangen, dass vor allem die koordinierende und bündelnde Funktion von Regierungsprä-

sidien schwer zu ersetzen ist, da in ihnen Aufgaben aus verschiedenen Ressorts zusammenlaufen und ein Interessenausgleich stattfindet.

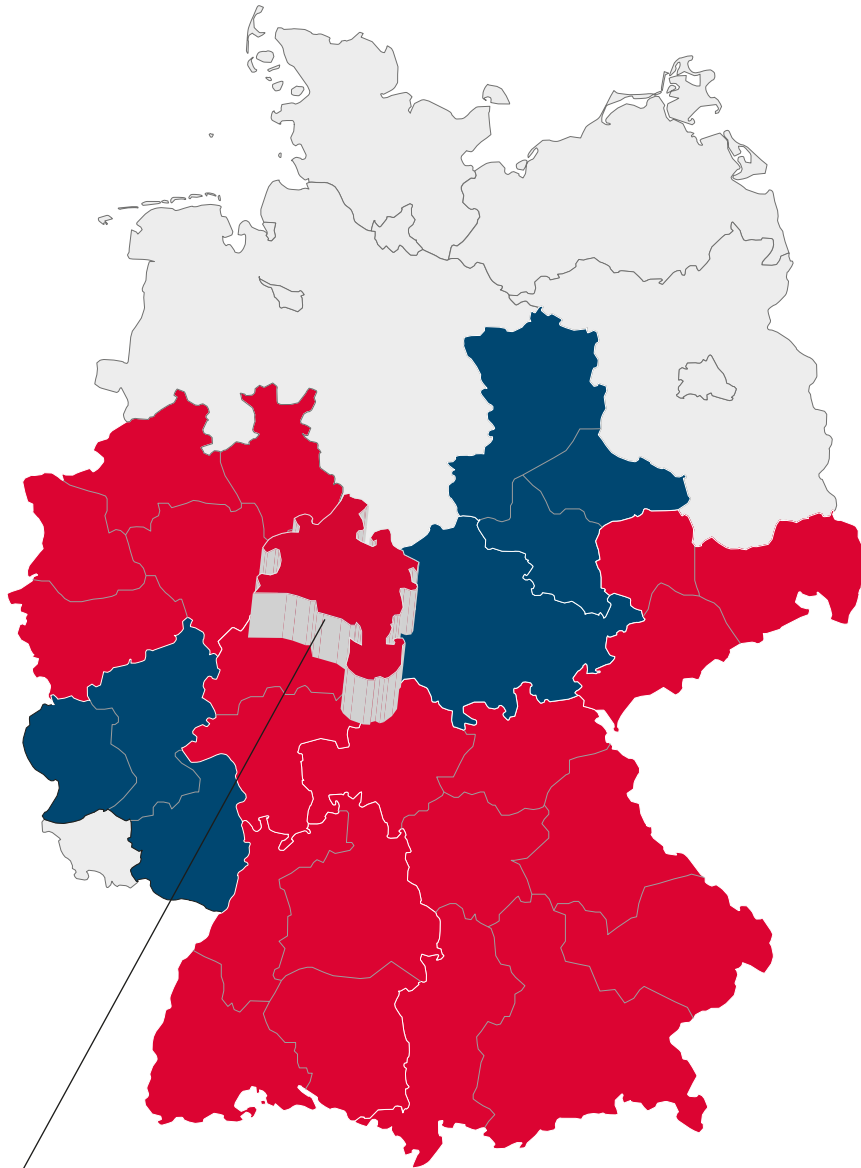
Allerdings wurde der Zuschnitt der Bezirksregierungen immer mal wieder diskutiert und auch die Aufgabenbereiche unterscheiden sich z.T. zwischen den Bundesländern. Insgesamt finden sich in der schon länger andauernden Diskussion um die Rolle der Bezirksregierungen folgende Argumente:

- Unstrittig ist die Notwendigkeit einer Bündelungsfunktion, bestritten wird indes, ob die Bezirksregierungen diese auch angemessen ausüben, und diskutiert, ob diese nicht auch von anderen Institutionen wie höheren Kommunalverbänden erfüllt werden können.
- Sonderbehörden werden in der Regel als Gefahr für Verwaltungseffizienz angesehen und

insofern in Zeiten zunehmender Haushaltskonsolidierung immer mehr in Frage gestellt. Dies beinhaltet in der Regel eine Zuweisung eines Teils ihrer Aufgaben an die Bezirksregierungen. Kritisiert wird jedoch, dass dies zu Implementationsdefiziten bei der Erfüllung von Fachaufgaben führt.

- Umstritten ist die Mittlerfunktion zwischen Land und Kommunen angesichts des personellen Ausbaus von Ministerien und der Professionalisierung in den Kommunen. Insofern wird generell eine Kommunalisierung von Aufgaben als sinnvoll erachtet, was zu einer Verschlinkung der Bezirksregierungen führen könnte. Allerdings wird davor gewarnt, zu viel staatliche Aufgaben an die Kommunen zu delegieren, da dies die kommunale Selbstverwaltung schwächen würde.

VERWALTUNGSBEHÖRDEN IN DEUTSCHLAND



Regierungsbezirk Kassel

- Flächenländer ohne Mittelinstantz
- Flächenländer mit regionaler Mittelinstantz
- Flächenländer mit Landesverwaltungsämtern
- Regierungsbezirke

„Deutlich wird das Fehlen einer Bündelungs- und Koordinierungsbehörde in Niedersachsen.“

Letztendlich geht es bei der Diskussion um Regierungspräsidien in erster Linie darum, ob im jeweiligen Land eine **Bündelungs- und Koordinierungsbehörde unterhalb der Ministerienebene** und oberhalb der kommunalen Ebene **benötigt** wird oder nicht.

Je mehr Sonderbehörden in einem Bundesland bestehen, desto schwieriger ist die Bündelung und Koordinierung in den Bezirksregierungen. Zudem führt dies manchmal zu einer „Doppelverwaltung“ zwischen allgemeinen und besonderen Behörden auf der Mittelstufe, sodass gleiche Aufgaben sowohl von einer allgemeinen als auch einer Fachbehörde wahrgenommen werden und so Ineffizienzen entstehen.

Deutlich wird das Fehlen einer Bündelungs- und Koordinierungsbehörde am Beispiel von Niedersachsen, das einzige

Land, das den „Systemwechsel“ von der drei- zur zweistufigen Gliederung vorgenommen hat. Niedersachsen hat im Jahr 2005 durch die Auflösung der Bezirksregierungen auf eine fachübergreifende Bündelungsinstanz der mittleren Ebene verzichtet. Auf staatlicher Ebene wurde durch die verstärkte Zusammenarbeit von Sonderbehörden eine Bündelung angestrebt. Zudem wurden vier Regierungsvertretungen mit jeweils unter 50 Mitarbeitern eingerichtet. Diese strukturellen Veränderungen gingen Hand in Hand mit wesentlichen prozessualen Modifikationen (u.a. Einstufigkeit des Widerspruchsverfahrens, Wegfall bzw. Verlagerung von Genehmigungs- und Anzeigeverfahren, veränderte Fach- und Kommunalaufsicht).

Bereits vor der Abschaffung der staatlichen Mittelinstanzen warnten zahlreiche Verwaltungs-

„Es ist nicht erstaunlich, dass der niedersächsische Weg keine Nachahmer gefunden hat.“

praktiker und Wissenschaftler vor diesem Schritt. Auch wies der Niedersächsische Landesrechnungshof auf die fehlende Grundlage einer solchen Entscheidung, eine Aufgabenkritik, hin. Mittlerweile liegen einige Informationen zu den Reformeffekten vor.

- Erklärtes Ziel der Reform war der Abbau von „Doppelstrukturen“. Ist mit Doppelstrukturen lediglich die Verfahrensbeteiligung mehrerer Behörden gemeint, so änderte sich daran durch die Auflösung der Bezirksregierungen kaum etwas: Reffken¹⁾ zeigt am Beispiel der Gewässerverwaltung eindrucklich, dass nach wie vor eine fast identische Zahl an Behörden und Verwaltungseinheiten mit den Verfahren befasst sind und faktisch die Dreistufigkeit weiterhin besteht. Das in der Vermarktung der Reform regelmäßig vorgebrachte Argument, dass eine Abschaffung der Mittelinstanzen zu mehr Klarheit im Verwaltungsaufbau führen

würde, bestätigte sich nicht. Im Gegenteil: Da die Zuständigkeitsverteilung keinem nachvollziehbaren Konzept folgte, ist für Außenstehende die Transparenz gesunken.

Mit der Auflösung der Mittelinstanzen sind Verantwortlichkeiten bei einem bunten Strauß von Institutionen (Sonderbehörden, Landesbetriebe, Kommunen bzw. kommunale Spitzenverbände, eine Bank, Kammern, Private) „abgeladen“ und neue Behörden geschaffen worden.

- Offiziell war man in Niedersachsen der Meinung, dass sich die Bedeutung der Bündelungs- und Koordinationsfunktion reduziert habe, was die Existenzberechtigung der Bezirksregierungen grundsätzlich in Frage stelle. Das Fehlen einer allgemeinen Mittelbehörde bringt für die Ministerien sicherlich mehr Freiräume: Eine institutionalisierte Koordination von unterschiedlichen

Interessen (Bündelung) ist nun nicht mehr vorhanden, sodass die Ressorts direkt über ihre Sonderverwaltungen („Fachschiene“) agieren können. Statt einer eher regionalen Perspektive, sind die Fachbehörden fach- oder klientenorientiert. Hauptverwaltungsbeamte aus den Kommunen berichten, dass die „Gesamtschau“ über alle Ressorts hinweg und damit die Kompromissfähigkeit verloren ging. Diese Verfestigung von „Fachbruderschaften“ ist in der Verwaltungswissenschaft lange bekannt, sinnvoll ist sie nicht.

- Auch die Koordination zwischen den in einem Verfahren beteiligten Akteuren verschlechterte sich nach Abschaffung der Bezirksregierungen. Kommunale Entscheider klagen insbesondere bei Planungs- und Genehmigungsverfahren über unkoordiniertes Handeln der nun zahlreicheren unmittelbar mit den Kommunen in Kontakt stehenden Landesbehörden.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen ist es nicht erstaunlich, dass der niedersächsische Weg keine Nachahmer gefunden hat, ganz im Gegenteil hat auch in Niedersachsen die rot-grüne Landesregierung zum 1.1.2014 vier neue Ämter für regionale Landesentwicklung geschaffen, um wenigstens für den Bereich der Regionalpolitik und EU-Förderung wieder zu stärkeren Bündelungsleistungen zu kommen.

Nach Ansicht des Autors hat sich also die Existenz der Regierungspräsidien in den größeren Flächenländern der Bundesrepublik bewährt. Zwar gibt es prinzipiell immer mehrere Möglichkeiten der Organisation von Verwaltungsstrukturen. Im Rahmen der konzentrierten Dreistufigkeit wird aber mehr Wert auf Bündelung von Fachsträngen und Zuständigkeiten sowie auf die Einräumigkeit und Einheit der Verwaltung gelegt (horizontale Konzentration). Die ebenfalls notwendige Verringerung von Instanzen und Verflechtungen (vertikale Konzentration) steht etwas hinter diesen Zielen zurück. Dies scheint mir der richtige Weg für

die größeren Flächenländer, wie Hessen zu sein. Die Tatsache, dass kein anderes Bundesland dem niedersächsischen Weg gefolgt ist, bestätigt dies ausdrücklich. Das heißt nicht, dass sich die Regierungspräsidien nicht immer wieder hinsichtlich ihrer Aufgabenwahrnehmung kritisch hinterfragen müssen. Aber als wichtiger Bestandteil einer modernen Landesverwaltung erscheinen sie mir unverzichtbar zu sein.

¹⁾ Reffken, Hermann (2006): Die „Zweistufigkeit der Verwaltung in Niedersachsen“ – Eine kritische Bestandsaufnahme am Beispiel der Wasserwirtschaftsverwaltung. Niedersächsische Verwaltungsblätter 7/2006.



Prof. Dr. Jörg Bogumil

Ruhr-Universität Bochum

Foto: privat

Prof. Dr. Jörg Bogumil, geboren am 19.12.1959, hat seit 2005 einen Lehrstuhl für Öffentliche Verwaltung, Stadt- und Regionalpolitik an der Ruhr-Universität Bochum (vorher Professur für Verwaltungswissenschaft an der Universität Konstanz) inne. Prof. Bogumil hat an der Ruhr-Universität Bochum Sozialwissenschaft studiert und an der FernUniversität in Hagen im Bereich Politikwissenschaft promoviert. Seine ebenfalls an der FernUniversität Hagen erworbene Lehrbefugnis (Habilitation) erstreckt sich auf die Gebiete Politik- und Verwaltungswissenschaft.

Professor Bogumil ist Mitglied in diversen wissenschaftlichen Gremien, z.B. Vorsitzender der Fachgruppe Verwaltungswissenschaft in der Deutschen Sektion des inter-

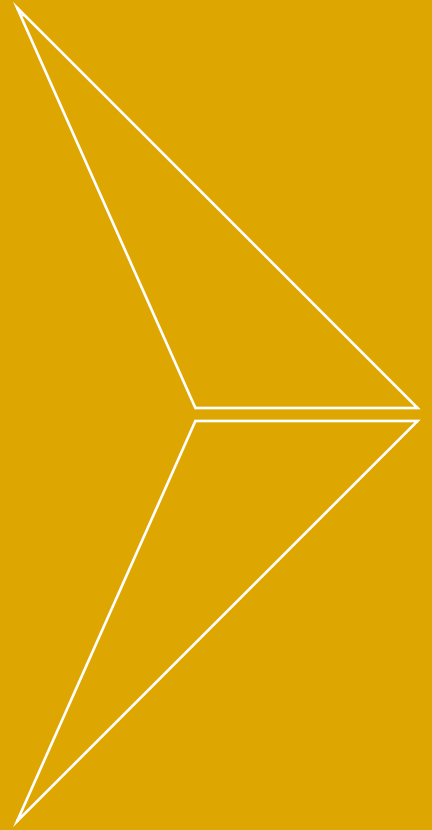
nationalen Institutes für Verwaltungswissenschaft, und kann auf umfangreiche Erfahrungen als Berater und Gutachter für Bund, Länder und Kommunen zurückgreifen. Zu nennen sind hier insbesondere Gutachten und Stellungnahmen für Gesetzesanhörungen, Enquetekommissionen und Ministerien in den Bundesländern Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg, NRW, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Thüringen, einigen Bundesministerien sowie Beratungstätigkeiten für zahlreichen Kommunen im Bereich der Bürgerbeteiligung und der Verwaltungsmodernisierung.

Prof. Bogumil veröffentlichte zahlreiche Studien zur Verwaltungsorganisation bzw. -modernisierung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.



Der Regierungsbezirk Kassel als Universitätsstandort. Mit inzwischen mehr als 25.000 Studierenden in 154 Studiengängen und insgesamt 3.300 Beschäftigten schreibt die Universität Kassel eine Erfolgsgeschichte mit Auswirkungen auf die gesamte Region. Viele Studierende bleiben in der Region, gründen Unternehmen und schaffen zukunftsorientierte Arbeitsplätze. Zwischen Wesertor und Holländischem Platz setzt sie selbstbewusste architektonische Akzente. Weitere Hochschulstandorte im Regierungsbezirk Kassel sind Witzenhausen als agrarwissenschaftlicher Standort der Uni Kassel und Fuldas University of Applied Sciences. Foto: Jürgen Emde





ABTEILUNG Z **ZENTRALABTEILUNG**

Innere Organisations- und Planungsangelegenheiten, Interne Revision • Finanzen, zentraler Einkauf, Dienstreise- und Fuhrparkmanagement • Personal, Personalentwicklung, Aus- und Fortbildung • Kommunalaufsicht • Informationstechnik



Eine Modellbehörde macht sich auf den Weg

Verwaltung gilt allgemein nicht als eine Speerspitze des Fortschritts. Und doch: Was den Einsatz von moderner Informationstechnik angeht, hat das Regierungspräsidium Kassel hier traditionell die Nase weit vorn. Frühzeitig und mit viel Initiative der Bediensteten wurden vor allem dort digitalisierte Verfahren eingeführt, wo ganz besonders hohe Fallzahlen zu bearbeiten sind. Seit den 80-er Jahren in der Zentralen Bußgeldstelle und wenig später auch in der Bearbeitung der Beihilfeanträge wurden gemeinsam mit IT-Experten Verfahren entwickelt, die inzwischen von vielen Bundesländern übernommen wurden.

Auch deshalb wurde das Regierungspräsidium Kassel gemeinsam mit den Schwesterbehörden in Gießen und Darmstadt eine von drei digitalen Modellbehörden des Landes Hessen. Modellhaft sollen in diesem Landesprojekt die Verwaltungsprozesse der drei Regierungspräsidien digitalisiert werden: Datensicher und frei von Medienbrüchen, nutzerfreundlich und barrierefrei werden hier die Standards zur Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in Hessen entwickelt. Ziel ist es, die Prozesse so zu gestalten, dass alle etwas davon haben - Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Kommunen und Institutionen aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Regierungspräsidiums und aller übrigen Teile der Landesverwaltung. „Die Regierungspräsidien als Mittelbehörden eignen sich dafür besonders gut, da ihr umfangreiches Leistungsspektrum sehr viele Bereiche der Landesverwaltung abdeckt und in viele weitere Behörden ausstrahlt“, sagt Hessens Innenminister Peter Beuth.

Mit einem Umfang von mehr als 200 Einzelprojekten ist die Digitale Modellbehörde eines der größten Digitalisierungsvorhaben für die Landesverwaltung und damit eines ihrer weitrei-

chendsten Modernisierungsprojekte. Die übergeordneten Ziele der hessischen Digitalisierungsoffensive sind der sparsamere Umgang mit Ressourcen, noch mehr Bürgerfreundlichkeit und Demografiesicherheit. So benötigt eine digitalisierte Verwaltung zuerst zwar mehr technische Infrastruktur, langfristig aber wesentlich weniger Material. Sie erleichtert den Bürgerinnen und Bürgern den Zugang und beschleunigt Verfahren, und schließlich kann sie die personellen Auswirkungen des demografischen Wandels in den eigenen Reihen abfangen. Wo alle auf der Suche nach weiteren Chancen der Digitalisierung sind, da entstehen - über die Digitalisierung von Prozessen hinaus - noch mehr gute Ideen: Um den digitalen Transformationsprozess mittel- und langfristig zu fördern, hat das Regierungspräsidium zusammen mit der Hochschule für Verwaltung und Polizei in Kassel einen Studiengang zum Bachelor in Verwaltungsinformatik entwickelt. Die ersten jungen Frauen und Männer haben bereits ihr Examen in der Tasche. (S. 36).

Also ganz klar eher Speerspitze als Etappe!



Digitaler Pioniergeist hat hier Tradition

Ein Gespräch mit Frank Henze, Leiter des Dezernats
Informationstechnik im Regierungspräsidium

Herr Henze, Sie sind als Dezernatsleiter für Digitales/Digitalisierung zuständig. Haben Sie also eine klassische Karriere in der Verwaltung durchlaufen?

Nein. Ich hatte nach meinem Studium zum Diplom Informatiker an der Uni Paderborn viele unterschiedliche Stationen - mal auf der Kundenseite und mal auf der Anbieterseite. Dabei konnte ich auch einige internationale Erfahrungen machen. Jedoch verbindet alle Stationen die Business IT, die trotz unterschiedlichster Geschäftsbereiche mir immer wieder die gleichen Herausforderungen brachte.

Warum wechselt jemand wie Sie in die Verwaltung?

Ursprünglich hat mich der Sprung zur Personalverantwortung auf die Stelle der IT-Leitung im RP Kassel neugierig gemacht. Doch je mehr ich über die Aufgabe erfuhr, desto mehr reizte mich die Herausforderung, eine ganze Behörde zu digitalisieren. In der freien Wirtschaft findet man kaum noch reine Papierprozesse, für die ein

neues IT System aufgebaut werden muss. Aber gerade die erste Stufe der Digitalisierung ist für mich sehr spannend, da es nicht auf die Technik allein ankommt, sondern darauf, dass man alle Betroffenen mitnehmen muss: vom Euphoristen bis zum Skeptiker, vom Digital Native bis zum Digital Immigrant. Ich war zuversichtlich, dass mein Pioniergeist für die Digitalisierung hier richtig ist, auch wenn einige meinten, ich werde in einigen Jahren resignieren, weil sich in der Verwaltung nicht ändern lasse. Aber die Weiterführung der Digitalisierung war und ist ein erklärtes Ziel der Behördenleitung und insbesondere des damaligen Regierungsvizepräsidenten und jetzigen Regierungspräsidenten Hermann-Josef Klüber.

Aber ist denn ausgerechnet das Regierungspräsidium ein Pionier der Digitalisierung?

Eindeutig ja. Wenn man auf die Geschichte des RP Kassel zurückblickt, dann fallen zuerst die beiden Leuchttürme Zentrale Busgeldstelle und die Beihilfe auf. Bereits am 1. Juli 1977 wurde HESOWI (Hessisches System für die automatisierte

Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten) als zentrales Großrechnerverfahren eingeführt, da die Masse der angezeigten Verkehrsordnungswidrigkeiten nicht mehr manuell bearbeitet werden konnte. HESOWI ist die „Mutter“ aller Ordnungswidrigkeitsverfahren (owi) in Deutschland. Die Zentrale Bußgeldstelle beim RP Kassel (damals Dezernat III/IVc) ist der erste Bereich, der „digitalisiert“ wurde, ohne dass der Begriff damals schon bekannt war. Am 6. Januar 2004 war der Produktivstart des heute bekannten „owi21“ und das System wird bis heute immer wieder modernisiert.

Und auch in der Beihilfe entstand bereits 2003 die Idee zur Digitalisierung, da man die Flut der Anträge niemals manuell in der vorgegebenen Zeit von 10 Tagen bearbeiten konnte. Aus der Idee wurde ein Projekt und am 1. Januar 2005 startete das System der E-Beihilfe in Kassel. Die Beihilfe bekam für ihre Innovation in 2006 sogar einen eGovernment Preis.

Jedoch sollte das aufgebaute Knowhow in Kassel nicht auf diese beiden Projekte beschränkt bleiben, sondern die ganze Behörde sollte davon profitieren. So hat Regierungspräsident Klüber 2016 – damals noch Regierungsvizepräsident - einen „KickOff“ der Digitalisierung initiiert und mit Marco Herbert den ersten Digitalisierungsbeauftragten (DBA) des RPs benannt.

Wie greifen Sie die Tradition des Digital-Pioniers auf und setzen diese fort?

Am 15. Mai 2017 wurde ich im RP eingestellt,

und ich begann meine Arbeit in dieser Tradition fortzuführen. Gleich nach der 2. Woche durften Marco Herbert und ich am 31. Mai 2017 beim Besuch des stellvertretenden IT-Verantwortlichen der Landesregierung Roland Jackowski unsere Ideen zu einer möglichen Digitalen Modellbehörde vorstellen. Durch diesen Termin festigte sich der Wille, ein Projekt Digitale Modellbehörde zu starten, das nun mittlerweile seit drei Jahren läuft.

Herr Henze, Sie kennen unterschiedliche Organisationskulturen in der Wirtschaft und in der Verwaltung. Worin unterscheiden sich Erwartungen an die Digitalen Werkzeuge und der Umgang mit der Digitalen Transformation zwischen den beiden Sphären?

Naja, die Unterschiede sind schon beachtlich. Ich selbst musste lernen, dass in der Verwaltung die Akte sowie unterschriebene Dokumente und Urkunden die maßgebliche Informationsquelle der Sachbearbeitung sind. Fachanwendungen unterstützen in der Verwaltung zwar durch Workflowkomponenten oder übersichtliche Datenmasken bei der zügigen Bearbeitung, aber ohne den kontrollierenden Blick in die Akte geht gar nichts. Im Gegensatz dazu kenne ich aus meiner vorherigen Arbeit in der freien Wirtschaft dieses Verhalten nicht. Dort wird als Informationsquelle dem IT-System vertraut. Für viele Vorgänge gibt es keine Papierunterlagen, sondern nur eine digitale Verarbeitung. Wir kennen dies beispielsweise vom Einkaufen im online Versandhaus, beim Buchen von Reisen oder Handyverträgen, wo wir eigentlich keine Unterschrift mehr benötigen und



Der Hessenlöwe arbeitet immer digitaler, und Frank Henze sorgt im Regierungspräsidium Kassel dafür, dass das klappt. Foto: Harald Soremski

oft nur eine E-Mail als Bestätigung bekommen. Ein weiterer Unterschied zwischen Wirtschaft und Verwaltung wird bei der Zielsetzung deutlich. Ein Unternehmen muss wirtschaftlich sein und am Ende Geld verdienen. Somit ist beispielsweise ein eingegangener Bezahlvorgang als Auftragsbestätigung wichtiger als eine vorhandene Unterschrift. Der Vorgang muss für das Unternehmen und den Kunden effizient sein, ein gewisses Risiko durch Fehlverhalten oder sogar Betrug wird einkalkuliert.

Im Gegensatz dazu ist bei der Verwaltung das Einhalten der Gesetze für unseren Rechtsstaat unumgänglich, somit ist eine im Gesetz geforderte Unterschrift unverzichtbar, auch wenn dies mehr Aufwand für alle Beteiligten bedeutet. Hier darf

es kein Fehlverhalten der Verwaltung geben, ansonsten würde das Vertrauen in die Verwaltung verloren gehen.

Macht die Digitalisierung die Verwaltung effizienter und besser, so dass es die Bürger am Ende auch merken?

Ich denke schon, aber es ist nicht immer offensichtlich. Ein einfaches Beispiel ist die Vermeidung von Übertragungsfehlern, die bei handschriftlich teilweise unleserlich ausgefüllten Anträgen leider öfter passieren als man denkt. Diese führen dann zu ärgerlichen Verzögerungen oder unnötigen Rückfragen im Verwaltungsprozess.

Gerade durch die im Online Zugangsgesetz (OZG) geforderten online Zugänge für Bürgerinnen und

"Ohne den kontrollierenden Blick in die Akte geht gar nichts. Dieses Verhalten kenne ich aus meiner vorherigen Arbeit in der freien Wirtschaft nicht."

Bürger werden momentan viele der ungeliebten Formulare, die alle erdenklichen Fälle berücksichtigen und somit den Antragsteller und auch mich vollkommen verwirren, neu für die Bereitstellung im Internet überarbeitet. Dabei werden die Möglichkeiten der Webtechnologie genutzt. Das heißt konkret, man wird durch die Formulare geführt, es werden für meine Situation unzutreffende Fragen erst gar nicht mehr angezeigt oder meine Eingaben plausibilisiert. Die Formulare werden bürgerfreundlicher.

Auch dort, wo der Behördenkontakt nicht so angenehm ist, wie zum Beispiel mit der Bußgeldstelle, erleben die Betroffenen durch die Digitalisierung deutliche Vorteile: Waren in den Briefen oft nicht einmal die Beweisfotos eingedruckt, so können inzwischen im Onlineverfahren zusätzliche oder erweiterte Beweismittel eingesehen werden. Wenn zum Beispiel fraglich ist, ob der Blitzer ausgelöst hat, weil ich gerade überholt wurde.

Erleichtert ist der Zugang zu den Unterlagen auch bei der Offenlegung von Unterlagen für umfangreiche Genehmigungsverfahren. Das geht inzwischen bequem von zu Hause aus, wo bisher der Weg in die Gemeinde- oder Kreisverwaltung oder ins Regierungspräsidium notwendig war.

Auch die Sicherheit in unserem Land wird durch

die Digitalisierung verbessert. Auf Initiative des RP Kassel wurde die landesweite Digitalisierung der bis dahin größtenteils papierbasierten Ausländerakten vorangetrieben und es wurde eine zentrale digitale, sichere Austauschplattform zwischen den kommunalen und zentralen Ausländerbehörden für diese Akten geschaffen.

Dies war notwendig, um die Reaktionszeit zu verkürzen. Wenn die Polizei einen zur Abschiebung bestimmten, straffälligen und flüchtigen Gefährder aufgreift, muss innerhalb von 48 Stunden eine gerichtliche Anordnung vorliegen, ansonsten muss man ihn wieder freilassen. Dies gilt auch für das Wochenende. Dazu benötigt die zuständige zentrale Ausländerbehörde alle relevanten Akten. Vor der Digitalisierung wurden diese Akten teilweise mit Kurierdiensten im Land versandt, da der übliche Postdienst zu lange dauert.

Verändert die Digitalisierung die Hierarchie und die Kompetenzanforderung innerhalb einer Verwaltung?

Ja, früher ging jede Korrespondenz mit außenstehenden Dritten immer über die Leitungsebene. Spätestens seit Einführung von E-Mail versendet jeder E-Mails. Die Leitungsebene wird in der Regel nur auf CC gesetzt. Durch die Einführung von

"Ein einfaches Beispiel ist die Vermeidung von Übertragungsfehlern, die bei handschriftlich teilweise unleserlich ausgefüllten Anträgen leider öfter passieren als man denkt."

Fachanwendungen und online-Anträgen werden viele notwendige Vorprüfungen durch Sachbearbeiter überflüssig, da das System die Vollständigkeit der Unterlagen, die Plausibilität von Eingaben wie beispielsweise Bankdaten bereits überprüft. In der Beihilfebearbeitung werden schon längst Regelwerke eingesetzt, die auch inhaltliche Prüfungen vornehmen. Somit sind Sachbearbeiter und Sachbearbeiterin nicht länger diejenigen, die die Unterlagen prüfen, sondern bereits die erste Kontrollinstanz und in der Regel auch Entscheidende.

Die beiden Beispiele zeigen eine Verschiebung der Verantwortung. Die Sachbearbeitung wird meines Erachtens deutlich aufgewertet. Dies setzt voraus, dass auch die notwendige Kompetenz da ist, um rechtssicher zu arbeiten, aber dies steigert auch das Selbstwertgefühl und die Identifikation mit der Aufgabe. Die Aufgabe der Vorgesetzten verschiebt sich somit auf die Grundsatzfragen und die Vorgabe von Regelungen. Sie können sich auf Sonderfälle konzentrieren.

Herr Henze, jungen Leuten mag die digitale Transformation leichtfallen. Aber wie nehmen Sie alle mit?

Die Mitnahme aller in der Behörde ist das A

und O. Ohne eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen IT und Fachdezernat kann die Digitalisierung nicht gut werden. In der Projektarbeit bauen wir auf sogenannte Tandems zwischen IT Projektleitenden und Fachverantwortlichen. Projektleitende haben die Verantwortung für die Projektorganisation und das Vorankommen im Projekt, um die Belastung des Fachdezernates bei der Digitalisierung gering zu halten. Was die Projektleitung jedoch nicht kann, ist die fachliche Beurteilung. Dazu benötigt sie das Wissen und insbesondere die Erfahrung aus dem Fachdezernat. Dies steuern die Fachverantwortlichen bei. Sie übernehmen die Verantwortung für alle fachlichen Fragen. Jenseits der eigentlichen Projektarbeit haben wir ein Akzeptanzmanagement aufgebaut, das vielfältige Aktivitäten entfaltet, um Vertrauen aufzubauen. Dazu zählen unter anderem

- regelmäßige Informationen im Mitarbeiterportal
- ein anonymes Feedback-Formular
- regelmäßige Berichterstattung an die Gremien und an die Behördenleitung
- eine kooperative Zusammenarbeit mit dem Personalrat
- und vielfältige Aktivitäten zur Mitnahme der Beschäftigten.

Kickoff dieser Aktivitäten war die Veranstaltung „Digitalisierung aus Sicht der Anwender“ 2017,

"Warum soll ich einem Facebook oder Amazon Konto vertrauen, wenn ich ein staatlich geschütztes Konto habe, das nur die Daten weitergibt, die ich bestimme."

auf der zwei Fachverantwortliche über ihre Erfahrung im Digitalisierungsprojekt berichteten. Gemeinsam mit Birgit Schäfer aus dem Personalbereich haben wir eine Schulungsoffensive „Fit für die Digitalisierung“ gestartet, um denen, die in der Schule noch keine Computer kannten, die Möglichkeit der Fortbildung zu geben. Auch wurden mit dem Organisationsdezernat Projekte zur Digitalen Arbeitswelt gestartet. Die beiden Projekte „Mobiles Arbeiten“ und „Arbeitswelt 4.0“ beschäftigen sich damit, wie wir in Zukunft zusammenarbeiten wollen. Seit diesem Jahr gibt es den dualen Studiengang „Bachelor of Arts Digitale Verwaltung“ oder einfacher: Verwaltungsinformatiker, den wir gemeinsam mit der Hochschule für Polizei und Verwaltung konzipiert haben. Die neuen Verwaltungsinformatiker sollen zukünftig die Schnittstelle zwischen Fachdezernat und IT Dienstleistern sein. Bis es soweit ist, arbeiten wir derzeit an Konzepten zur „Stärkung der IT-Kompetenz in den Dezernaten“.

Herr Henze, Gesetze und Verordnungen müssen zahlreichen Anforderungen genügen und werden meist von Juristen geprüft. Sollte sie auch ein Informatiker daraufhin prüfen, wie sie mit der digitalen Welt interagieren?

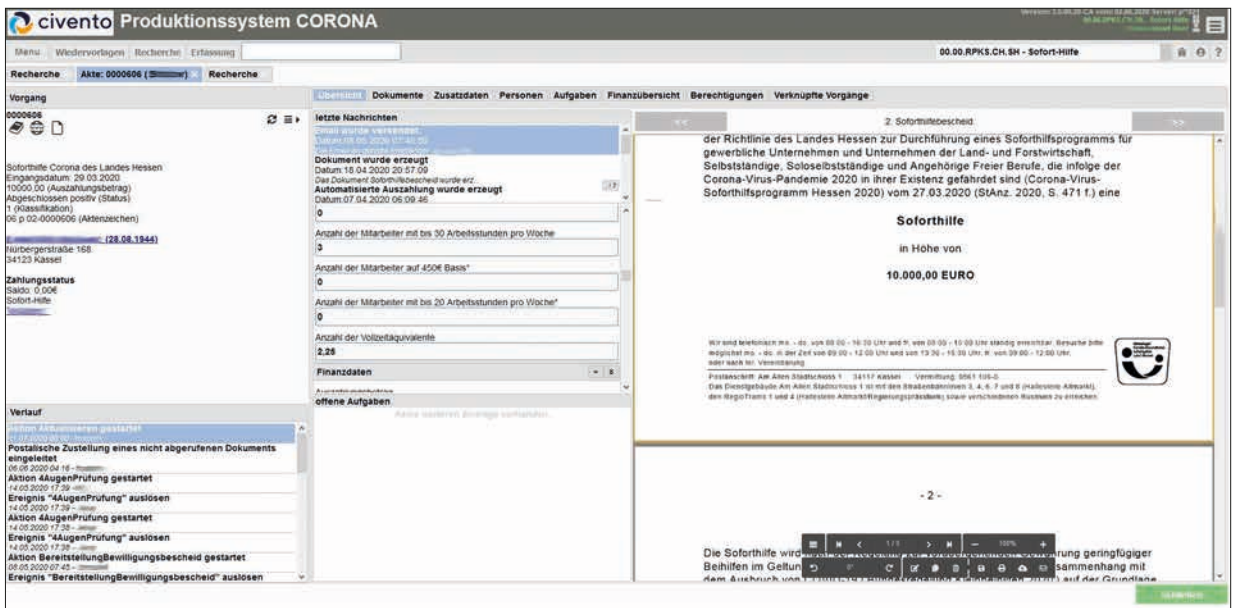
Ja, oft könnten die Softwarelösungen einfacher

werden, wenn manche Formulierungen im Gesetz anders wären. Dadurch würde sich der Kontext des Gesetzes nicht verändern, aber die Umsetzung in digitalen Antrags- und Fachverfahren würde deutlich vereinfacht.

Auf dem „Zukunftskongress Staat & Verwaltung“ in Berlin habe ich in einer Keynote sinngemäß folgenden Satz gehört: „Ihr wollt einfache Softwarelösungen für die Verwaltung, dann macht einfachere Gesetze“. Leider weiß ich nicht mehr, von wem die Aussage ist, aber es sagt genau aus, was ich denke. Würden Informatiker beratend an der Gesetzgebung beteiligt, könnten diese die Auswirkungen auf die IT Technische Umsetzung positiv beeinflussen. Dies wiederum würde meines Erachtens zu mehr Akzeptanz in der Bevölkerung beitragen.

Das BürgerInnen- und Servicekonto als zentrale Schnittstelle zwischen BürgerInnen und Verwaltung soll kommen. Wie würden eine Versicherung, ein Konsumgüterhersteller oder ein Technologieunternehmen mit einer solchen Revolution in der Organisation des Kundenkontakts umgehen? Und wie geht die Verwaltung damit um?

Das Bürger- und Servicekonto wird meines Erachtens nicht weit genug gedacht. Meine Visi-



In der Krisensituation der Corona-Pandemie wurde deutlich, welche große Hilfe die Digitalisierung bieten kann. Innerhalb weniger Tage wurde eine vorhandene Anwendung so „umgebaut“, dass ein leistungsfähiges digitales Antragsverfahren für die Corona-Soforthilfe des Landes Hessen möglich wurde. Im April und Mai 2020 war dies eine der meistgefragten Webseiten in Hessen. Viele kleine, mittlere und große Unternehmen konnten damit die Engpässe des Lockdowns überbrücken. Quelle: RP Kassel

on geht da viel weiter. Das Bürger- und Servicekonto sowie auch das Organisationskonto sollten zukünftig eine zentrale Rolle bei der Authentifizierung, der Verteilung meiner Daten und Unterlagen spielen. Warum soll ich einem Facebook oder Amazon Konto vertrauen, um mich bei einem anderen Dienst zu registrieren, wenn ich ein staatlich geschütztes Konto habe, das nur die Daten weitergibt, die ich bestimme.

Ich stelle mir vor, dass jeder selbst seine Daten in diesem Servicekonto verwalten kann und die Weitergabe der Daten wie beim Installieren von Apps auf dem Handy funktioniert. Wenn ich bei einer Behörde oder sogar bei einem online Dienstleister, wie beispielsweise einer Versicherung, einen Antrag oder eine Anfrage stelle, dann werde ich gefragt, ob ich meine Adressdaten, mein Geburtsdatum, die Namen meiner Kinder oder ähnliches weitergeben möchte. Wenn ja, werden die Daten übergeben, ansonsten muss ich sie händisch ausfüllen. Auch der Entzug der Daten könnte über dieses Servicekonto laufen. Letztendlich könnten

sogar Dokumente, wie eine Schulbescheinigung zum Finanzamt oder eine Geburtsurkunde zur Hochzeit, an das Standesamt so einfach von mir selbst kontrolliert weitergegeben werden.

Die Vergabe des Servicekontos könnte mit dem Personalausweis geschehen, damit Identität gewährleistet ist. Evtl. sollte eine staatlich kontrollierte aber unabhängige Organisation die Aufgabe zum Betrieb dieses Kontos bekommen.

Meines Erachtens würde ein solches Servicekonto Bürgerinnen und Bürgern bzw. Unternehmen und der Verwaltung gleichermaßen nutzen und auch zur Sicherheit beitragen. Quasi eine Win-Win-Situation.



Bausteine als Blaupausen

Viele kleine Bausteine aus den Projekten der Digitalen Modellbehörde machen als Blaupausen für viele andere Vorhaben im Schneeballprinzip das Tempo bei der Digitalisierung in allen Bereichen der Landesverwaltung.

BEISPIEL STIFTUNGEN:

Die Regierungspräsidien führen die Aufsicht über die Stiftungen in Hessen. Hier bauen drei Projekte der Digitalen Modellbehörde aufeinander auf. Im Stiftungswesen können seit 2019 die Vertretungsbescheinigungen online erworben werden. Ohne Sie kann niemand für die jeweilige Stiftung nach außen tätig werden. Auch ihre Jahresabrechnungen können Stiftungen jetzt online einreichen. Inzwischen können die Stiftungen ihre Daten sogar selbstständig online aktualisieren, so dass sie im öf-

fentlichen Stiftungsverzeichnis freigegeben werden können. Und in einem dritten Schritt können auch die Unterlagen zur Gründung einer Stiftung Online eingereicht werden, und auch die Anerkennung geschieht online. Für die Auflösung einer Stiftung gilt dasselbe.

BEISPIEL JAGD:

Als obere Jagdbehörde ist das Regierungspräsidium Kassel für ganz Hessen zuständig. Endlich werden die Abschussdaten aus dem gesamten Land digital eingegeben und ausgewertet. Auch

die An- und Abmeldeprozeduren von hochspezialisierten Hunden für die Suche nach verletztem Wild konnten im Onlineverfahren erleichtert und beschleunigt werden.

BEISPIEL JUGENDHILFE:

Viel Zeit und Geld sparen die Jugendämter durch die digitalen Antrags- und Abrechnungsverfahren in der wirtschaftlichen Jugendhilfe. Gleichzeitig werden Übertragungs-, Tipp- und Rechenfehler auf ein Minimum reduziert.



Sonja Pfeiffer ist innerhalb des Projekts „Digitale Modellbehörden“ hessenweit und im Regierungspräsidium Kassel für die Kommunikation, das Akzeptanzmanagement und die Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Foto: Harald Soremski

BEISPIEL KOMMUNALER FINANZAUSGLEICH:

Die Regierungspräsidien sind für den kommunalen Finanzausgleich, also die Abwicklung von Zahlungen zwischen dem Land, den Gemeinden und Landkreisen, zuständig. Hier sorgt die neue digital ausgelegte Struktur für die schnellere Zahlungsabwicklung ohne Medienbrüche – die Kommunen erhalten schneller ihre Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich. Ein sehr wichtiges Projekt für die Kommunen.

BEISPIEL GEWERBE:

Es gibt eine Reihe von Gewerben, gerade im Güterkraftverkehr und im Luftverkehr, die vom Regierungspräsidium überwacht werden müssen.

Dort sind diverse Erlaubnerteilungen oder Ausstellung von Bescheinigungen erforderlich. Hier liegt für die Digitalisierung großes Optimierungspotential. Nicht nur die Verwaltung spart Zeit und Papier. In der von Terminen bestimmten Branche liegt der große Vorteil in der schnelleren und medienbruchfreien Bearbeitung der Anträge bis zur Genehmigung.

BEISPIEL AKZEPTANZ:

Innerhalb kurzer Zeit insgesamt 200 Projekte zur Digitalisierung aufzusetzen, das kann nur Erfolg haben, wenn die Akzeptanz da ist – innerhalb und außerhalb des Regierungspräsidiums. Deshalb wurde von vornherein ein offizielles Akzeptanzmanagement eingerichtet. Es begleitet

die Ausführenden innerhalb der Behörde ebenso wie die Partner, Antragsteller und Kunden außerhalb. Für eine gelingende Kommunikation über die vielen Veränderungen und schließlich für ihre Akzeptanz sorgt im Regierungspräsidium Kassel Sonja Pfeiffer. Sie erklärt, gibt Anregungen, Kritik und Wünsche weiter und organisiert den Erfahrungsaustausch auf allen Ebenen.





Laura Tauber, Selina Krafft und Stefanie Krull sind die ersten Studentinnen des neuen Fachs Verwaltungsinformatik. Foto: Harald Soremski



Aus Freude an der Verwaltungszukunft

Im Gespräch mit den ersten Studentinnen des neuen Fachs
Verwaltungsinformatik

Frau Krafft, Frau Krull und Frau Tauber, Sie qualifizieren sich an der Hochschule für Verwaltung und Polizei in Kassel zum Bachelor in Verwaltungsinformatik. Das Studium wurde von der Hochschule und dem Regierungspräsidium gemeinsam entwickelt.

Warum ist der Studiengang genau der richtige für Sie und die Verwaltung?

Laura Tauber: Der Studiengang „Digitale Verwaltung“ ist sehr vielfältig. Wir erlernen in den drei Jahren, beziehungsweise in den sechs Semestern, sowohl in

der Theorie, als auch in der Praxis Grundlagen im Bereich der Informatik. Darüber hinaus aber auch einen großen Teil über die Betriebswirtschaftslehre und die Rechtswissenschaften.

Dadurch gelingt es uns, die unterschiedlichen Aufgaben der Mitarbeitenden in der Verwaltung und der IT, sowie deren Handeln besser zu verstehen.

Wir können uns leichter in die jeweiligen Ansprechpartner der Dezernate hineinversetzen, um durch deren Fachkompetenzen Probleme, Ziele und Lösungen zu entwickeln. Die Herangehens-

weise von Mitarbeitenden der jeweiligen Fachabteilungen sowie Informatikerinnen und Informatikern ist da bisweilen anders.

Wie neu und modern ist der Studiengang?

Selina Krafft: In Hessen existiert der Studiengang erst seit dem Jahr 2020 und ist damit wohl der neuste und somit vielleicht modernste Studiengang, den wir kennen.

Mit dem Studiengang schlägt man einen medienaktuellen und zukunftsorientierten Beruf ein.

Von der Pizza bis zum Auto kann ich allerlei digital konfigurieren und bestellen. Und wann gehen die Behörden komplett online?

Stefanie Krull: Im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) ist auch das Regierungspräsidium Kassel dazu verpflichtet, bis 2022 seine Dienstleistungen in digitaler Form anzubieten. An dieser Stelle können wir als Studierende des Studiengangs „Digitale Verwaltung“ sowie das gesamte Regierungspräsidium sehr gut anknüpfen.

Digitalisierung ist ein andauernder Prozess, der sich durch viele Faktoren in noch unbekannte Richtungen bewegen kann und immer mehr Beschleunigung aufnimmt. Mit vielen Projekten können wir zusammen in einem Team Zukunft gestalten, mit Freude an Lösungen von Problemen arbeiten sowie der eigenen Verwaltung dabei helfen, Arbeitsvorgänge zu erleichtern und gegebenenfalls sogar als Vorbild für andere Behörden zu agieren.

Wo liegen Probleme in der Schnittstelle von Verwaltung und IT?

Laura Tauber: Bisher bestand sowohl für die Mitarbeitenden im Bereich der Verwaltung, als auch für die Informatikerinnen und Informatiker die Gefahr, dass sie „aneinander vorbeireden“ und nicht zu einem gemeinsamen Ziel kommen. Es entsteht ein sogenannter versteckter Dissens – ein Verständnisproblem. Beide Gruppen haben das Ziel, durch IT-Lösungen zur Verbesserung der Behördenarbeit beizutragen, jedoch geht jede Partei oder Abteilung von einem anderen Ansatz aus.

Um dieses Problem zu lösen, wurde der Studiengang „Digitale Verwaltung“ eingerichtet. Wir als Verwaltungsinformatikerinnen sollen zukünftig als Bindeglied, also sozusagen als Übersetzer zwischen Verwaltung und IT fungieren.

Wie macht IT die Verwaltung besser, schneller effizienter?

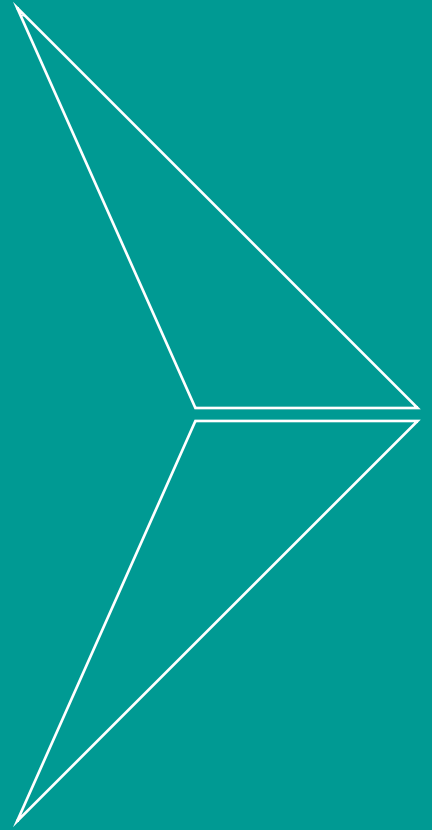
Selina Krafft: Das Dezernat steht in regelmäßigem Kontakt mit allen Fachabteilungen des Regierungspräsidiums Kassel und hinterfragt beziehungsweise analysiert die bestehenden Abläufe und Prozesse. Dadurch entdecken

wir Optimierungsmöglichkeiten in fast allen Abläufen. Diese Optimierungen sowie die gemeinsam gesetzten Ziele werden dann mit den Fachabteilungen und zukünftig auch mit uns als Verwaltungsinformatikerinnen umgesetzt.

Haben Sie ein Beispiel für eine gelungene Verbesserung der Abläufe und Arbeitsmöglichkeiten?

Stefanie Krull: Durch den Wechsel von den Standcomputern zu einem tragbaren Laptop, dem Hessen-PC, wurde ein hoher Grad an Flexibilität geschaffen. Das aktuellste Beispiel hierfür ist wohl die Corona-Pandemie, in der alle Mitarbeitenden von jetzt auf gleich von zu Hause aus arbeiten mussten.

Dadurch, dass ein Großteil der Sachbearbeitung mittlerweile durch Fachprogramme inklusive elektronischer Akte erfolgt, war ein flexibles Arbeiten von zu Hause aus erst möglich. Im Zuge der Digitalisierung sollen die restlichen Abteilungen und Dezernate auf die elektronische Bearbeitung umgestellt und bestehende Programme immer weiterentwickelt werden.



ABTEILUNG II

VERKEHR, PLANUNG, LÄNDLICHER RAUM, VERBRAUCHERSCHUTZ

Regionalplanung, Bauleitplanung, Bauaufsicht, Regionalentwicklung • Verkehr • Veterinärwesen und Verbraucherschutz • Schutzgebiete, Artenschutz, Biologische Vielfalt, Landschaftspflege • Landwirtschaft, Fischerei • Forsten, Jagd • Naturschutz bei Planungen und Zulassungen, Naturschutzdaten



NordOstHessen

Eine starke Region allseits vernetzt

von Susanne Linnenweber

Schon immer hat sich die Entwicklung und Ansiedlung von Orten, Wirtschaft, Versorgung und Wohnen an Linien und Verbindungachsen orientiert. Siedlungen, Markt- und Handelsplätze, Fertigungs- und Produktionsstätten - wenn sie denn nicht an bestimmte Rohstoffe gebunden sind, dann sind sie an den Lebensadern der Handelswege, Straßen, Schienen und Wasserstraßen gewachsen. Die Gemeinden und Städte haben sich als Zentrale Orte für Wohnen, Arbeiten und Versorgung mit allen Bedarfen vom Brot bis zur Kultur etabliert. Die Lage im Raum, das Zu- und Miteinander sowie die gegenseitige Erreichbarkeit (kurze oder auch effiziente Wege) haben sich in ihrer Ausprägung und Anforderung

zunächst mit der Industrialisierung und nun mit der Digitalisierung und Globalisierung gewandelt, aber die Grundstrukturen bleiben. So werden sie aktuell auch in der 4. Änderung des hessischen Landesentwicklungsplanes berücksichtigt und angepasst. Was heißt das konkret für NordOstHessen?



Wie wollen wir künftig leben? Wo und wie wollen wir wohnen, arbeiten, einkaufen und uns versorgen? Wo sollen Straßen und wo Bahnlinien verlaufen? Welche Bedeutung haben digitale Vernetzungen und Homeoffice? Wie sollten unsere Baugebiete oder Gewerbeflächen klima- und energieeffektiv angelegt und genutzt werden, z.B. damit die Häuser wenig Energie verbrauchen oder sogar welche produzieren? Und wie viele Neubaugebiete werden benötigt, wenn in den Dörfern und Kleinstädten die Fachwerkhäuser leer stehen und verfallen? Wie

lassen sich die Energiewende und die Verkehrswende mit den zukunftsorientierten Wohn- und Gewerbeflächenplanungen, aber auch mit Landschaft- und Naturschutz verknüpfen? Gibt es genügend geeignete Flächen, und wie, wo und wie groß sollten, können und dürfen diese sein? Und dann noch: Welche Effekte lösen die Erfahrungen aus der Pandemie mittelbar und unmittelbar aus? Hat sich gezeigt, dass der ländliche Raum doch mehr Zukunft hat? Dass man digital arbeiten und jenseits der Ballungsräume wohnen kann? Welche Umbrüche

stehen im Handel bevor? Was heißt dies für Wohnen, Verkehr und Arbeiten?

Fragen, die nicht nur die Gesellschaft, Politik, Unternehmen und Kommunen, sondern auch diejenigen Arbeitsbereiche im Regierungspräsidium beschäftigen, die sich vordringlich mit Flächen und deren unterschiedlicher Nutzung, Eigenart und Inanspruchnahme befassen.

Alle zehn Jahre soll ein neuer Regionalplan vorliegen. So sieht es das Hessische Landesplanungsgesetz für die drei Planungs-



Susanne Linnenweber, bis 2020 Leiterin der Regionalplanung im Regierungspräsidium Kassel und inzwischen kommissarische Leiterin der Abteilung Verkehr, Planung, ländlicher Raum und Verbraucherschutz, macht klar: „Die Regionalplanung tut alles für eine gute, abgestimmte Entwicklung der Region, damit es sich hier in Nord- und Osthessen gut und gerne leben und arbeiten lässt.“ Foto: Jürgen Emde

Gemeinsam auf die Zukunft vorbereitet

regionen vor, die identisch mit den Regierungsbezirken sind. Für einen Planungshorizont von etwa 20 Jahren geht es darum, die Leitbilder von Bund und Land mit der Ausgangslage und den Zukunftsanforderungen im Regierungsbezirk abzugleichen und daraus die Ziele und abgestimmten planerischen Vorgaben für die Entwicklung der

Region zu formulieren. Beraten und beschlossen wird der Plan von der Regionalversammlung, einem kommunal getragenen 43 Personen umfassenden Gremium, in das nach den Ergebnissen der Kommunalwahl sachkundige Vertreterinnen von den Landkreisen und Kreisfreien Städten sowie dem Zweckverband Raum Kassel entsendet

werden. Der Entwurf des Regionalplans selber und die vorlaufenden Beratungsunterlagen werden von etwa fünfzehn Mitarbeitenden aus den Bereichen Stadt- und Landschaftsplanung, Geologie, Geographie, Verwaltungsrecht und anderen Fachgebieten im Dezernat Regionalplanung des Regierungspräsidiums erarbeitet. Die Re-

Vernetzung oder der Vorteil kurzer Wege

gierungspräsidien sind für diese Zukunftsaufgabe wie geschaffen: Hier arbeiten die Fachleute für alle Lebensbereiche der Menschen, für Tiere und Pflanzen, für die natürlichen Lebensgrundlagen, für Wirtschaft, Verkehr und Siedlungsstrukturen unter einem Dach zusammen. Gerade das Abstimmen von unterschiedlichen Belangen und Ansprüchen zeichnet die Arbeit aus. In der Abteilung II des RP Kassel sind bereits viele der relevanten Belange zusammengeführt: Landwirtschaft, Forst, Naturschutz, Verkehr und dann die Regionalplanung als quasi interne Klammer für die abgestimmte Planung aller unterschiedlichen Raumansprüche von Siedlung, Freiraum (Natur und Landschaft) und Infrastruktur (Verkehr und Energie) sowie der Einbeziehung der natürlichen Lebensgrundlagen wie Luft, Wasser, Boden und Klima. Mit der Bündelung in der Behör-

de und im über Jahrzehnte gewachsenen guten Miteinander mit der Regionalversammlung ist so sichergestellt, dass der Regionalplan alles für eine gute, abgestimmte Entwicklung der Region tut, damit es sich hier in Nord- und Osthessen gut und gerne leben und arbeiten lässt. Dies gilt nach innen wie nach außen. Man kennt sich und bespricht sich, sowohl im Austausch mit den Vertretern der Regionalversammlung, als auch mit Kommunen, mit allen Planungsträgern aber auch Kammern, Verbänden und schließlich auch in der Vermittlung mit den Bürgern. Auch das Regionalmanagement und die Wirtschaftsförderung in Nord- und Osthessen, der Zweckverband Kassel und eine große Vielfalt interkommunaler und fachübergreifender Kooperationen machen das Leben und Arbeiten in der Region NordOstHessen besser und schöner.

NordOstHessen ist ein gutes Beispiel fürs Miteinander und fürs Netzwerken. Ob das an der relativen Ferne zu den Ballungsräumen und der damit verbundenen eigenständigen Entwicklung liegt oder an der guten Anbindung nach überallhin - in der Mitte Deutschlands und Europas - NordOstHessen steht in vielerlei Hinsicht sehr gut da.

Die Planungsregion liegt an den großen mitteleuropäischen Verkehrsnetzen und entfaltet mit der Universität Kassel, der Hochschule Fulda und anderen Bildungs- und Kultureinrichtungen ein immer stärkeres Potential. Beeindruckend ist die Vielzahl an kleinen jungen Betrieben und Mittelständlern. Belebend sind auch weiche Standortfaktoren wie die reizvolle Landschaft oder das reiche touristische und kulturelle Angebot. Der Nationalpark, die Naturparke hier und der Kultursommer, der Musical-Sommer

Schiene, Straße, Breitband – so werden leistungsstarke Räume erreicht

Fulda, die Hersfelder Festspiele und das Staatstheater Kassel dort. Hier lässt es sich gut Leben und Arbeiten.

Diese Chancen und auch weitere Potenziale zum Wohnen und Arbeiten jenseits der Ballungsräume sollen weiter gefördert werden. Entlang der Achsen werden in den Wohnsiedlungsschwerpunkten neue Wohnbauflächen angeboten werden. Diese sind energieeffizient zu entwickeln. Die Industrie und Gewerbegebiete der Zukunft müssen nicht nur bedarfsgerecht sein, sondern auch nachhaltig, indem sie zum Beispiel Flächen noch effektiver nutzen, große Hallendächer oder Fassaden zusätzlich mit PV-Anlagen belegen. Auch dies lässt sich nur im engagierten Miteinander, durch Abstimmungsprozesse und über den Tellerrand oder Kirchturm hinausdenken und in allen Teilräumen optimieren

und verstetigen. Hier ist Nord OstHessen gut aufgestellt.

Schon zu Beginn der Neuaufstellung des Regionalplans steht fest: Die Lage im Regierungsbezirk Kassel ist richtig gut. So konstatiert das bei der Beschreibung der Planungsregion auch die jüngste Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes. Engpässe an Facharbeitskräften und Auszubildenden unterstreichen nur die Chancen der jüngsten Zuwanderungswelle. Die Logistik wurde zu einem Merkmal der Region, doch viele der erfolgreichen Familienunternehmen investieren auch abseits von Verkehrswegen und Zentren. Ein leistungsstarkes Breitbandnetz ist elementare Voraussetzung für leistungsstarke Räume. Dort, wo es noch Lücken aufweist, realisieren es die Landkreise in interkommunalen Projekten. Nahezu gedeckt ist der Bedarf an großen

Straßenbauprojekten, die sich sämtlich in der Realisierung oder in den letzten Planungsphasen befinden. Auf der Schiene unternimmt die Bahn noch Anstrengungen, um mit der Entwicklung im Raum Fulda mitzuhalten. Die Planungsverfahren zum Neu- und Ausbau von Schienenstrecken rund um Fulda laufen. Die nachfolgenden Beispiele aus der Region zeigen wie zukunftsfest und innovativ NordOstHessen aufgestellt ist und die Vernetzung in jeder Hinsicht optimal einsetzt.



Regiotram schreibt die Bahngeschichte fort

RP und Regionalplanung als Beschützer der Bahnstrecken

Verkehrswege sind Lebensadern. Sie verbinden Lebensräume, und an ihnen entstehen immer wieder neue Chancen. Fehlen Verbindungen, dann fehlen Chancen. Und ein Mangel an Planung wird zum Mangel an Zukunft. Die Möglichkeiten, Entscheidungen über die Zukunft zu treffen, sind rar. Denn das Fenster zur Zukunft steht meist nur kurze Zeit offen. Von einem Augenblick zum anderen fallen Entscheidungen, die das Leben von Generationen über Jahrhunderte prägen werden.

Die Entscheidungen über Bahntrassen haben häufig solch epochale Wirkung. Als Beispiel verweist Steffen Müller, Geschäftsführer des Nordhessischen Verkehrsverbunds in Kassel, auf den historischen Ursprung der regionalen Bahnlinien um 1845. Der Kurfürst war engstirnig und konservativ. Rundherum in Preußen waren in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Bahnlinien schon gewachsen. Die Nachbarn gaben den Kurhessen die Übergabepunkte für den Lückenschluss im Schienennetz mit Warburg im Westen und Gerstungen im Osten vor. Rotenburg sollte als Residenz kein Bahnknoten werden. Darum wurde es Bebra. Einmal verwirklichte Linienführungen wurden nie mehr korrigiert. Zwischen Paderborn und Kassel kurvt die Bahn bis heute so manchen Umweg, anstatt den direkten Weg zu nehmen. So blieb die Mitte-Deutschland-Verbindung bislang ein unerfüllter Traum.


Dennoch schreibt die Region Bahngeschichte – nicht nur wegen des Lokomotivbaus in Kas-

sel. Die Regiotram ist für Steffen Müller solch eine „Besonderheit“. Im Kasseler Hauptbahnhof entstand ein neuer Tiefbahnhof, über den sich die Straßenbahn und Eisenbahn in der Regiotram verbinden. Urbaner und regionaler Verkehr verschmelzen in einem System. „Mit der Regiotram haben wir zwei große Netze miteinander verbunden und so Angebotsausweitungen ermöglicht und zugleich weitere Optionen für die Zukunft eröffnet“, sagt Steffen Müller. Dank Investitionen in Technik und Infrastruktur – wie zum Beispiel in ein drittes, einen Engpass überwindendes Gleis bei Obervellmar und einen neuen attraktiven Bahnhof in Hofgeismar mit Tickets, Snacks und Drinks – aber auch durch kluge Planung, intelligente Konzepte und länderübergreifende Zusammenarbeit entstand rund um Kassel ein attraktiver Nahverkehr mit 30-Minuten-Takt auf allen Regiotram-Linien, mit Busverkehren im Stundentakt und mit dem RRX, dem Rhein-Ruhr-Express, der von 2023 an im Stundentakt zwischen Kassel und Düsseldorf mit einem Halt in Hofgeismar

pendeln wird. Die Regiotram im Halbstunden-Takt sei ein „echter Booster“ für die Region mit „belebender Funktion“, sagt Steffen Müller. Die Fahrgastzahlen auf den RT-Linien vervierfachten sich fast im Lauf der Jahre von 1,9 Millionen in 2007 auf 6,9 Millionen 2019. Die RE 11 – als welche der RRX in der Nomenklatur des NRW-Regionalverkehrs nummeriert ist – hatte schon im Zwei-Stunden-Takt, mit dem der Zug bis 2023 zwischen Düsseldorf und Kassel verkehren wird, die Fahrgastzahlen zwischen Kassel und Warburg innerhalb der ersten Monate des Betriebs um 35 Prozent auf 543.075 im Jahr steigen lassen. Im Stundentakt kann sich die Fahrgastzahl auf bis zu eine Million steigern, schätzt Steffen Müller.

Stolz und glücklich ist der NVV-Geschäftsführer auch, dass es gelang, den Betrieb der RT 1 bis nach Hümme auszudehnen. Eine Abstellanlage für die Regiotram in Hümme erlaubt es, den letzten Zug am Abend über die Nacht dort als ersten Zug für den Morgen zu parken. Ein Verein in Hümme belebt



 NVV-Geschäftsführer Steffen Müller ist überzeugt: Die Regiotram im Halbstundentakt "ist ein echter Booster für die Region". Copyright: NVV

den Bahnhof als kleinen Kulturbahnhof. Wer etwas erleben will, kann nun mit der RT 1 nach Kassel, oder eben nach Hümme fahren. Der Busverkehr im Diemeltal wurde verstärkt, damit auch ohne Bahnhof die Mobilität bleibt. Hümme ist für Steffen Müller ein gutes Beispiel, wie eine Infrastrukturentscheidung, die vor mehr als 150 Jahren fiel, die Welt verändern und Chancen dauerhaft verteilen kann.

Liebenau wiederum hat zwar einen Bahnhof, aber keinen Zughalt. Doch Steffen Müller sagt: „Wir werden uns um die Reaktivierung von Bahnhöfen wie in Liebenau Gedanken machen. Wir wollen den Ausbau des Bahnverkehrs im Diemeltal in Gang setzen.“

Der Verkauf eines Bahnhofs an einen privaten Eigentümer wie in Liebenau, Zierenberg oder Fritzlar ist für Steffen Müller jedoch ein fundamentaler Fehler. Öffentliches Eigentum, das der Gesellschaft über mehr als 150 Jahre gehörte und diente, sei aus kurzfristigen Überlegungen verkauft worden und für die Öffentlichkeit nicht mehr verfügbar. Auch die Entwidmung von Bahntrassen hält Steffen Müller für einen kaum mehr zu korrigierenden Fehler. Strecken, die heute wieder funktionieren würden, wie jene von Bad Hersfeld nach Schenkklengsfeld, seien einstweilen für den Schienenverkehr verloren. Insofern ist Steffen Müller dem Regierungspräsidium und der Regionalversammlung als „Beschüt-

zer von Bahnstrecken“ dankbar, denn Regionalplanung und Regionalversammlung sorgten dafür, dass Bahntrassen nicht entwidmet wurden. Auch für die Zukunft sieht der NVV Investitionsbedarf, etwa in die Verlegung von Bahntrassen näher an die Orte, in den Bau eines Tunnels zwischen Hofgeismar und Liebenau, in den vierspurigen Ausbau der Bahn zwischen Kassel und Guntershausen sowie in die weitere Elektrifizierung des Streckennetzes in Nordhessen. „Jedoch wird die Schuldenbremse zukünftige Vorhaben deutlich schwieriger machen,“ sagt Steffen Müller mit Blick auf diese Investitionen: „Es war ein Fehler, sie einzuführen.“



Regionale Stromerzeugung für regionalen Klimaschutz

Aus der Region auf die Zukunft geblickt
von Lars Rotzsche

Die RT 1 nimmt Fahrt auf in Hümme. Die Landschaft gleitet am Fenster vorüber und ich werde wehmütig, wenn ich die stark dezimierten Wälder oberhalb des Diemeltals und auf den Hängen des Reinhardswalds sehe. Die verheerenden Folgen des Klimawandels sind sichtbar. Unsere märchenhaft schöne Landschaft leidet unter den Extremsturmereignissen wie Friederike im Januar 2018, den anschließenden viel zu trockenen Jahren, dem massiven Borkenkäfer- und Pilzbefall. Und ich denke an den Streit um das Für und Wider von Windenergieanlagen auf Kahlflächen im geschädigten Wald.

Wald und Windkraft sind für mich kein Gegensatz. Windkraft ist Waldschutz. Schon wenige leistungsstarke Anlagen auf wenigen windstarken Standorten, die uns Kyrrill und Friederike gezeigt haben, können viel bewirken. Diese wenigen Standorte sind mittlerweile als „Windvorranggebiete“ im Regionalplan ausgewiesen.

Zum Beispiel, weil eine Windenergieanlage der 3-Megawatt-Klasse im nordhessischen Waldrechnerisch auf einem Hektar Standfläche circa 450-mal mehr CO₂-Ausstoß vermeidet, als ein Hektar Buchenwald pro Jahr an CO₂ binden kann. Eine Anlage der 5-Megawatt-Klasse würde auf derselben Fläche die 750-fache CO₂-Menge vermeiden. Das ist keine abstrakte Rechengröße, sondern die Möglichkeit wird in Hessen zur Wirklichkeit. Die Entscheidung des Landes Hessen, 98 Prozent der Landesfläche für Windenergie zu sperren, aber zwei Prozent für die Nutzung der Windenergie freizugeben, ist ein Ergebnis des hessischen Energiegipfels nach dem Super-Gau in den

Atomkraftwerken von Fukushima im April 2011. Im Konsens bekannte sich Hessen zu dem Ziel, seinen Verbrauch an Strom und Wärme bis 2050 aus erneuerbaren Energien zu decken. Die Ergebnisse des Gipfels mündeten im Landesplanungsgesetz, und das wiederum gab Ziele für die Regionalplanung vor.

Vom Zug aus blicke ich auf Offenlandflächen in den Talauen. Könnte die kontroverse Diskussion um Wald und Windkraft hier entschärft werden? Mit Windenergiestandorten in den Tälern? Nein: Im Energiegipfel habe ich gelernt, dass Hessen zu mehr als 42 Prozent seiner Fläche mit Wald bedeckt ist und dass der Wald auf den windreichen Bergen und Kuppen steht, wo landwirtschaftliche Nutzung nicht sinnvoll ist. Und in den Regionalplänen ist ein Kriterienkatalog definiert, der die Windenergienutzung nur in bestimmten Waldbereichen zulässt. Beispielsweise wurden Naturschutzgebiete, Schutz- und Bannwald sowie Nationalparks für Windenergie gesperrt. In den Wäldern bleiben dennoch

sehr gute windreiche Standorte, und über ihre Ausweisung wird in der Region in einem rechtsstaatlich geregelten Verfahren entschieden. Denn der Regionalplan sowie der Teilregionalplan Energie für NordOstHessen werden im Regierungspräsidium Kassel aufgestellt und von der demokratisch legitimierten Regionalversammlung beraten und beschlossen.

Kurz bevor die RT1 Vellmar erreicht, tauchen die Bürgerwindparks auf den Höhen des Kaufunger Waldes am Horizont auf. Windenergieanlagen dieser Größe, die mehr als 200 Meter Gesamthöhe erreichen, verändern das Landschaftsbild weit hin. Doch diese großen Anlagen auf den windreichen Kuppen belohnen uns zugleich mit einem super Ertrag und einem super Klimaschutzpotential. Sie sorgen dafür, dass der Windstrom einen nennenswerten Beitrag zur Stromversorgung der Menschen in Kassel leistet. Wir erzeugen den Windstrom dort, wo wir ihn brauchen! Wir haben die Windenergie hier zusammen aufgebaut, und wir betrei-



Lars Rotzsche arbeitet seit Anfang 2012 bei den Städtischen Werken in Kassel als „Leiter Windenergie“. und beschäftigt sich seit 29 Jahren beruflich mit der Planung von WEA. ist stellvertretender Vorsitzender des Bundesverbandes Windenergie (BWE), Landesverband Hessen. Die Städtische Werke AG hat bisher allein und in Kooperation 29 Windenergieanlagen in der Region realisiert und betreibt diese zusammen mit anderen Stadtwerken, Kommunen und Bürgerenergiegenossenschaften aus der Region. Foto: Karola Müller von der Grün

ben die Anlagen gemeinsam mit den beteiligten Kommunen und sechs regionalen Bürgerenergiegenossenschaften. Gemeinsam schützen wir das Klima und unseren Wald. Obendrein erzielen wir eine gute regionale Wertschöpfung, die uns allen zu Gute kommt. Wie der Landwirt, der neben der Bahnlinie auf dem Feld wirtschaftet: Er versorgt mit seinem Gemüse die Menschen in der benachbarten Stadt klimaschonend auf kurzen Wegen, und die Kunden freuen sich, dass sie transparent produzierte regionale Produkte erhalten, die

sie mit regional gewonnenem Strom zubereiten und mit deren Kauf sie den regionalen Wirtschaftskreislauf stärken.

Die RT 1 passiert den Kulturbahnhof mit dem Fraunhoferinstitut für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik, hält an der Universität und quert die Nordstadt mit ihrer reichen Industrietradition. Energie, Energieeffizienz und Mobilität sind hier seit jeher unsere Themen. Auch in der Zukunft, die wir von der Regiotram aus schon überall sehen können.



Potenzial für grüne Technologie-Region

Regionalplanung zeichnet Infrastruktur vor

„Die Regionalplanung gibt der Region eine Perspektive, - auch indem sie die Infrastruktur vorzeichnet“, sagt Carsten Rahier, Geschäftsführender Gesellschafter der sera Gruppe in Immenhausen: „Die Regiotram hat positiven Einfluss auf unser Unternehmen, denn wir liegen mit unseren beiden Werken in Immenhausen direkt an der Bahnlinie.“ Es gebe einige Pendler, die die Bahn nutzten. Vor allem die jüngeren Mitarbeiter bis Mitte 30 wohnten tendenziell gerne städtisch und ohne Auto. Für diese jungen Kolleginnen und Kollegen sei der attraktive Arbeitsplatz, nur 15 Kilometer entfernt vom Stadtzentrum, dank der Bahn ideal erreichbar.

„Wieviel schneller könnten wir sein, wenn wir unser Wissen vernetzen?!“

Wichtig sei es zudem, den Familien in den Dörfern und kleinen Städten im Landkreis mit dem Bahnanschluss auch ohne Auto eine gute Anbindung an Kassel und die Peripherie zu geben. Freilich wünscht sich Carsten Rahier noch einen engeren Taktverkehr der Regio Tram zwischen Kassel, Immenhausen und dem Umland, um das Angebot auf der Schiene weiter zu verbessern, den Standort attraktiver zu machen und nicht zuletzt den Pendelverkehr weniger klimaschädlich zu gestalten.

„sera goes green“, führt Rahier weiter aus: „Denn als Umwelttechnologieunternehmen mit Zertifizierung müssen wir Vorbild sein und auch klimaneutral

werden. Wir haben uns bereits vor Jahren auf den Weg gemacht und dies auch mit externen Initiativen wie dem jährlichen sera Umwelttag und der Auslobung des sera Umweltpreises bei Promotion Nordhessen dokumentiert.“

Das sei für einen Mittelständler mitunter ziemlich herausfordernd, sagt Carsten Rahier, doch „es liegt an jedem Unternehmen selbst, sich nicht nur ökonomische, sondern auch grüne Ziele zu setzen“. Carsten Rahier wünschte sich, dass dabei der Bund und die Länder den Kommunen, Unternehmen und nicht zuletzt den Menschen noch mehr Anreize setzten, um die hochgesteckten Ziele der Energiewende und Klimaneutralität

schneller erreichen zu können. sera zum Beispiel will mithilfe von Photovoltaik-Anlagen auf den Werkshallendächern und Stromspeichern bis etwa Mitte der 2020er Jahre seinen Strombedarf mit grüner Energie decken. Allein in diesem Jahr wird das Unternehmen Photovoltaik mit einer Leistungsfähigkeit von 300-350 KWP (Kilowatt-Peak) auf verschiedene Werkshallen im Werk 1 in Immenhausen installieren. „Die ganze Umstellung ist eigeninitiiert. Schon nach sechs Monaten hatten wir ein Gesamtkonzept erarbeitet. Doch wieviel schneller könnten wir und andere sein, wenn wir unser Wissen und unsere Erfahrungen zum Thema: 'Green Energy' regional noch besser vernetzten?“, fragt Carsten Ra-

„Wir benötigen die Kopplung verschiedener Energiesysteme“

hier. Seit Jahren arbeitet sein Unternehmen erfolgreich mit verschiedenen Instituten der Universität Kassel und anderen lokalen Institutionen zusammen.

Es fehlt seiner Meinung nach noch an Vernetzung der verschiedenen regionalen Kompetenzen und Expertisen im Bereich erneuerbarer Energie, auch an der Koppelung und Nutzung verschiedener Energiesysteme – zum Beispiel mit Wasserstoff als potenziellem Energieträger und -speicher der Zukunft. Dabei ist

sera auf diesem Feld einer der Pioniere bei der Kompression und Förderung von Wasserstoff weltweit und baut bereits seit über fünf Jahren Wasserstofftankstellen. Die Anfragen kommen mittlerweile aus ganz Europa und Asien, wie beispielsweise Südkorea. Aber auch in der Schweiz ist sera mit dabei, eine flächendeckende Infrastruktur von Wasserstofftankstellen in den nächsten Jahren aufzubauen.

In Frankfurt zum Beispiel bauen die Immenhausener für ein großes deutsches Transportun-

ternehmen deren erste Wasserstofftankstelle, um wasserstoffgetriebene Busse, Personen- und Lastwagen mit Brennstoffzelle aus dem eigenen Fuhrpark betanken zu können.

Busse und Lastwagen verbrauchen lastabhängig etwa fünf bis acht Kilogramm Wasserstoff auf 100 Kilometer. Eine Tankfüllung ermöglicht damit eine Reichweite von bis zu 500 Kilometern. Personenwagen verbrauchen etwa ein Kilogramm Wasserstoff auf 100 Kilometer und kommen bis zu 600 Kilometer weit mit



Carsten Rahier, geboren 1967 in Kassel, ist Geschäftsführender Gesellschafter der sera group mit Sitz in Immenhausen und Unternehmer in der dritten Generation. Copyright: sera

einer Tankfüllung. „Wir haben bereits seit 2015 ein serienmäßiges Brennstoff-Zellen-Auto koreanischer Produktion im Fuhrpark, um mit der eigenen Wasserstofftankstelle als Forschungslabor im Alltag zu lernen“, sagt Rahier und erinnert sich: „Namhafte deutsche Automobilhersteller hatten bereits vor fünfzehn bis zwanzig Jahren Brennstoffzellenfahrzeuge auf der IAA vorgestellt, sie aber nie zur Serienreife gebracht. Erst 2017 hatte Daimler auf der IAA ein Modell als Brennstoffzellen-Antrieb mit Wasserstoff vor-

gestellt und 2019 - leider in viel zu kleinen Kontingenten - auf Mietwagenbasis angeboten. Wir hier in NordOstHessen hätten perspektivisch das Potenzial, eine grüne Technologieregion (Green Tech Region) zu werden. Dafür benötigten wir aber eine Vernetzung der verschiedenen bereits existierenden regionalen Kompetenzen und Expertisen im Bereich Erneuerbarer Energie und nicht zuletzt möglichst viele Infrastruktur- und Mobilitätsprojekte mit der Koppelung und Nutzung verschiedener Energiesysteme. Dabei könnte

Wasserstoff beispielsweise unmittelbar aus überschüssigem Wind- und Sonnenstrom gewonnen und als Energieträger genutzt werden, der zeitlich nahezu unbegrenzt speicherbar ist.“



So werden Stärken gewonnen

Für Vellmar führt der Weg von der Regiotram direkt in die Zukunft

Vellmar ist vorbildlich. Nicht nur mit der RT 1 von Kassel nach Hümme, sondern auch mit Regionalzügen, die im Takt zwischen Kassel sowie Göttingen und Halle verkehren, ist die Stadt an das Eisenbahnnetz angeschlossen, und seit 2011 mit der Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 über die Kasseler Innenstadt mit dem Bergpark Wilhelmshöhe und seinen Welterbe-Wasserspielen verbunden. „Die Straßenbahn“, sagt Bürgermeister Manfred Ludwig, „hat sich bewährt. Kunden aus Kassel kommen auf unseren Wochenmarkt und in unsere Geschäfte, während die Bahn die Schüler und die Berufstätigen nach Kassel fährt.“

Die Kommune will die Stärke, die sie mit dem Schienenverkehr gewonnen hat, weiter ausbauen. Darum hat sie ihre Neubaupläne neu gefasst und Flächen für den Wohnungsbau an der Endhaltestelle der Straßenbahn gebündelt. 2015 hat die Regionalversammlung die Abweichung vom Regionalplan und den Flächentausch ermöglicht, damit in Vellmar-Nord in bester ÖPNV-Lage an der Wendeschleife der Linie 1 das größte Baugebiet im Zweckverband Raum Kassel entstehen kann. Auf 150 Bauplätzen werden auf 16 Hektar 500 Wohneinheiten errichtet. „Es hat Überzeugungsarbeit gekostet“, erinnert sich Manfred Ludwig, „denn wir wollten mehr Bauflächen, als für uns vorgesehen waren.“

Aber die kritische Begleitung hat geholfen. Dann wird es besser für alle.“

Auch die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Raum Kassel hat das Vorhaben im Lichte des Siedlungsrahmenkonzeptes und der Gesamtflächennutzungsplanung beraten und abermals im doppelten Sinn aufgewertet. Das gute Beispiel soll Eingang und Vorbild für das Siedlungsrahmenkonzept des Verbandes werden und ganz konkret wird das Neubaugebiet nun im Plus-Energie-Standard errichtet. Die Häuser erzeugen mehr Energie, als ihre Bewohner verbrauchen. „Das ist in dieser Dimension nicht nur technisch eine echte Pionierleistung in Hessen, sondern auch im ver-



Manfred Ludewig, Bürgermeister der Stadt Vellmar. Dort entstehen 500 Wohneinheiten im Plus-Energie-Standard. Bei dem die Häuser mehr Energie erzeugen als sie verbrauchen. In dieser Größenordnung eine Pionierleistung. Copyright: Stadt Vellmar

traglichen Management: Kommune, Bauherren, Netzbetreiber und Energieversorger müssen untereinander Verträge darüber schließen, wie sie Energie erzeugen. Die Energie wird mit Blockheizkraftwerken, Photovoltaik sowie Wärmepumpen erzeugt werden, und es wird Energiespeicher geben. Eine Gasleitung hin zu Einfamilienhäusern wird es nicht mehr geben“, sagt Manfred Ludewig. Die Häuser seien wegen der guten Dämmung und der aufwändigen Technik zwar zunächst teurer als konventionelle Bauten, aber in der Nutzung preiswerter, denn sie erwirtschafteten Energie und damit einen Ertrag. Mit den regionalen Kreditinstituten sei vereinbart worden, diesen positiven Effekt bei der Finan-

zierung zu berücksichtigen.

In einem „Prozess“ sei das Konzept für das ökologische Bauprojekt in den Jahren 2018 und 2019 entstanden. Mit der Hessischen Landgesellschaft in Kassel (HLG) habe die Stadt Vellmar in einer Machbarkeitsstudie die Möglichkeiten für die Energie-Plus-Siedlung geprüft und entwickelt. Nun werde das Baugebiet in den nächsten Jahren mit der HLG erschlossen und vermarktet. Manfred Ludewig ist sicher, dass die Grundstücke rasch verkauft sein werden.

Die Immobilienpreise in Vellmar seien stark gestiegen, und die Nachfrage nach Bauplätzen sei weiterhin hoch. An den 150 Bauplätzen hatten – noch vor

der Veröffentlichung der Grundstückspreise – 1500 Bewerber ihr Interesse bekundet. Darunter seien nicht nur junge Familien, sondern Investoren, die eine Senioren-WG, ein Mehr-Generationen-Haus sowie Sozialwohnungen errichten wollten. Schon 2022, erwartet Manfred Ludewig, seien die ersten Häuser bewohnt. Am Stand der HLG auf der Expo Real als einer der größten Immobilienmessen der Welt hat Manfred Ludewig das Vellmarer Neubaugebiet als Pionierleistung schon präsentiert.



Die modernste mittelalterliche Stadt im Lande

Liebenau und die erfolgreiche Aufholjagd

Liebenau kann sich glücklich schätzen. Die Kleinstadt hat einen Bahnhof. Sogar einen sehr alten, der schon 1849 eröffnet wurde. Den Bahnhof passieren auch mehrmals stündlich Züge. Doch es hält kein Zug mehr. Bis 2015 war das anders. Da war Liebenau die letzte – oder erste – Station der Linie 1 der Regiotram auf der hessischen Seite im Pendelverkehr zwischen Kassel und dem westfälischen Warburg. Aber dann wurde der Regiotramverkehr zwischen Hümme und Warburg eingestellt. Der Einschnitt fiel zeitlich mit dem Beginn der ersten Amtszeit des Liebenauer Bürgermeisters Harald Munser zusammen, der im November 2020 für weitere sechs Jahre mit 71,6 Prozent der Stimmen in sein Amt gewählt

wurde. Die Wahlbeteiligung erreichte - für eine Persönlichkeitswahl – beachtliche 50,4 Prozent. An der Kommunalwahl 2016 beteiligten sich in Liebenau 63,3 Prozent der Wahlberechtigten. Zum Vergleich: In Frankfurt am Main waren es damals nur 39 Prozent.

Liebenau ist alles andere als ein abgehängtes Provinznest an der Grenze von Hessen zu Nordrhein-Westfalen. In die nächsten Mittelzentren Hofgeismar und Warburg – mit Zughalten an den Bahnhöfen – sind es etwa zehn Kilometer und in die nächsten Großstädte mit Universitäten, Kassel und Paderborn, 30 respektive 50 Kilometer. Die Lage ist mithin gut. Dennoch steht Liebenau vor großen Herausforderungen. „Wir haben eine Einwohnerdichte wie die Mojave-Wüste in Kalifornien“, sagt Munser. 3000 Einwohner leben auf einer Fläche von knapp 50 Quadratkilometern. In Kassel sind es etwa 100.000 Einwohner auf der selben Fläche. In Liebenau gilt es also, viel intakte Infrastruktur für wenige Einwohner vorzuhalten. Doch auch das kann gelingen. Denn unterdessen ist Liebenau die modernste mittelalterliche Stadt in Hessen. Glasfaser bis in fast jedes Haus ist in vier der acht Ortsteile selbstverständlich. In den anderen vier liegt schnelles Internet immerhin schon bis zu den Verteilkästen im Ortskern.

Das erste „Riesenprojekt“, das Munser an seinem ersten Tag als Bürgermeister 2015 begann, war die Sanierung der denkmalgeschützten Altstadt mit dem kreuzförmigen Grundriss und

den Stadtrechten seit 1293. Der Luft- und Raumfahrt-Ingenieur Munser war damals innerhalb des Airbus-Konzerns über Hamburg, München, Marseille und Toulouse an dessen Hubschrauberstandort am Kassel-Airport als Leiter der Entwicklungsabteilung gewechselt. Es war für Munser die Rückkehr in die Heimat. Er engagierte sich in der Kommunalpolitik und wurde Bürgermeister. Munser und die Gemeinde setzten sich das Ziel, alle Straßen, Wege und Plätze in der Altstadt samt der darunterliegenden Infrastruktur für Gas, Wasser und Strom zu sanieren. In diesem Zuge ließ die Stadt die Glasfaserkabel gleich mitverlegen – ohne einen Cent Förderung. Denn als die Straßen aufgegraben waren, gab es kein passendes Förderprogramm. Der Anschluss kostete für jeden Haushalt 200 Euro. Die weiteren Kosten werden über den Tarif des Netzanbieters gedeckt.

Touristisch haben Liebenau, das Flüsschen Warme und die Diemel, die sich hier tief in den Muschelkalk eingeschnitten hat, viel zu bieten mit dem 152 Kilometer langen Schmetterlingssteig, dem ebenfalls länderübergreifenden Diemelradweg, mit Kanutouren, dem Kinderbauernhof „Zwergenhof“ und einem Ponyhof plus Camping-

platz. Es gibt eine Schule mit schnellstem Internet, eine Kita, Ärzte und Lebensmittelläden. In einer früheren Schmiede hat sich – inmitten einer der größten Wacholderheiden Deutschlands – ein vielfach prämierter Gin-Hersteller angesiedelt. Im alten Lagerhaus am Bahnhof von Liebenau, gibt es vielversprechende Bestrebungen eines Investors, eine Whiskey-Brennerei zu errichten.

Freilich spürt Liebenau auch den demographischen Wandel. Die Menschen werden immer älter. Um so mehr freut es den Bürgermeister, dass die Voraussetzungen für den Bau eines Seniorenzentrums geschaffen werden konnten. Das war nicht einfach, denn fast alle Diemelgemeinden liegen im HQ-100-Gebiet, das bei hundertjährigen Hochwassern überschwemmt wird. Auf dem Weg, eine gesetzeskonforme Lösung für einen Neubau in Liebenau zu finden, sei das Regierungspräsidium Kassel keine obrigkeitstaatliche, sondern eine partnerschaftliche Institution gewesen, sagt Munser: „Das Regierungspräsidium ist keine Verhinderungsbehörde, und dafür bin ich dem Regierungspräsidenten Herrn Klüber sehr dankbar.“

Für die aktuelle Amtszeit geht



Bürgermeister Harald Munser wünscht sich für Liebenau wieder Anschluss an den Personennahverkehr auf der Schiene. Foto: Karola Müller von der Grün

Bürgermeister Munser die Arbeit nicht aus: „Es ist schon eine Riesenherausforderung, die Infrastruktur in der Altstadt und in allen Ortsteilen zu erhalten. Aber wir wollen perspektivisch auch unsere Verwaltungsstrukturen anpassen. Allein welche Anforderungen heute an eine Kita in Qualitätssicherung und Qualitätsmanagement, an Personal und Infrastruktur gestellt werden – egal, ob in Frankfurt am Main oder in Liebenau. Aber die müssen Sie erst einmal managen können. Darum denken wir im Diemeltal daran, größere



Strukturen und Verwaltungseinheiten durch interkommunale Zusammenarbeit zu schaffen.“ Nach der Gebietsreform von 1972 sei es heute an der Zeit, Strukturen anzupassen. „Alle wissen um die Notwendigkeit, aber leider hat niemand wirklich den Mut, dieses Thema grundhaft anzugehen“, sagt Munser. Auch der neueste Landesentwicklungsplan 2020 ändere daran fast nichts. Ein Regierungspräsidium, das sehr viel dichter an den Menschen und Kommunen sei als Wiesbaden, könne möglicherweise viel ziel-

genauer und kompetenter bei „kleinen, lokalen Reförmchen“ wie der Schaffung größerer Verwaltungseinheiten behilflich sein. Munser wünscht sich den Regierungspräsidenten als „Anführer der Willigen“.

Schließlich hofft Munser auf einen Wiederanschluss Liebenaus an den Schienen-Personen-Verkehr. „Wenn schon die Schienen liegen, es Bahnsteige gibt und Züge fahren, dann ist ein Bahn-Halt ein Muss“, sagt Munser.



Die Region teilt die Lasten und den Ertrag

Der Zweckverband schreibt am Fahrplan für die Zukunft

Der Raum Kassel kann zur „Superblaupause“ für eine moderne Region werden, in der Plus-Energie-Siedlungen, grüne Gewerbeflächen und Nahverkehrskonzepte an vorhandene Verkehrswege anknüpfen, und die dank Sektorenkopplung, selbst erzeugter regenerativer Energie sowie moderner Wasserstofftechnologie anderen das Beispiel für die Energiewende zur Begegnung des Klimawandel gibt. Aus der Perspektive von Kai Georg Bachmann, bis 2021 Direktor des Zweckverbands Raum Kassel (ZRK) und heute Leiter des Regionalmanagements, entwickeln sich das Oberzentrum Kassel und seine Umlandgemeinden schon erfolgreich gemeinsam. Der Erfolg, schildert Kai Georg Bachmann,

sei so überzeugend, dass der Gedanke und Wille zur Zusammenarbeit aus dem Gebiet des Zweckverbands in den Landkreis Kassel und darüber hinaus in die anderen nordhessischen Landkreise ausgreifen werde. „Selbstverständlich maßstäblich entsprechend kleiner, aber inhaltlich zukunftsweisend und stark wird sich die Region Kassel auf Augenhöhe mit der Region Rhein-Main entwickeln“, sagt Kai Georg Bachmann voraus.

Mehr als ein Anfang ist gemacht. Der Zweckverband mit seinen 330.000 Einwohnern, der in den 1970er Jahren zum Ausgleich der Nachteile aus der unterlassenen Gebietsreform an der Nordspitze Hessens mit dem „Kassel-Gesetz“ geschaffen wurde,

In der Fläche soll eine Nahmobilitätsstrategie den Öffentlichen Personennahverkehr neu definieren.

weitet sich aus. Calden kam als Kommune schon hinzu, und Söhrewald sowie Bad Emstal haben mit dem ZRK bereits eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung geschlossen. Das Wachstum, das vom Kasseler Becken aus weit ins Umland ausgreift, bindet immer mehr Kommunen in das Beziehungsgeflecht ein. Entlang der Regiotramlinie von Kassel nach Hümme wird das besonders deutlich. In Espenau, Grebenstein und Immenhausen sowie im Mittelzentrum Hofgeismar entstanden und entstehen neue Wohngebiete, und in Eberschütz und Liebenau können an der Bahnlinie nach Warburg weitere Haltepunkte geschaffen werden, damit auch diese Orte zum Wohnen noch attraktiver werden und einen

Teil des Siedlungsdrucks im Ballungsraum aufnehmen können. „Die Städte und Gemeinden im Zweckverband, im Landkreis Kassel, aber auch darüber hinaus, merken, dass sie die Anforderungen, die die Zukunft an sie stellt, nicht mehr nur allein für sich bewältigen können. Das geht nur gemeinsam. Wenn im Gebiet des Zweckverbands bis 2030 etwa 22.000 neue Wohneinheiten geschaffen werden müssen, dann werden wir diese dort entstehen lassen, wo sie sich in die vorhandene Infrastruktur und in ein Netz von Chancen und Möglichkeiten fügen werden. Das gilt auch für Gewerbegebiete, die interkommunal entstehen. Wir teilen die Lasten und den Ertrag“, sagt Kai Georg Bachmann. Er sieht

die Herausforderung, die Mittelzentren wie Wolfhagen und Baunatal, Vellmar und Hofgeismar attraktiv zu halten, indem die Innenstädte kombiniert zum Wohnen und Einkaufen genutzt werden. „Wird es einen hybriden Einzelhandel geben? Oder Ausstellungsflächen von Einzelhändlern wie Ikea oder Decathlon in unseren Fachwerkstädten?“, fragt Kai Georg Bachmann, damit die Entwicklungspläne an den Bedarf angepasst werden können.

Die Regionalplanung ist für Kai Georg Bachmann ein ganz entscheidendes Instrument und die Regionalversammlung das entscheidende Gremium, um die Vorstellungen des ZRK „eins-zu-eins in den Regionalplan zu übertragen“. Das sei geübte Praxis in Abstimmung mit der Regionalplanung und der Regionalversammlung.

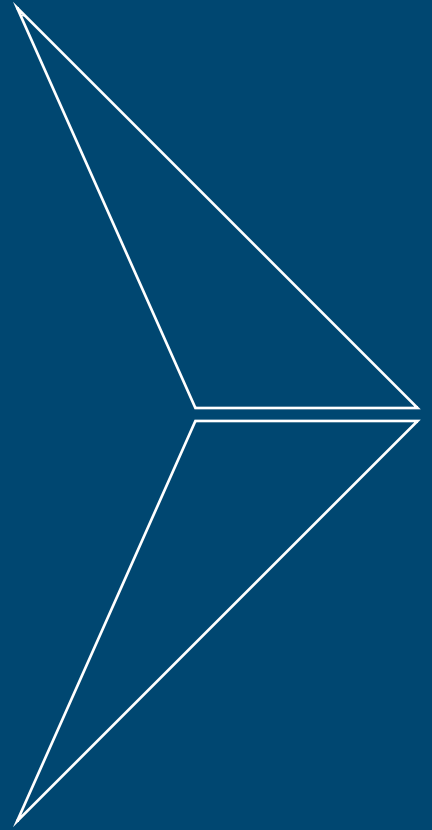
Mit dem Siedlungsrahmenkonzept erarbeite der ZRK derzeit einen „Fahrplan für die Zukunft“. Im Raum Kassel werden damit die Weichen für grüne Gewerbegebiete gestellt, mit Gründächern, Grünfassaden, Eigenenergienutzung und hoher Energieeffizienz. Die Plus Energie-Siedlung in Vellmar-Nord

wird ein Vorbild sein weit über die Region hinaus, und in der Fläche soll eine Nahmobilitätsstrategie den Öffentlichen Personennahverkehr neu definieren. Ausgehend von „Hubs“ an Haltepunkten der Bahn und an Bushaltestellen werden E-Mobilität mit Ladepunkten, Rad- und Fußverkehre sowie Dienstleistungsangebote wie Paketstationen miteinander verknüpft. Die großen Linienbusse, sagt Kai Georg Bachmann voraus, werden langfristig durch On-Demand-Verkehre ersetzt werden können. Die Bürgerbusse, die heute noch – von der Gemeinde organisiert – von Bürgern gefahren werden, werden perspektivisch von einer App organisiert, und von einem autonomen E-Mobil gefahren, das seine Brennstoffzellen mit Wasserstoff speist, der mit Strom aus den regionalen Windparks und Photovoltaik-Anlagen gewonnen worden ist.



Kai Georg Bachmann war langjähriger Direktor des Zweckverbands Raum Kassel (ZRK) und ist seit August 2021 Regionalmanager für Nordhessen.
Foto: Harald Soremski





ABTEILUNG III UMWELTSCHUTZ

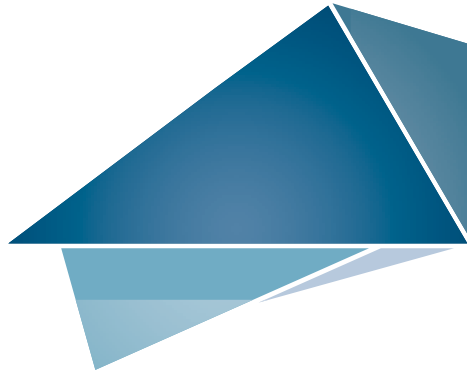
Kassel und Bad Hersfeld: Grundwasserschutz, Wasserversorgung, Altlasten, Bodenschutz • Oberirdische Gewässer, Hochwasserschutz • Kommunales Abwasser, Gewässergüte, Industrielles Abwasser, Wassergefährdende Stoffe • Industrielles Abwasser, Wassergefährdende Stoffe, Salzwasserentsorgung • Abfallwirtschaft • Immissions- und Strahlenschutz • Energiewirtschaft • Bergaufsicht



Umweltschutz

Beispiele für die Arbeit entlang der Eder

Vom Klärwerk bis zum Strahlenschutz und vom Windrad bis zur Altlastensanierung reichen die Aufgaben der Umwelta Abteilung im Regierungspräsidium Kassel. Eine große Fülle von Verfahren in Genehmigung, Aufsicht und Überwachung ergibt sich entlang der Eder. Wir begleiten den Fluss und die Männer und Frauen vom RP, die wiederum diesen und andere Flüsse in Nord-OstHessen begleiten, auf dass es den Gewässern immer noch etwas besser gehe.



Natur und Kultur – Versöhnung am einst wilden Fluss

Wahrung und Ausgleich der Interessen entlang der Eder

Die Eder, sagt Dr. Martin Marburger, sei ein „wilder Fluss“ mit einer hohen „Abflussdynamik“. Am Pegel Schmittlotheim oberhalb des Edersees führe der noch junge Fluss bei minimalem Niedrigwasser nur 0,14 Kubikmeter Wasser in der Sekunde, beim einjährigen Hochwasser hingegen 170 Kubikmeter in der Sekunde. Die Oberläufe des Flusses sind wenig verbaut und strukturell hochwertig. „Die Eder und ihre Nebenflüsse“, folgert der Dezernatsleiter Oberirdische Gewässer und Hochwasserschutz

im Regierungspräsidium Kassel, „besitzen in einigen Abschnitten ‚Leitbildcharakter‘ mit ihrem aufgeschotterten Geschiebe, das der Fluss mit seiner Dynamik bei Hochwasser mitführt, und mit den Totholzbeständen am breiten Ufersaum.“



Foto: Andreas Fischer

Die Wasserqualität hat sich deutlich verbessert

Martin Marburger ist mit und an der Eder aufgewachsen. Er stammt aus dem Wittgensteiner Land im Süden Westfalens. Hier, im Rothaargebirge, entspringt die Eder, die bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch Edder hieß, am Ederkopf bei Erndtebrück in Nachbarschaft von Sieg und Lahn. Die Sieg fließt nach Westen zum Rhein, die Lahn wendet sich nach einer Südostschleife an ihrem Oberlauf ebenfalls nach Südwesten zum Rhein, und die Eder fließt nach Nordosten, bis sie nach 177 Flusskilometern bei Edermünde

auf die Fulda trifft. Bis dahin hat der Fluss eine Höhendifferenz von 478 Meter überwunden und das Oberflächenwasser aus einem Gebiet von 3363 Quadratkilometern gesammelt. Das Einzugsgebiet der Eder ist größer als das der beim Zusammenfluss kürzeren Fulda. Die Eder führt im Durchschnitt auch etwas mehr Wasser als die Fulda und immer noch winzige Krumen Goldes mit sich. Dennoch muss sie am Zusammenfluss mit der Fulda ihren Namen büßen. Sie teilt damit das Schicksal der Fulda, die am Zusammenfluss

mit der Werra in Hannoversch Münden ebenfalls der größere der beiden Flüsse ist, sich aber der Werra unterordnen muss, die von Hann. Münden aus unter ihrem niederdeutschen Namen Weser zur Nordsee fließt.

Unter dem Nutzungsdruck der Kulturlandschaft leidet die Eder durch Einträge aus der Landwirtschaft. Der Hochwasserschutz, Eingriffe zur energetischen Nutzung der Wasserkraft und ganz allgemein der Schutz der Infrastruktur fordern ihren Tribut, so dass der ursprünglich



Dr. Martin Marburger, Dezernatsleiter Oberirdische Gewässer, Hochwasserschutz. Foto: RP Kassel

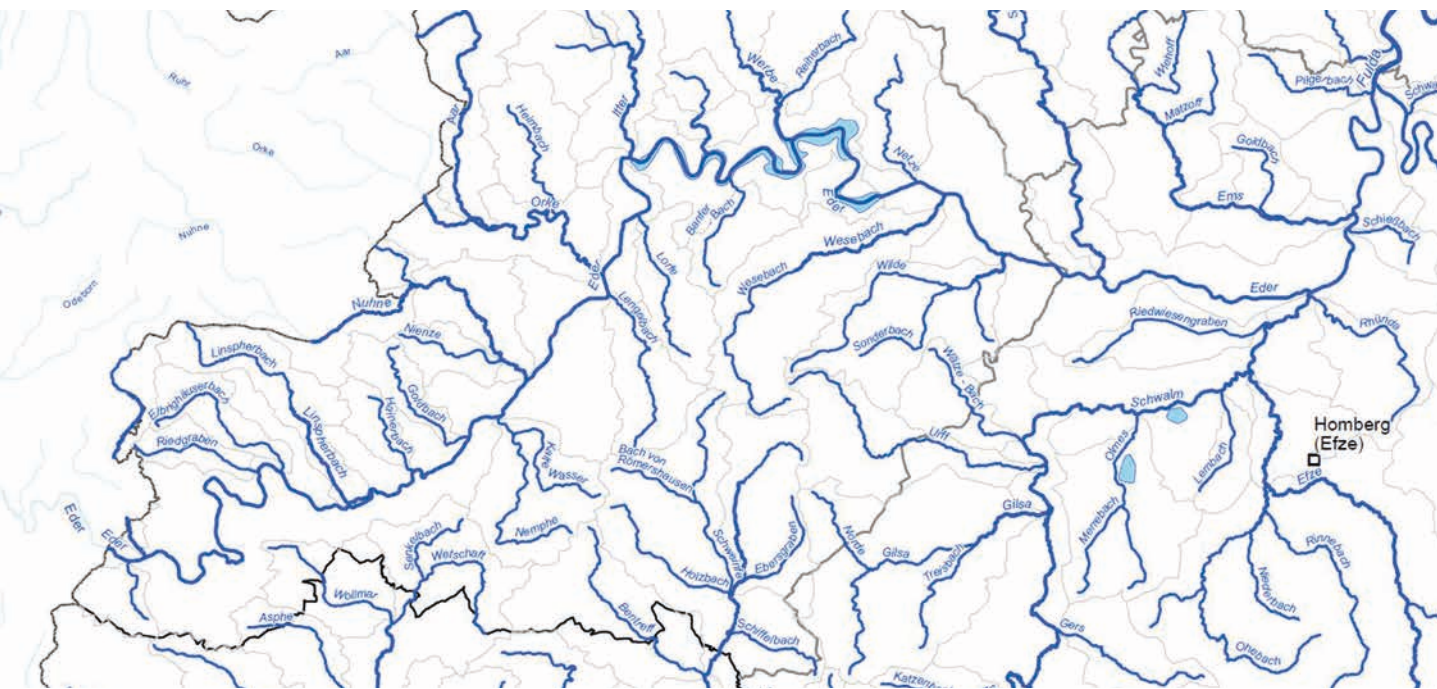
„wilde Fluss“ mancherorts eher einem Kanal ähnelt. „Man kann nicht nur Renaturierung betreiben“, schränkt Martin Marburger ein, aber eine „Obere Wasserbehörde“ kann dennoch viel tun, um Natur- und Kulturlandschaft miteinander auszusöhnen. Die Wasserqualität der Eder hat sich deutlich gebessert. 1970 wies der Fluss nur auf knapp einem Drittel seiner Länge eine gute oder sehr gute Wasserqualität auf, heute erreicht er diese Qualitätsstufe auf mehr als vier Fünftel seines Laufs. Die Äsche und der Schneider, der schon als ausgestorben galt, sind in die Eder zurückgekehrt. Das Regierungspräsidium hat Hochwasserrisikomanagementpläne erarbeitet sowie Überschwemmungsgebiete definiert und

gesichert, in denen keine Neubaugebiete mehr ausgewiesen werden dürfen. Die europäische Wasserrahmenrichtlinie und die FFH-Richtlinie zeigen Wirkung.

Die naturnahen Abschnitte der Eder besitzen ein breites und flaches Profil, in dem der Fluss bei Hochwasser seinen Lauf verlagern und Geschiebe ablagern kann. „Hier werden keine Strukturen gebastelt, sondern sie bilden sich in einem dynamischen Prozess immer wieder neu. Im Idealfall bilden sich Initiale für rein dynamische Prozesse, wenn kleinstteilig völlig andere Lebensräume schon auf Flächen von nur zehn Quadratmetern entstehen“, sagt Martin Marburger. Dank der hohen Strömungsvarianz des Flusses,

der mal wenig und mal sehr viel Wasser führt, lagern sich Fein- und Feinstmaterialien ab. „Hier sind ganz andere Arten vertreten als in schnell fließenden Abschnitten“, sagt Martin Marburger. Strömungsliebende Fische wie die Forelle können in wasserüberströmten Kieslückensystemen ablaichen, während die Libellen im Sommer auf den heißen Kiesbänken in unmittelbarer Nachbarschaft des nahrungsreichen Wassers beste Lebensbedingungen vorfinden.

Die dynamischen Prozesse brauchen Zeit und Raum, bisweilen aber auch Grenzen aus Rücksicht auf die Kulturlandschaft oder durch bauliche Eingriffe doch etwas Nachhilfe zur Renaturierung, damit sich die



Ein Überblick über das Flussgebiet der Eder und ihrer Zuflüsse in Hessen
 Quelle: HLNUG Geobasisdaten

ausgeprägten, von Totholz gegliederten Kiesbänke über temporär durchströmte Flutlandschaften mit den benachbarten Auen vernetzen können – wie zwischen Wabern und Niedermöllrich. Martin Marbruger spricht von einem „Trittstein“, um den Wandel hin zu einem guten ökologischen Zustand zu initiieren: „Solche Trittsteine haben das Entwicklungspotential für ein ganzes Fluss-System.“ Zwischen Wabern und Niedermöllrich wird die Eder auf einer Länge von 2,5 Kilometer an drei Stellen auf einigen hundert Metern renaturiert, indem sie zur umliegenden Landschaft geöffnet und mit einem Kiesteich als Laichplatz für Amphibien verbunden wird. Die Eder durchfließt dort ein Landschafts-

schutz-, FFH-, Vogelschutz- und Naturschutzgebiet. Rechtlich gründet der Flussumbau auf der Wasserrahmenrichtlinie, die auf die Erreichung des guten ökologischen Zustandes zielt. Die Eder verläuft in diesem Abschnitt fast gradlinig in einem nicht zuletzt durch die landwirtschaftliche und frühere bergbauliche Nutzung definierten Gewässerbett. In diesem Braunkohlerevier mit ehemals ober- und untertägiger Förderung stand einmal das größte Kraftwerk der Preußenelektra. Der natürlich vorkommende Ederkies, der bei den Bauarbeiten zur Renaturierung anfällt, wird als Geschiebedepot in die Eder eingebracht, damit sich wieder ein Kieslückensystem bilden kann. Kiesbänke und Totholz, schnell und langsam

fließende Flussabschnitte werden das zuvor monotone Fließbild der Eder bei Niedermöllrich rasch verändern.

In Frankenberg-Viermüden liegt an Flusskilometer 83,78 ein altes Eder-Wehr in einem Landschaftsschutz-, FFH- und Vogelschutzgebiet. Der alte Mühlgraben neben dem Wehr dient zur Fischzucht, und eine kleine Wasserkraftanlage erzeugt schon seit langem Strom. Wegen dieser wirtschaftlichen und regenerativen energiewirtschaftlichen Nutzung der Anlage kam der Rückbau des Wehrs nicht in Frage. Vielmehr sind die Wasserbehörden nach dem Wasserhaushaltsgesetz verpflichtet, ein Kataster von Wehranlagen zu führen, die zur Was-

Saubere Energie aus dem Fluss

serkraftnutzung geeignet sind. Über das Kataster hat wiederum ein Investor zur Wasserbehörde und zum Wehr gefunden. Der Unternehmer errichtet in Viermünden ein „Buchtenkraftwerk“ in einer Eder-Bucht, das keine Ausleitung von Wasser aus dem Flusslauf erfordert. Das Kraftwerk wird im Jahr etwa eine Million Kilowattstunden Strom aus einer nachhaltig fließenden Quelle und damit saubere elektrische Energie für 300 Haushalte liefern. Zugleich entstehen eine zeitgemäße Fischauf- und Fischabstiegsanlage, damit die

Fauna im Fluss das Wehr in beide Richtungen passieren kann.

An der Edertalsperre betreibt der Energieproduzent Uniper – unabhängig von dieser – zwei Pumpspeicherkraftwerke. Ist mehr Strom verfügbar, als benötigt wird, wird mit dessen Hilfe Wasser in ein Becken auf den Berg gepumpt. Wird plötzlich mehr Strom benötigt, als zur Verfügung steht, strömt das Wasser durch eine Turbine talwärts und erzeugt binnen weniger Sekunden elektrische Energie, um in Lastspitzen die

Energieversorgung zu sichern. In den 2000er Jahren plante EON – als damalige Eigentümerin der Anlage – den Ausbau des Kraftwerks um eine weitere Kaverne. Am 3. Dezember 2009 stellte EON das Projekt beim Regierungspräsidium Kassel vor und reichte am 23. Dezember 2010 den Antrag auf Planfeststellung ein. In diesem neuen Kavernenkraftwerk sollte eine Turbine mit weiteren 300 Megawatt installiert werden. Insgesamt stünden dann am Standort Waldeck 920 Megawatt Pumpspeicherleistung zur Verfügung.



4200 Kubikmeter Kies wurden der Eder hier, knapp unterhalb der Ederbrücke am Schmittlotheimer Bahnhof, entnommen und wenige hundert Meter weiter unterhalb wieder eingebaut. So konnten die Bedingungen für die Muschelbestände – die einzigen im Einzugsgebiet der Weser – deutlich verbessert werden. Foto: RP Kassel / Sonja Kessler

Ferner plante EON, den Nutzstauraum des Ober- und Unterbeckens zu erweitern. Daneben beantragte EON, im Pumpbetrieb 90 Kubikmeter in der Sekunde aus dem Unterbecken Affoldern zu entnehmen und im Turbinenbetrieb 110 Kubikmeter je Sekunde wieder einzuleiten. Regierungspräsident Dr. Walter Lübcke unterzeichnete den Planfeststellungsbeschluss am 21. Dezember 2011. Die neue Kaverne mit Kraftwerk wurde zwar nicht gebaut, aber die Kapazität für das „Pendelwasser“ zwischen Ober- und Unter-

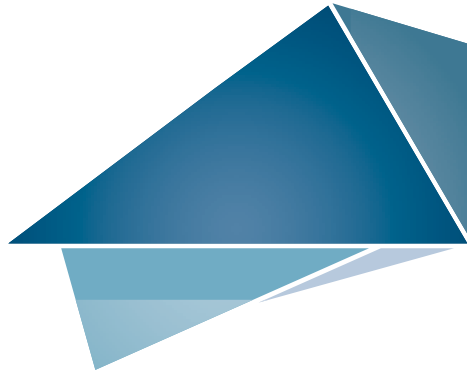
becken um mehr als 500.000 Kubikmeter ausgebaut und die Überflutungssicherheit des Beckens unterhalb der Staumauer in Affoldern stark erhöht. Indem der Damm um einen Meter erhöht wurde, stieg das Speichervolumen von 9 auf 14 Millionen Kubikmeter Wasser und sollte nun genug Reserven für ein 10.000-jähriges Hochwasserereignis bieten.





Beeindruckende Dimensionen: Ein Blick auf die beiden Oberbecken der Pumpspeicherwerke Waldeck I und Waldeck II sowie auf das Unterbecken und auf die Eder, links im Hintergrund. Das Regierungspräsidium Kassel ist allgemein für die Überwachung von Wasserkraftanlagen und für die Überwachung von Staubecken und -seen zuständig. Foto: picture alliance - dpa





Die Belastungen immer weiter verringern

Die Überwachung privater und kommunaler Kläranlagen an der Eder

Ein Fluss ist ein komplexes Ökosystem und Lebensraum für eine reiche Flora und Fauna. Ihn sauber zu halten, kann eine ähnlich komplexe Aufgabe sein, - zumal in einer von Menschen geprägten und genutzten Kulturlandschaft. Am besten wäre es, den Fluss gar nicht erst zu belasten. Das gelingt auch - immer besser. Aber ein Leben und Wirtschaften gänzlich ohne eine Hinterlassenschaft ist wohl kaum denkbar.



Otto Wilhelm Vicum leitet das Abwasserdezernat beim Regierungspräsidium Kassel. Damit ist er auch für die Genehmigung und Überwachung sämtlicher Kläranlagen im Einzugsbereich der Eder zuständig. Foto: Harald Soremski

Deutliche Verringerung der Phosphoreinträge

Denn um zu leben, nehmen wir täglich Nahrungsmittel auf – und scheiden ihre Reste aus. Darunter sind auch knappe, unersetzliche und unverzichtbare Rohstoffe, die wir einerseits zum Leben brauchen, die aber das Leben im Fluss mittelbar belasten können. Phosphor ist ein solch knapper, lebensnotwendiger Stoff und als Mineralstoff ein Baustein des Lebens. Da er sehr reaktionsfähig ist, kommt er in der Natur nur in gebundener Form – etwa in Verbindung mit Sauerstoff als Phosphat – als ein Salz der Phosphorsäure vor.

Phosphate sind in nahezu allen Lebensmitteln enthalten und insbesondere in proteinreichen wie Milchprodukten, Fleisch, Fisch und Eiern.

Gelangt Phosphor mit dem Abwasser in einen Fluss, sorgt er auch dort zunächst für Leben und beschleunigt das Wachstum – etwa von Algen und anderen Wasserpflanzen. Fehlt aber das Licht, um die Photosynthese ablaufen zu lassen, dann verzehren die Pflanzen den Sauerstoff, den andere Lebewesen brauchen. Und sterben die Pflanzen

eines Tages ab, lässt ihre Zersetzung das Ökosystem kippen. Mit Fragen wie diesen beschäftigt sich Otto Wilhelm Vicum, denn er ist Leiter jenes Dezernats, das für kommunales Abwasser, Gewässergüte, industrielles Abwasser und wassergefährdende Stoffe im Regierungsbezirk Kassel zuständig ist. Allein im Einzugsgebiet des Gewässers Eder überwacht sein Dezernat 111 kommunale Kläranlagen, und ein besonderes Augenmerk gilt dem Phosphor. Immerhin stammt etwa die Hälfte des in die Gewässer eingetragenen Ge-

Miteinander von Wirtschaft und Umweltschutz am Fluss

samtphosphors aus kommunalen Kläranlagen.

Um nach der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie eine gute Gewässerqualität zu erreichen, hat Hessen 2015 ein „Maßnahmenprogramm zur Phosphorelimination“ für mittlere und größere Kläranlagen aufgelegt, und auch an der Eder wurden die kommunalen Kläranlagen mit Einrichtungen zur Phosphatfällung ausgestattet. In das Abwasser werden Salze als Fällmittel gegeben, die mit der Phosphorverbindung reagieren und dazu führen, dass sich der Phosphor an die Klärschlammflocke zunächst anlagert und dann am Boden absetzt. Dort wird er dann mit dem Klärschlamm entnommen. Der Klärschlamm wiederum wird zu mehr als 50 Prozent in der Landwirtschaft verwandt, wo der Phosphor in den Nahrungskreislauf zurückkehrt. Oder der Klärschlamm

wird verbrannt. Von 2029 an soll es gemäß der im Jahr 2017 in Kraft getretenen neuen Klärschlammverordnung gelingen, die Stoffströme festzuhalten, und die Phosphorverbindungen aus der Asche der Kläranlagen zurückzugewinnen, berichtet Otto Wilhelm Vicum.

Im Durchschnitt der 111 kommunalen Kläranlagen im Eder-Einzugsgebiet sank die Phosphor-Fracht in den Jahren von 2014 bis 2019 um 61 Prozent von 63,2 auf 24,6 Tonnen im Jahr. Am größten war der Erfolg in den dreizehn größeren Anlagen für 10.000 bis 100.000 Einwohner mit einer Reduktion um 72 Prozent von 24,3 auf 6,8 Tonnen Gesamtphosphorgehalt im Jahr, am geringsten in den 45 kleinen Anlagen, an die weniger als 1000 Einwohner angeschlossen sind. Dort sank die Phosphor-Fracht binnen fünf Jahren um 28 Prozent von 6,2

auf 4,4 Tonnen im Jahr. „Auch diese Reduzierung ist insofern beachtlich. Obwohl es bisher keine besonderen staatlichen Vorgaben für diese kleinen Kläranlagen gab, haben die Kommunen auch dort ihren Beitrag zur Phosphatgesamtbilanz geleistet“, sagt Otto Wilhelm Vicum. Beispielhaft gut gelang nach seiner Einschätzung die Reduktion in Frankenberg und Fritzlar. In Frankenberg sind die Anforderungen besonders streng, weil die Kläranlage am Oberlauf der Eder vor der Edertalsperre liegt. Da das Wasser – und mit ihm dessen Phosphorfracht – im See gestaut wird, muss der Eintrag des Nährstoffs hier besonders wirksam gemindert werden, denn ein Überschuss des Superdüngers im See würde die Unterwasserflora zwar zunächst sprießen lassen, sich aber bitter rächen, wenn das Wachstum mittelbar zu Sauerstoffmangel, Fäulnis und



Ein Blick auf die Kläranlage Fritzlar und ein kombiniertes Becken mit außenliegender, biologischer Reinigungsstufe und innenliegender Nachklärung. Foto: Harald Soremski

einem umfassenden Absterben von Lebewesen führte. In Frankenberg gelang es von 2014 bis 2019, die Phosphorfracht um 85 Prozent von 3,4 auf 0,5 Tonnen im Jahr und in Fritzlar um 68 Prozent von 1,1 auf 0,34 Tonnen im Jahr zu senken. Diese Erfolge seien beispielgebend für ganz Hessen, sagt Otto Wilhelm Vicum. Mit beiden Kommunen habe es „eine gute Kommunikation zur Umsetzung der strengen Maßnahmen“ gegeben. Die Stadt Frankenberg sei im Prozess der Optimierung ihrer Anlage „gut beraten gewesen“, und in Fritzlar habe sich

Abwassermeister Müller der Phosphorelimination als seinem persönlichen Ziel verschrieben. „Es sind immer wieder einzelne Persönlichkeiten, die einen Paradigmenwechsel nicht nur gedanklich, sondern auch pragmatisch und lebenspraktisch vollziehen und damit viel für das Gemeinwesen und die Nachhaltigkeit erreichen“, sagt Otto Wilhelm Vicum.

Von einem guten Miteinander mit dem Regierungspräsidium als Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde spricht auch Marc Hüster, „Technischer Lei-

ter EMEA“ der Hollingsworth & Vose GmbH (H&V) in Hatzfeld an der Eder. Der Standort ist heute Teil einer familiengeführten Unternehmensgruppe aus den USA mit mehr als einem Dutzend Werken in der ganzen Welt, die sich auf die Fertigung von Filtermedien spezialisiert hat.

In Hatzfeld werden schon seit mehr als 200 Jahren Filtermedien produziert. „Anwendungsgebiete sind zum Beispiel die Reinigung von Wasser und Trinkwasser. Weitere Anwendungen im Automobilbereich sind Filter

Die Flussfauna vor zu hohen Temperaturen schützen

für Kraftstoff, Öl und Luft im Motor und Innenraum, die Abscheidung von Wasser aus Kerosin bei der Betankung von Flugzeugen, Filter in Hydrauliksystemen und der Schutz von Druckluftkompressoren“, berichtet Marc Hüster: „Immer größeren Stellenwert nehmen die Medien im Bereich raumlufttechnische Anlagen zur Luftreinhaltung, zur Belüftung von Reinräumen, Kliniken und OP-Räumen und zum Schutz vor Viren und Bakterien durch Atemmasken ein.“ Um die Filtermedien herzustellen, werden – neben anderen Stoffen - Zellulose und Glasfasern in Wasser gelöst und zu „bahnförmigen Materialien“ verarbeitet, schildert Marc Hüster den Prozess. Hierfür entnimmt der Betrieb Wasser aus der Eder und gibt es anschließend wieder an den Fluss zurück, - selbstverständlich sauber, aber auch mit der richtigen Temperatur.

Denn, so erläutert es Otto Wilhelm Vicum, das erfordere der Fluss als verletzlicher Lebensraum für eine große Vielfalt an Fischen mit temperatursensiblen Laich. In der Kläranlage des Unternehmens werden in mehreren Reinigungsstufen etwa 880.000 Kubikmeter Wasser im Jahr chemisch-physikalisch gereinigt. Zunächst wird das Abwasser chemisch behandelt, um seinen pH-Wert zu neutralisieren und feste Bestandteile, wie zum Beispiel Zellulose-Reste, zu fällen. Die gefällten Stoffe werden dann physikalisch vom Wasser getrennt. Danach kann das gereinigte Wasser der Eder wieder zugeführt werden, aber nur wenn die Temperatur der Eder einen genehmigten Wert einhält.

Denn die Fischregion an der Eder bei Hatzfeld ist die Äschenregion. „Die dazugehörigen Fische erreichen derzeit in der oberen

Eder leider nur knapp einen mäßigen ökologischen Zustand“, sagt Otto Wilhelm Vicum. Eine „Erhöhung der Aufwärmspanne“ während der Laichzeit der Fische sei nicht zulässig, „denn sonst werden wir in der Oberen Eder wohl nicht den angestrebten guten Zustand erreichen“. Und die Fische, die niedrige Wassertemperaturen mögen, laichen von März bis Juli und von Oktober bis Januar: Groppe, Mühlkoppe und Bachneunauge von März bis Mai, die Äsche von März bis Juni, Schneider und Merle im Mai und Juni, die Barbe von Mai bis Juli und die Bachforelle von Oktober bis Januar.

Die Eder fließe bei Hatzfeld in einem flachen Kiesbett, führe einmal sehr wenig und ein anderes Mal sehr viel Wasser. Das sei herausfordernd. Wenn es – wie am Ende der 2010er Jahre – längere Zeit nicht regne und überdurchschnittlich warm sei,



Marc Hüster ist technischer Leiter EMEA der Hollingsworth & Vose GmbH (H&V) in Hatzfeld. Die Abwässer des Unternehmens dürfen nur gereinigt und nur bei Einhaltung fester Temperaturgrenzwerte in die Eder eingeleitet werden.

Foto: Harald Soremski



werden die natürlichen Einflüsse auf das Leben im Fluss kritisch, sagt Otto Wilhelm Vicum. H&V überwacht die Temperaturerhöhung in der Eder mittels Datenloggern im Fluss oberhalb der Entnahmestelle und unterhalb der Einleitestelle und übermittelt die Daten an das RP. Diese Datenlogger wurden von H&V in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Landesamt für Umwelt, Geologie und Naturschutz installiert, für die Eigenüberwachung der im Bescheid festgesetzten Aufwärmspanne. Die Abwasserüberwachung in Hatzfeld habe den Anstoß zu einem Projekt der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) unter der Federführung Hessens gegeben, das der Erforschung der Temperaturansprüche der heimischen Fische gelte und in einer Anpassung der Oberflächenwasserverordnung münden könnte, in welche die Datenerhebung aus der Eder einfließen dürfte.

„Wir als Regierungspräsidium regeln die qualitative und quantitative Einleitung, erteilen die Erlaubnis dazu und überwachen die Einhaltung der Werte durch nicht angekündigte Kontrollen mehrfach im Jahr. Damit ermöglichen wir einem systemrelevanten Unternehmen seine Produktion in unserer Region“, sagt Otto Wilhelm Vicum. Das Regierungspräsidium habe ein Interesse daran, das Unternehmen zu begleiten und zu unterstützen, damit die Einleitungsbedingungen eingehalten werden.

Diese einzuhalten wird nicht leichter. „Im Sommer sind wir schon an Grenzen gekommen“, berichtet Marc Hüster. Wasser fließe immer, aber die Abflussmengen sinken und die Temperaturen steigen: „Auch wir haben unsere Mess-Sensoren in der Eder, und wenn wir an die Grenzen rankommen, reagieren wir in Abstimmung mit dem Regie-

rungspräsidium entsprechend. Aufgrund der klimatischen Veränderungen mussten wir schon mehrfach im Jahr in Abstimmung mit dem Regierungspräsidium eingreifen, um die Genehmigungen einzuhalten.“

Mit dem Regierungspräsidium, sagt Marc Hüster, habe das Unternehmen zahlreiche Berührungspunkte. Die Kommunikation mit den Vertretern der Behörde sei offen, „und in der Zusammenarbeit sind wir immer zu Lösungen gekommen. Ich bin auch viel unterwegs in Großbritannien und Indien. Die konstruktive und enge Zusammenarbeit zwischen den Aufsichtsbehörden und der Wirtschaft ist aus meinen Erfahrungen in Deutschland vorbildlich.“ Ein intakter Fluss bildet nicht nur die Grundlage für das Leben in ihm, sondern auch für ein gutes Leben und Wirtschaften an und mit ihm.



Knifflige Altlastsanierung bei Edermünde

Im Boden unter ehemaligem Bitumenwerk steckt Arbeit für Jahrzehnte

Was den Geologen vom Theologen unterscheide, fragt Reinhard Sudhoff, und gibt die Antwort sogleich selbst: Der eine sei noch nicht unten, und der andere noch nicht oben gewesen, aber beide sollten Auskunft darüber geben, wie es am jeweiligen Ort sei. Reinhard Sudhoff ist Geologe und bringt mithin die passende Qualifikation für seine Aufgabe als Leiter des Dezernats Grundwasser und Bodenschutz im Regierungspräsidium Kassel mit. Er sollte zum Beispiel wissen, welche Schadstoffe in welchen Mengen im Boden und Grundwasser vorkommen, doch er kann es gar nicht genau wissen. Denn niemand (auf Erden) hat ein abschließendes Verzeichnis über all die Umweltsünden geführt,

die in Jahrhunderten begangen wurden. Denn Sünden werden gerne im Verborgenen begangen. Früher habe es in beinahe jedem Ort eine chemische Reinigung, eine Tankstelle oder eine Metallverarbeitung gegeben, sagt Reinhard Sudhoff. Das alles seien potentielle Quellen von Altlasten.



Von einem Schwimmponton aus entnehmen die Fachleute des Altlastensanierers HIM-ASG Proben der Edersedimente, um sie auf Beeinträchtigung durch die Altlast bei Edermünde zu untersuchen. Foto: HIM-ASG

Ein nach Einschätzung des Dezernatsleiters „sehr großer Schadensfall“, der aufgrund seiner Schadstoffmenge unter den „Top Ten“ der Schadensfälle in Hessen rangiere, sei das ehemalige Bitumenwerk Dr. Riehm in Edermündes Ortsteil Grifte nur 300 Meter von der Eder entfernt. Etwa einen Kilometer nordöstlich mündet die Eder in die Fulda. Von 1894 an wurden auf dem Gelände, das oberhalb des Flusses liegt, Dachpappen hergestellt. Es kamen Mottenkugeln, Straßenteer und Bitumen für Unterbodenschutz hinzu, bis der Betrieb in den 1990er Jahren eingestellt wurde. Die Rohstoffe waren Teer- und Teeröle, die zunächst aus der Koksproduktion stammten. Abfälle und Abwässer versickerten

im Boden, wurden irgendwo in der Landschaft abgekippt oder einfach über einen Graben zur Eder geleitet. Dass die Abfälle giftig waren, war den Verantwortlichen freilich schon immer bewusst. Darum versuchten sie auch, die Abwässer zu klären: Mit Jutesäcken und Strohmatte hofften sie, den Teer, der über den Graben zur Eder floss, aufhalten zu können. Doch diverse Schadstoffe - darunter vor allem krebserregende Polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK) - gelangten in unbekanntem Mengen in die Eder, versickerten in den Boden und ins Grundwasser oder wurden an unbekanntem Orten abgelagert. Seit Beginn der Sanierung, die in den 1980er Jahren begann, wurden – unter anderem – 360 Ton-

nen Teer aus alten Teergruben, über 40.000 Tonnen belastete Böden entsorgt und mehr als 15 Tonnen Schadstoffe aus dem Grundwasser gefiltert. Mit einer Asphalttschicht wurde das Eindringen von weiterem Wasser in das verunreinigte Erdreich verhindert. In 40 Meter Tiefe unter einem heutigen Gewerbegebiet findet sich zusammen mit dem Grundwasser an einigen Stellen immer noch das pure Teeröl. Nur ein Kilogramm PAK kann 5 Milliarden Liter Wasser bis zum zulässigen Grenzwert belasten.

Die Hessische Industriemüll (HIM) Altlastensanierungsgesellschaft steuert das Sanierungsprojekt seit Jahren. Sie beauftragt weitere Gutachter und Unternehmen für die Sanierung.

>



Reinhard Sudhoff ist Geologe und Leiter des Dezernats Grundwasser und Bodenschutz im Regierungspräsidium Kassel. Bei den regelmäßigen Terminen auf der Sanierungsfläche kontrolliert er unter anderem gemeinsam mit Jürgen Albrecht (r.) von dem beteiligten Baugrundinstitut die Grundwasserreinigungsanlage, die in einer eigenen Halle installiert wurde. Foto: RP Kassel

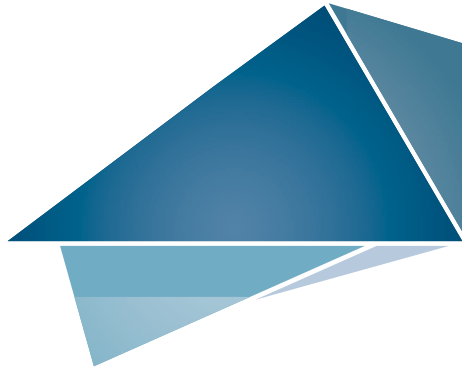
Das Regierungspräsidium ist die Genehmigungsbehörde. Sie prüft die Strategie, die die HIM vorlegt, und gibt die Mittel für deren Umsetzung frei.

Das exakte Ausmaß des Schadens ist noch nicht bekannt. Dennoch versuchen Reinhard Sudhoff und die beauftragten Fachleute es zu ergründen, sei es mit historischer Forschung in vergilbten Akten oder mit Probebohrungen an Stellen, von denen sich Reinhard Sudhoff aufgrund komplexer Überlegungen Aufschluss erwarten darf. Naturwissenschaftlich geleitetes Kalkül, lebenspraktische Erfahrungen und kriminalistischer Spürsinn leiten ihn. Vor allem die Sanierung am Ufer der Eder sei eine „knifflige Aufgabe,

denn wenn sie Dinge anfassen, die jahrelang in einem gewissen Gleichgewicht ruhten, laufen sie Gefahr, einen großen Schaden auszulösen“.

Bislang lagerten die versickerten Schadstoffe für den Menschen nicht direkt zugänglich, und es gibt keine Krankheitsfälle, die auf die Belastung im Boden zurückzuführen sind. Die Schadstoffe nahe der Eder aber im Boden zu belassen, kommt für die Behörde keinesfalls in Frage. Zu groß ist die Gefahr, dass diese unbeabsichtigt freigesetzt werden. Wie lange sein Dezernat noch mit der Sanierung des Schadens zu tun haben wird, vermag Reinhard Sudhoff nicht zu sagen: „Es sind eher Jahrzehnte als Jahre.“ Die

Kosten, die das Land zum großen Teil getragen hat, liegen schon jetzt bei über 10 Millionen Euro. „Es bleibt spannend“, sagt Reinhard Sudhoff. Nicht nur in Edermünde. Allein im Dienstbezirk des Regierungspräsidiums Kassel gebe es über 10.000 Flächen, auf denen mit gefährlichen Stoffen gearbeitet worden sei. „Das sind nur jene, die uns von den Kommunen gemeldet wurden, und wir müssen annehmen, dass sehr viele nicht bekannt sind“, gibt der Geologe zu bedenken.



Das RP ist uns Begleiter und Berater

Gemeinsam mit den Kommunen kommt vieles auf den Weg

„Zu den Aufgaben der Daseinsvorsorge einer Kommune zählt auch die Bewirtschaftung der Wasserversorgung. In meiner Funktion des Bürgermeisters von Fritzlar bin ich außerdem auch Vorsitzender des Wasserverbandes Fritzlar-Homberg, der etwa 70.000 Einwohner in elf Kommunen versorgt.“



Hartmut Spogat,
Bürgermeister der Stadt Fritzlar.
Foto: Harald Soremski



Darum sage ich: Die Ressource Wasser, aus der das Leben entsteht, müssen wir schützen und ihren Verbrauch, wo immer möglich, reduzieren. Das Regierungspräsidium Kassel ist, wenn es ums Wasser geht, für uns nicht nur Genehmigungs- und Kontrollbehörde, sondern es ist uns Begleiter und Berater in dem fortwährenden Streben nach Optimierung im Umgang mit unserem kostbaren Wasser.

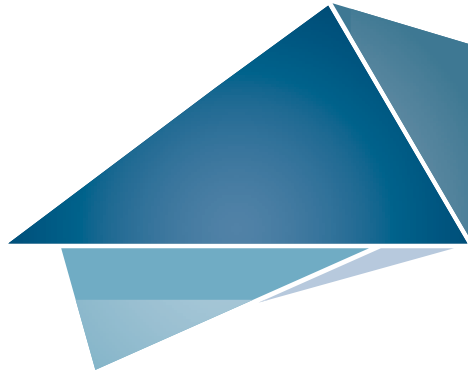
Mit dem Regierungspräsidium und durch seine fachtechnische Beratung reduzierten wir zum Beispiel den Sauerstoffbedarf in unserer Kläranlage. Wir isolierten den Faulturm der Kläranlage, um mehr Faulgas erzeugen zu können, und bauten ein Blockheizkraftwerk, um

das dort entstehende Methan als regenerative Energiequelle besser zu nutzen. An der Eder erzeugen wir Strom mit einer Wasserkraftschnecke, die mit einem Fischauftstieg verbunden ist. Und an der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie arbeiten wir gemeinsam mit den Fachleuten des Regierungspräsidiums schon seit vielen Jahren. Uns wurde aufgezeigt, wie wir die Eder am besten renaturieren und somit Retentionsräume für das Hochwasser schaffen, in denen nach dem Abfluss des Wassers Tümpel für Amphibien bleiben. Anfangs gab es an einzelnen Stellen einen großen Aufschrei, als die Bagger kamen und Mulden schufen, um der Eder das Übertreten ihres eingegengten Flussbetts zu er-



möglichen. 'Was machen die im FFH-Gebiet?', erregten sich die Leute. Heute sind diese renaturierten Abschnitte der Eder die schönsten Hingucker und natürliche Lebensräume für viele Arten. Allein schon welche Vogelarten sich dort aufhalten! Selbst der Eisvogel wurde wieder gesichtet."

Hartmut Spogat



Prof. Dr. Dr. h.c. Dietrich Borchardt lehrt an der Technischen Universität Dresden im Bereich Aquatische Ökosystemanalyse und Management sowie im Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Magdeburg.
Foto: privat



„Nur das RP konnte alle Bausteine zusammenfügen“

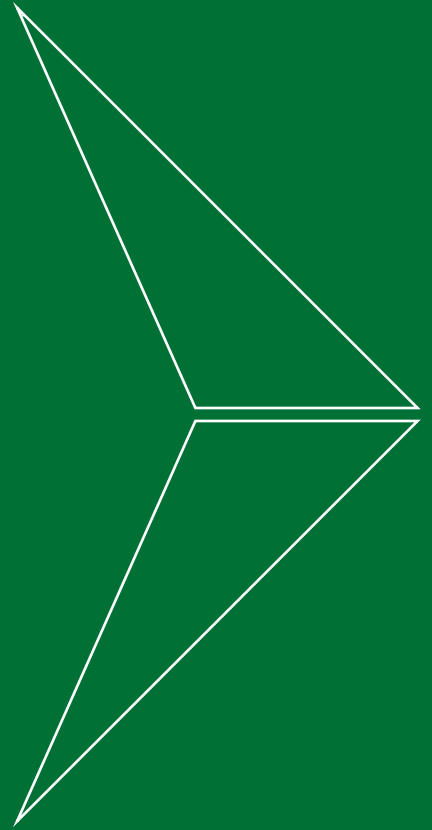
Renaturierung beispielhaft umgesetzt

„Mit der Eder bin ich beruflich und privat verbunden – auch aufgrund meiner Passion als Fliegenfischer. Ich gehöre dem Ederfischereiclub an, der sich unmittelbar nach dem Bau der Staumauer im Jahr 1923 gegründet und seither der Hege des Fischbestands und der ökologischen Weiterentwicklung der Eder verschrieben hat. Der Bau der Talsperre hat die Eder stark verändert. Es herrschen andere Abflussverhältnisse als die natürlichen, es fehlt das Kiesgeschiebe, die Wasserqualität ist infolge des Aufstaus zeitweise kritisch. Der Weserlachs, zu dessen Fang die britische Aristokratie einst nach Frankenberg reiste, ist ausgestorben, weil die Fische von den Laichplätzen am Oberlauf des Flusses abgeschnitten wurden. Die Begradigung der Eder, die Kiesgewinnung und der Ausbau mit Regelprofilen in den 1960er und 70er Jahren hatten den vormals naturnahen Fluss hin zu einem monotonen Gerinne verändert. Doch die Eder hat ein großes ökologisches Potential und Bedingungen, die man hin zu einem

guten Zustand entwickeln kann. Die Renaturierung des Ederlaufs unterhalb von Affoldern wurde unter der Planung und der Begleitung des Regierungspräsidiums Kassel beispielhaft und in großem Stile umgesetzt. Die Naturschutzverbände, die Fischereivereine, die Kommunalpolitiker und die Eigentümer, die Flächen bereitstellen mussten, haben dabei Hand in Hand zusammengearbeitet. So viele Interessen waren zu berücksichtigen, denn die Eder ist außerdem Freizeitgebiet für Wanderer, Radfahrer, Kanuten, Badende und Goldwäscher. Die Rolle des Regierungspräsidiums Kassel in diesem Prozess war es, alle Interessen zu bündeln, dabei der Anwalt für das Gesamtziel zu sein, sowie alle möglichen Förderprogramme zu erschließen und ökologische Ausgleichsmaßnahmen für andere Eingriffe in der Region auf die Renaturierung der Eder zu lenken: Das kann kein Ehrenamtlicher leisten. All diese einzelnen Bausteine mit einem langen Atem zu einem Gesamtwerk zusammenzufügen, das

ist nur einer Behörde wie dem Regierungspräsidium möglich. Und auf dem Flussabschnitt zwischen Affoldern und Fritzlar stellten sich schon in kurzer Zeit Erfolge ein. Zwei Jahre nach der Renaturierung waren zwei verschollene Fischarten, der Schneider und die Elritze, wieder da. Der Schneider steht ganz oben auf der roten Liste der bedrohten Tierarten, in Hessen und in Deutschland. Wir wissen nicht, wie er es angestellt hat, in die untere Eder zurückzukehren. Die Rückkehr der zwei Fischarten steht stellvertretend für die deutliche Erholung der gesamten Flora und Fauna. Auch der Biber ist zurückgekehrt. Das zeigt, wie überraschend schnell sich die Natur erholt, wenn zielgerichtet gehandelt wird. Das, was mit Einzelinitiativen aus der Zivilgesellschaft vor Ort begann und unter Bündelung des Regierungspräsidiums Kassel an der Eder schließlich umgesetzt wurde, ist über die Region hinaus Beispiel gebend.“

Prof. Dr. Dietrich Borchardt



ABTEILUNG IV SICHERHEIT UND ORDNUNG

Hoheitsverwaltung, Gewerbe • Ausländerrecht • Brand- und Katastrophenschutz • Zentrale Bußgeldstelle



„Wir stellen uns der Zukunftsaufgabe Feuerwehr“

„Frage nicht, was dein Land für dich, sondern was du für dein Land tun kannst“, sagte einst John F. Kennedy, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. „So, wie es die Freiwilligen Feuerwehrleute tun“, hätte er seine Rede fortsetzen können. Denn der ehrenamtliche Dienst in der Freiwilligen Feuerwehr ist gelebte Subsidiarität durch Selbsthilfe: Die kleinste gesellschaftliche Einheit übernimmt ihre ureigenen Aufgaben, bevor sie die Verantwortung nach oben abgibt. Im Regierungsbezirk Kassel engagieren sich fast 24.000 Frauen und Männer, 8.000 Jugendliche und 4.000 Kinder in 939 Freiwilligen Feuerwehren. Nur die Stadt Kassel hat im Bezirk eine Berufsfeuerwehr mit etwa 300 Beamten,

und Fulda hat eine Freiwillige Feuerwehr mit hauptamtlichen Kräften. In der weiten Fläche des Regierungsbezirks aber leisten die Wehren einen freiwilligen, unbezahlten Dienst am Nächsten.



Längst löschen die Freiwilligen Wehren nicht mehr nur Brände. 2019 rückten sie zu 13.500 Einsätzen aus. Darunter waren zwar 3000 Brandeinsätze sowie 2500 Fehlalarme – die entweder aus Vorsatz ausgelöst worden waren oder aus Fahrlässigkeit, weil zum Beispiel der Toaster unter dem Rauchmelder das Brot ein wenig zu kross angeröstet und der aufsteigende Rauch den Alarm ausgelöst hatte. Aber die Feuerwehr hilft auch bei Verkehrsunfällen, die auf Landstraßen schrecklich sein können, sie öffnet Türen, wenn sich der Nachbar lange oder zu lange nicht hat sehen lassen, und sie unterstützt den Rettungsdienst. 750 Mal wurde die Feuerwehr 2019 vom Rettungsdienst mit der Bitte um „Tragehilfe“ hinzu-

gerufen, weil immer mehr Menschen immer schwerer werden, und die körperlichen Kräfte der Helfer nicht mehr ausreichen, Personen mit einem Gewicht von mehr als 200 Kilogramm allein oder zu zweit zu tragen. Die Feuerwehr hilft bei Unwettern, Katastrophen, Gefahrguteinsätzen und bei der Personensuche. Sie kommt schließlich auch zur Tierrettung. Die Freiwilligen Feuerwehrleute holen nicht nur Katzen vom Baum, die der Mut verlassen hat, sondern im Kreis Fulda halfen sie beispielsweise einem Kalb aus einem privaten Swimming-Pool. Das Tier war auf seinem Spaziergang, zu dem es sich aus freien Stücken entschlossen hatte, zwar mühelos in den Pool gelangt, nicht aber aus eigener Kraft heraus.

Der Sinn des freiwilligen Dienstes in der Feuerwehr ist unbestritten, und seine Erfüllung steht nicht in Frage. Aber die Zahl der Wehrleute sinkt seit langem. 1990 versahen 30.000 Feuerwehrleute ihren Dienst im Bezirk, 2010 waren es 27.000. Heute sind es abermals 3000 weniger. Mario Mißler, stellvertretender Leiter des Dezernats 43 im Regierungspräsidium Kassel und selbst seit Jugendtagen ein Feuerwehrmann, sieht für den Rückgang vor allem einen Grund: Es ist der demographische Wandel. Es gibt immer weniger junge Leute, die in die Feuerwehr hineinwachsen können, während immer mehr ältere Wehrleute mit 60 Jahren ausscheiden müssen. Um die geringere Zahl an jun-

Strategien gegen den Personalrückgang



Thomas Finis und sein Stellvertreter Mario Mißler leiten das Dezernat für Brand- und Katastrophenschutz beim Regierungspräsidium Kassel. Foto: Harald Soremski

gen Leuten werben wiederum immer mehr Institutionen und Organisationen wie Kirchen, Parteien, Vereine und andere Hilfsorganisationen mit einem immer anspruchsvolleren und beanspruchenderen Angebot.

Mario Mißler – der 1987 geboren wurde - weiß, wovon er spricht. Irgendwann musste auch er als Jugendlicher entscheiden, wo er sich einbringt: Beim Fußball oder in der Feuerwehr? Die Sportvereine trainieren teilweise drei Mal in der Woche, hinzu kommt das Spiel am Wochenende. Die Feuerwehr übt meist einmal in der Woche, hinzu kommen die Einsätze. Neben dem Hobby gibt es freilich auch die Schule oder den Eintritt in den Beruf, die ei-

gene Familie, die Freunde und Partner oder Partnerin. „Die Kinder und Jugendlichen sind heute mehr gefordert, als ich es damals noch war. Ich hatte mehr Freiheit und konnte mit meinen Freunden Fußballspielen“, berichtet Mario Mißler aus seiner Kindheit in einem anderen Jahrhundert.

Doch die Kenntnisnahme des Wandels von Demographie und gesellschaftlichen Ansprüchen an das Individuum ist das eine, die Konsequenz daraus zu ziehen, ist das andere. Mario Mißler und sein Dezernatsleiter Thomas Finis wollen dem Personalrückgang bei den Wehren nicht tatenlos zusehen. Das Regierungspräsidium steuert gegen. Gemeinsam mit den

Wehren und weiteren Institutionen haben Thomas Finis und Mario Mißler eine Strategie zur Attraktivierung der Feuerwehr und damit auch zur Stärkung der Subsidiarität in unserer Gesellschaft entwickelt.

„Wenn wir früher auf die Zehnjährigen zugegangen sind, um sie für die Jugendfeuerwehr zu interessieren, dann waren sie meist schon in einem Verein aktiv. Also wecken wir bereits in den Kindergärten Begeisterung für die Feuerwehr und öffnen uns mit der Kinderfeuerwehr seit 2007 für die Sechsjährigen, die später wiederum in die Jugendfeuerwehr übertreten“, sagt Mario Mißler. Die Strategie hat Erfolg: Im Bezirk engagieren sich etwa 4000 Kinder

Pilotprojekt für Innovation und Zukunft aufgelegt

in 320 Kindergruppen. Damit gelingt es, die Zahl der Jugendlichen in 680 Jugendfeuerwehren – trotz Demographie und Individualisierung in der Gesellschaft – mit etwa 8000 konstant zu halten. „Dafür brauchen wir aber die richtigen Betreuer, die mit Kindern und Jugendlichen umgehen und sie motivieren können“, sagt Mario Mißler, „und die Offenheit in Schulen und Kindergärten.“ Unverzichtbar ist die richtige Ansprache in jeder Altersgruppe und gegenüber jedem Geschlecht. „Es geht nur über Motivation und Ansprache. Das geht nicht alleine mit einem Imagefilm auf YouTube oder einem Flyer, den ich in den Briefkasten stecke. Es ist schwer, nur einen einzelnen für die Feuerwehr zu gewinnen. Meist geht es leichter, wenn zwei oder drei Kumpel mit einem Mal kommen“, berichtet der frühere Wehrführer aus seiner Erfahrung.

Mit Erfolg hat sich die Freiwillige Feuerwehr, einst eine Domäne der männlichen Dorfjugend, für Frauen geöffnet. Inzwischen sind 3000 Einsatzkräfte im Regierungsbezirk Frauen, 2007 waren es erst 1800. Und die Feuerwehr gewinnt Quereinsteiger für sich. Vor allem in kleineren Orten fällt es leicht, neu zugezogene Bürgerinnen und Bürger anzusprechen. Schließlich hilft auch das Kultusministerium: In der 9. und 10. Klasse kann in einer Arbeitsgemeinschaft das Wahlfach „Feuerwehr“ im besten Fall mit dem Abschluss „Feuerwehr-Mann/-Frau“ angeboten werden. „Aber auch da brauche ich natürlich den Ehrenamtlichen, der das gerne macht und die Jugendlichen anzusprechen weiß“, sagt Mario Mißler.

Aber Thomas Finis, Mario Mißler und das Regierungspräsidium sind offenbar auf dem

richtigen Weg: „Wir sind viel draußen, lassen uns blicken, haben ein offenes Ohr und vermitteln den Wehrleuten unsere Wertschätzung. Das ist ein richtiges und wichtiges Signal, und das Regierungspräsidium zeigt, dass es die Region und insbesondere auch das Feuerwehrwesen stärkt: Wir haben die Stelle eines Innovations- und Zukunftsbeauftragten für die Freiwilligen Feuerwehren bei uns ausgeschrieben.“ Vor zwei Jahren sei im Regierungspräsidium der Gedanke gefasst worden, dass es „einen Kümmerer“ brauche. Nun ist es so weit. Es wird ein Pilotprojekt des Regierungspräsidiums Kassel für ganz Hessen sein.



Dirk Sandlos, Wahlfach-Lehrer „Feuerwehr“ an der Obersbergschule sowie Feuerwehrkamerad Jonas Jantz der Feuerwehr Bad Hersfeld. Foto: Harald Soremski



Feuerwehr als Schulfach

Stärkung der Zivilcourage

„Das Wahlfach Feuerwehr in der Gesamtschule Obersberg in Bad Hersfeld wird gut angenommen. In der 9. Jahrgangsstufe hatten wir im ersten Jahr, als wir begannen, zehn Jugendliche. Ein Jahr später beim nächsten Kursbeginn in der 9. Jahrgangsstufe waren es schon 14 Jugendliche – allerdings jeweils mehr Jungen als Mädchen. In der 10. Jahrgangsstufe führen wir die Jugendlichen dann durch den Feuerwehrgrundlehrgang. Die Inhalte sind mit dem Innenministerium und der Landesfeuerwehrschule abgestimmt. Wenn die Jugendlichen schließlich 17 Jahre alt sind, können sie

direkt in die Einsatzabteilung der Feuerwehr übernommen werden. Die spielerische Ansprache der Jugendlichen in der 9. Jahrgangsstufe und der Kurs mit den überprüfbaren Kenntnissen in der 10. Klasse kommen damit genau zum richtigen Zeitpunkt, denn beim Übergang von der Jugendfeuerwehr zur Einsatzabteilung mit 17 Jahren verlieren viele Jugendliche das Interesse an der Feuerwehr, weil die Anforderungen in Schule und Beruf steigen, aber auch andere Interessen sowie Freund oder Freundin hinzukommen. Die Schule kann von uns und unserer AG richtig etwas

lernen, denn die Jugendlichen sind mit Begeisterung dabei. Es macht ihnen Spaß, bestimmte Aufgaben mit Ideenreichtum gemeinsam zu bewältigen, wie den Aufbau des Tisches einer Bierzeltgarnitur, ohne den Tisch mit den Händen zu berühren. Wir machen Teambuilding, machen das Gemeinschaftsgefühl in einer Ellenbogengesellschaft erlebbar und stärken die Zivilcourage. Es ist gut, wenn es im Regierungspräsidium Kassel jemanden gibt, der sich um solche Themen Gedanken macht.“

Dirk Sandlos



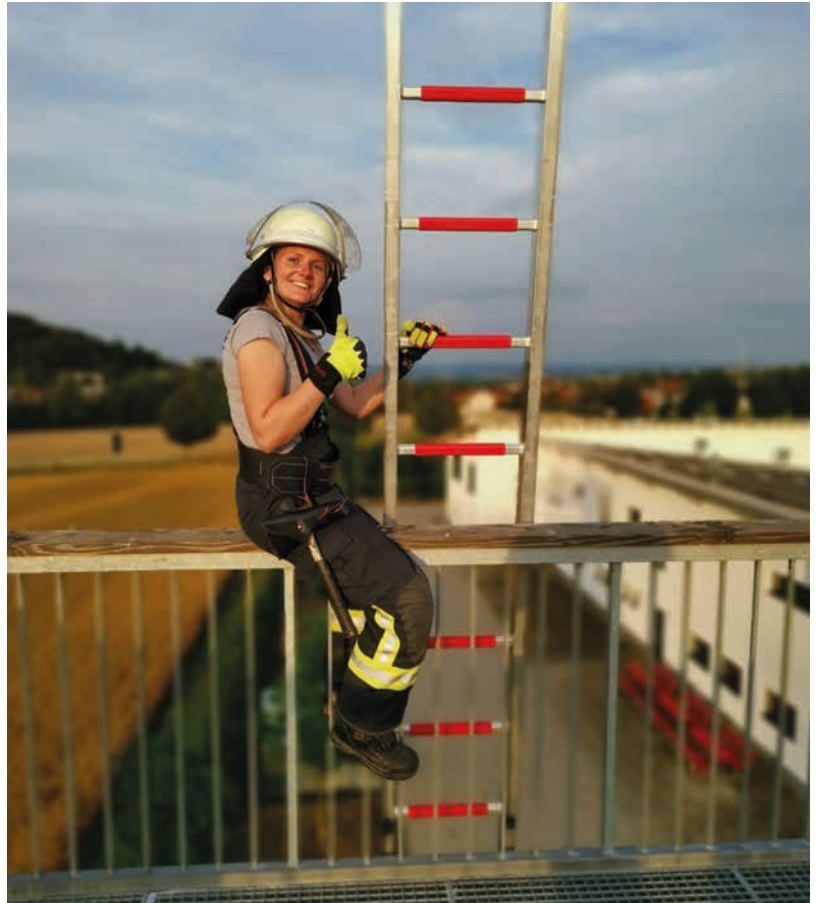
„Meine Lieblingsfarbe ist bestimmt nicht rosa“

Die Feuerwehrfrau erzählt

„Seit ich zehn Jahre alt bin, bin ich in der Feuerwehr. Eine Freundin sprach mich damals an: Komm doch mal mit. Heute, mehr als 20 Jahre später, bin ich Kreisjugendfeuerwehrwartin im Altkreis Hofgeismar, lebe mit meinem Mann in Calden und bin dort in der Freiwilligen Feuerwehr. Im Beruf bin ich Regierungsoberinspektorin in der Polizeiverwaltung, und mein Mann ist: Werkfeuerwehrmann. Wir haben uns aber nicht bei der Feuerwehr kennengelernt.“

Als Mädchen und später als Frau wurde ich überall bei der Feuerwehr herzlich aufgenommen. Es ist überhaupt kein Thema, dass ich etwas nicht könnte, weil ich eine Frau bin. Allerdings denke ich mir auch immer: Ich probiere es erstmal selbst aus. Ich habe den LKW-Führerschein, und meine Lieblingsfarbe ist bestimmt nicht rosa.

Um attraktiv zu bleiben, muss sich die Feuerwehr ändern, wie sich die Gesellschaft ändert. Viel zu häufig höre ich die Aussage: Früher ging's doch auch. Aber heute geht es eben anders. Wenn die Feuerwehr offen und kreativ ist, dann ist sie so attraktiv wie früher. Die Feuerwehr muss die neuen Medien nutzen, die heute selbstverständlich sind. Sie kann z.B. auch die zeitgemäßen Möglichkeiten des Teambuildings nutzen, auch wenn ein paar Leute zunächst über den „Ringelpiez mit Anfassern“ maulen. Wir haben zum Beispiel mal unser Löschfahrzeug mit Tapete beklebt, und wir mussten im Team die Beladung aufmalen. Dann entwickelt sich eine positive Gruppendynamik. Die Politiker bitte ich, ein offenes Ohr für uns zu haben, nicht nur zu den prägnanten Terminen. Ihrerseits muss die Feuerwehr mit den passenden Mitteln am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben mitwirken. Und ich werbe um Verständnis der Arbeitgeber, dass Feuerwehrleute auch einmal zum Lehrgang oder zum Einsatz wegmüssen.



Desiree Klinge, Feuerwehrkameradin der Feuerwehr Calden und Kreisjugendfeuerwehrwartin des Landkreises Kassel.
Foto: privat

Hier wende ich mich vor allem an Land und Bund. Andere Arbeitgeber, die nicht aus Steuermitteln finanziert werden, leisten da häufig mehr. Wie wäre es zum Beispiel, Menschen die im Ehrenamt für die Feuerwehr arbeiten, mehr Home-Office anzubieten. Das würde helfen, das Problem der Tagesalarmsicherheit zu verbessern. Denn wenn sich bspw. ein Verkehrsunfall auf einer Landstraße ereignet, rückt die örtliche Feuerwehr aus. Wer aber soll ausrücken, wenn alle Wehrleute tagsüber weit weg in der Stadt arbeiten?

Als ich wegen der Corona-Pandemie im Home-Office arbeiten konnte, war es mir möglich, wegen meiner Nähe zum Geschehen, einige Einsätze mitzufahren, wozu ich nicht in der Lage gewesen wäre, wenn ich in meiner Dienststelle in Kassel gearbeitet hätte. Gut wäre es, wenn im Regierungspräsidium jemand die guten Ideen zusammenführen würde. Und warum laden die nicht einmal zu einem Forum Feuerwehr ein?"

Desiree Klinge



Andrè Borghorst, Feuerwehrkame-
rad (Quereinsteiger) der Feuerwehr
Herleshausen und Gesicht der
aktuellen Imagekampagne des
Kreisfeuerwehrverbandes Wer-
ra-Meißner. Foto: Harald Soremski

„Im Einsatz verstehen wir uns alle“

Erlebte Kameradschaft

„Ich bin 1992 mit 18 Jahren in Osnabrück in die Feuerwehr eingetreten und war Mitglied bis zu meinem Umzug nach Eisenach im Jahr 2002. Nachdem wir ein Haus in Herleshausen-Wommen gebaut hatten, bin ich dort 2012 wieder eingetreten: Eines Tages hatten die Sirenen dauernd geheult. Ich fragte meinen Kumpel an der Tankstelle, was denn los gewesen sei. Der sagte, der Feuerwehr fehlte ein Fahrer mit LKW-Führerschein. Darum konnten sie nicht ausrücken. Da hätte ich doch helfen können, und darum bin ich eingetreten. Mein Motiv ist es, Menschen zu helfen, wenn sie in Not sind. Aber es ist auch die Kameradschaft, die ich erleben will: Es ist egal was war und ist, denn im Einsatz verstehen wir uns

alle, - auch jene, mit denen man einen Streit hatte oder mit denen man sich sonst nicht so gut versteht. Das ist in Osnabrück genauso wie in Herleshausen. Du weißt, du kannst dich auf jeden verlassen. Daraus lerne ich für das richtige Leben, nicht immer alles zu genau zu nehmen und fünfe auch mal gerade sein zu lassen. Außerdem findest du über die Feuerwehr sofort Anschluss im Ort. Und als Feuerwehrleute sind wir im Glück, denn wir haben 35 Bambini in unserer Wehr.“

Andrè Borghorst



Theresa Both, Erzieherin und
Feuerwehrkameradin in Tann in der
Rhön. Foto: Harald Soremski



Feuerwehr für die ganz Kleinen

Brandschutzerziehung im Kindergarten

„Schon eine lange Zeit besteht eine gute Zusammenarbeit mit der freiwilligen Feuerwehr im Kindergarten. Die Feuerwehr kommt zur Brandschutzerziehung und bringt den Kindern das Thema spielerisch bei. Die Kinder lernen vor allem eines: Wenn es brennt, Mama und Papa zu rufen. Natürlich ist es immer beeindruckend, wenn die Feuerwehrleute in der kompletten Feuerwehrausrüstung kommen. Die Kinder sind begeistert und hören aufmerksam zu, dabei lernen sie das richtige Verhalten im Notfall.

Ich bin selbst Feuerwehrfrau, bin Jugendwart bei der Feuerwehr und Betreuerin in der Kinder- und der Jugendfeuerwehr. Ich selbst habe meine Ausrüs-

tung in den Kindergarten mitgebracht. Die Kinder lernten, was eine Feuerwehrfrau oder ein Feuerwehrmann alles anziehen muss und durften auch selbst mal die Jacke oder den Helm anziehen. Wir haben mit den Kindern die Notausgänge besprochen und in jeder Gruppe einen kindgerechten Alarmplan aufgehängt: Wie kommen wir im Notfall raus zum Sammelplatz? Es gibt im Kindergarten Kinder, die haben eine große Schwester oder einen großen Bruder, aber auch einen Papa bei der Feuerwehr. In Tann gibt es momentan keine Nachwuchssorgen. Die freiwillige Feuerwehr setzt sich viel für Nachwuchs ein und sucht mit verschiedenen Angeboten und „Tag der offenen Tür“ neue Mitglieder.

In Deutschland ist das ohnehin alles gut organisiert. Davon, was ein Regierungspräsidium für die Feuerwehr macht, merken wir nicht viel am Ort, aber unser Bürgermeister ist sehr aktiv. Dass es im Regierungspräsidium einen Innovations- und Zukunftsbeauftragten für die Feuerwehren geben soll, finde ich gut. Ich finde es wichtig, dass das Thema Feuerwehr für alle Altersgruppen angeboten wird und hoffe für die Zukunft, dass die Kinder und Jugendlichen weiterhin mit Begeisterung an der Ausbildung teilnehmen, und wir sie dann in der Einsatzabteilung begrüßen können.“

Theresa Both



Ralph Beyer, Stellv. Dekan im Kirchenkreis Werra-Meißner und Notfallseelsorger. Foto: Harald Soremski

„So viel mehr als eine Freizeitbeschäftigung“

Der RP ist ein Fürsprecher der Feuerwehr

„Die Arbeit der Kinder- und Jugendfeuerwehr ist Kinder- und Jugendarbeit in der Gemeinde. Der Brandschutz ist ein Thema, aber das Erlernen des sozialen Miteinanders in Gruppen ist ein ebenso wichtiges Thema. Und die Arbeit bei der Feuerwehr ist sinnstiftend. Es ist nicht irgendeine Freizeitbeschäftigung, denn sie kann ein Leben retten. Auf den Koppeln der Feuerwehr steht, Gott zur Ehr – den Menschen zur Wehr‘. Das ist keine leere Floskel.

Die Freiwillige Feuerwehr wird von einem Verein getragen, der zugleich Kulturträger in einer Gemeinde ist. Der Feuerwehrverein wirkt mit am Volkstrauertag im Gottesdienst. Der Ver-

ein erinnert mit anderen daran, dass in Kriegen Menschen gestorben sind. Das ist unangenehm, aber es ist wichtig.

Die Feuerwehrleute und ihr Verein bringen sich ein. Sie laden zur Maiwanderung und zum Grillen, sie bauen das Dorfgemeinschaftshaus um, und ohne sie gäbe es keinen Budenzauber im Advent. Die Feuerwehr ist unerlässlich für das Funktionieren einer Gemeinschaft, und der Regierungspräsident kann seinen Beitrag leisten, dies alles zu erhalten. Die Feuerwehr braucht eine Ausstattung, die die Wehrleute gesund erhält an Leib und Seele. Es stehen nicht nur ein Mann oder eine Frau hinter der Feuerwehrfrau und

dem Feuerwehrmann, sondern auch eine Elterngeneration. Ich selbst habe vier Kinder, und alle sind bei der Feuerwehr – manche auch noch im Studium.

Der Regierungspräsident ist ein Fürsprecher der Feuerwehr. Er hat eine klare Stimme von Gewicht, mit der er alles gut begleiten möge – auch die Ausstattung unserer Wehren entlang der neuen Autobahn 44. Der Regierungspräsident soll nah dran sein an der Feuerwehr. Er möge beim Festkommers am Biertisch sitzen und sich als Freund der Feuerwehr erweisen.“

Ralph Beyer



„Helfen wollen ist gut, helfen können noch besser“

Die Grundidee gilt seit 150 Jahren

„Ich bin mit 17 Jahren in die Feuerwehr eingetreten, war Jugendwart, Stadtbrandinspektor der Stadt Felsberg, Kreisbrandinspektor im Schwalm-Eder-Kreis und Fachbereichsleiter für Brand- und Katastrophenschutz beim Kreis. Auch im Verbandsbereich hatte ich viele Aufgaben übernommen bis hin zur Mitwirkung im Präsidialrat des Deutschen Feuerwehrverbands. Die Grundidee der Freiwilligen Feuerwehr war vor etwa 150 Jahren die Hilfe zur Selbsthilfe, und sie ist es bis heute geblieben. Damals wie heute gilt: Helfen zu wollen, ist gut. Helfen können, ist noch besser. Der große Vorteil der Freiwilligen Feuerwehr ist es, innerhalb weniger Minuten eine sehr große Zahl von Menschen alarmieren

zu können, die genau wissen, was in welcher Situation getan werden muss. Das muss auch so bleiben. Doch das Zusammenleben in der Feuerwehr hat sich in all den Jahren ebenso verändert wie die Gesellschaft selbst.

Das Institut für Demoskopie in Allensbach stellt einer repräsentativen Auswahl von Deutschen immer wieder dieselben Fragen. Auf die Frage, was das oberste Lebensziel sei, antwortete 1974 ein Viertel der Befragten, das Leben zu genießen. 2012 gaben schon 60 Prozent der Befragten diese Antwort, und unter den 16 bis 20jährigen waren es 84 Prozent. Also muss man die Freiwillige Feuerwehr natürlich so ändern und attraktiv machen, um den jungen Leuten das Gefühl zu geben, dass sie dort ihr Leben in vollen Zügen genießen können. Entscheidend sind dafür die technische Ausstattung, aber noch wichtiger sind gute Führungskräfte. Die Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Vor allem die Technik hat sich rasant verändert, so dass die Menschen kaum hinterherkommen. Denn so schnell kann die Evolution nicht sein.

Eine gute Führungskraft hat die Aufgabe, eine gute Ausbildung zu vermitteln und dafür zu sorgen, dass auch in Zukunft genug Leute da sind, um anderen Menschen zu helfen. Eine gute Führungskraft ist fachlich gut ausgebildet, aber ihre persönliche Eignung steht über allem. Sie muss mit allen möglichen Leuten zurechtkommen, mit

gutem Beispiel vorangehen, anerkannt werden und politisch unabhängig sein. Die jungen Leute, die zur Feuerwehr gehen, erwarten nicht nur eine gute Ausstattung und dass man sich im Feuerwehrhaus in angefrorenen Klamotten im Winter nicht den Hintern abfriert. Sie haben neben der Technikbegeisterung auch menschliche Bedürfnisse. Das wichtigste ist Kameradschaft. Das ist immer noch ein Bedürfnis vieler Menschen: Kameradschaftlich etwas gemeinsam zu tun. Kameradschaft entsteht durch die Arbeit an einem gemeinsamen Ziel, und daraus kann sich Freundschaft entwickeln. Denn in der Zusammenarbeit in einer schwierigen Situation lernt man den und die anderen so intensiv kennen, wie sonst nirgendwo. Man arbeitet zusammen mit Menschen aus unterschiedlichen sozialen Milieus. Feuerwehreinsätze sind oft sehr anspruchsvoll und je nach Lage sehr gefährlich. Grundsätzlich gilt, wer nicht weiterweiß, der ruft die Feuerwehr. So ruft uns auch regelmäßig die Polizei.

Die jungen Leute heute sind anders als früher. Die Handy-Generation ist zart besaitet. Vor wenigen Jahren ist einmal ein ICE auf offener Strecke liegen geblieben, und die Klimaanlage fiel aus. Die einzigen, die die



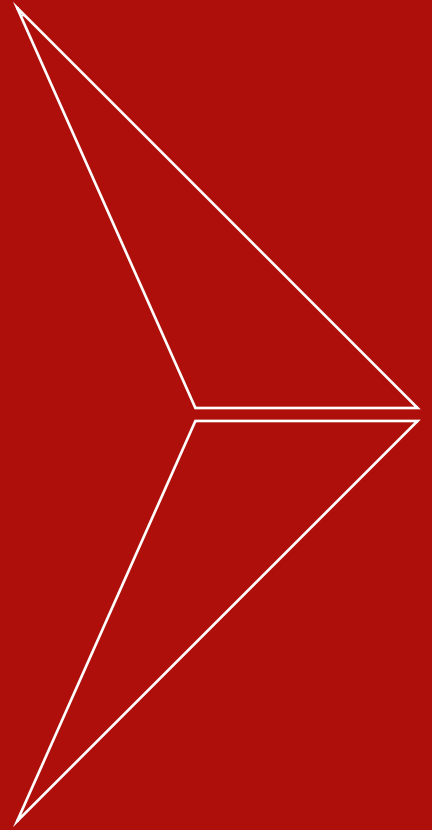
Werner Bähr ist ehemaliger Kreisbrandinspektor des Schwalm-Eder-Kreises und war Vorsitzender des Bezirksfeuerwehrverbandes Kurhessen-Waldeck. Foto: Harald Soremski

Feuerwehr da rausholen musste, waren die Schülerinnen und Schüler einer Schulklasse. Alle anderen haben das ausgehalten. Doch diejenigen, die in die Feuerwehr eintreten, geben damit das Signal, dass sie sich auch harten Herausforderungen stellen. Und es ist sehr gut, dass der Frauenanteil in den Wehren gestiegen ist. Die Frauen können das genauso gut wie die Männer. Da gibt es keinen Unterschied. Wenn es heute weniger Kinder gibt, was objektiv der Fall ist, dann muss ich als Kommune darauf reagieren, damit weiterhin genügend von ihnen in die Feuerwehr gehen. Denn das System Freiwillige Feuerwehr funktioniert nur, weil wir so viele sind. Und wenn es nicht mehr funktioniert, dann wird es sehr teuer

für die Kommunen. Denn eine Freiwillige Feuerwehr erspart einer durchschnittlichen Kommune etwa 2,5 Millionen Euro Personalkosten im Jahr. In einem Löschfahrzeug sitzen neun Leute. Diese Stellen muss ich wegen Schichtdienst, Urlaubs- und Fehlzeiten sechsfach besetzen. Also brauche ich etwa 50 Leute. Die Kommunen können nicht beliebig daran sparen, denn wir haben eine Hilfsfrist von 10 Minuten, binnen derer die Helfer am Einsatzort sein müssen. Wenn ich an die Zukunft denke, werden die Aufgaben der Feuerwehr nicht weniger, sondern mehr, denn der Klimawandel hat doch erst begonnen. Hochwasserereignisse, Stürme, Wald- und Böschungsbrände werden zahlreicher als bisher.

Die beste Zukunftssicherung für die Freiwillige Feuerwehr ist die Anerkennung ihrer Arbeit durch die politisch Verantwortlichen und die Öffentlichkeit. Das Regierungspräsidium arbeitet an diesem Thema vorbildlich. Die Anerkennungskultur wird vom Regierungspräsidium gelebt, und die Unterstützung der Freiwilligen Wehren durch den Regierungspräsidenten ist vorbildlich.“

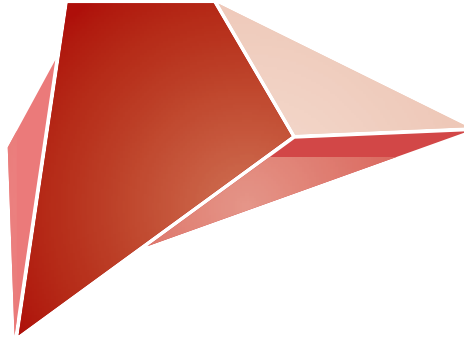
Werner Bähr



ABTEILUNG V

ARBEITSSCHUTZ UND SOZIALES

Arbeitsschutz 1 - 3 • Behördeninterner Arbeitsschutz, öffentliche Verwaltung •
Medizinprodukte- und Produktsicherheitsrecht • Fachzentrum für Produktsicherheit und Gefahrstoffe •
Soziales und Förderwesen



Akzeptanz durch Unabhängigkeit

RP achtet auf Arbeitsschutz und Produktsicherheit

Das Leben endet stets tödlich. Und vorher kann es ziemlich gefährlich werden. Vor allem an Orten, an denen wir uns sicher wähnen. 507 Menschen kamen in Deutschland 2019 bei Arbeitsunfällen ums Leben, doch mehr als 11.000 starben durch Unfälle im Haushalt. Mehr als 5000-mal führte dort ein Sturz zum Tode. Der Staat mindert die Gefahren, denen wir uns aussetzen. Er sorgt für Arbeitsschutz und Produktsicherheit – am Arbeitsplatz, im Haushalt und im privaten Lebensumfeld.

In Hessen überwachen die Aufsichtsbehörden für Arbeitsschutz und Produktsicherheit die Einhaltung der europäischen und nationalen Vorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz einschließlich

der menschengerechten Gestaltung der Arbeit, dem Inverkehrbringen von Produkten, dem sicheren Betrieb von Geräten und Anlagen, sowie der Herstellung und Verwendung gefährlicher Stoffe und Gemische.

Weiterhin sind sie zuständig für die Medizinprodukte sowie das Strahlenschutzgesetz.

Auch die Prüfung wird geprüft

Die Aufsichtsbehörden für den Arbeitsschutz und die Produktsicherheit sind zweistufig gegliedert. Die fachliche Steuerung liegt im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration. Unter der Fachaufsicht des Ministeriums nehmen spezielle Dezernate in den Regierungspräsidien die Umsetzung des staatlichen Arbeitsschutzes und der Produktsicherheit wahr. Das Aufsichtspersonal in den Regierungspräsidien überwacht den Arbeitsschutz, berät die Arbeitgeber bei der Beurteilung von Gefahren und überprüft in den

Betrieben die Beschäftigungsbedingungen sowie die Produktions- und Arbeitsverfahren. Außerdem stellt es sicher, dass Produkte, die auf dem Markt angeboten werden, sicher sind.

Für Sicherheit sorgt zum Beispiel die Geräteuntersuchungsstelle (GUS) des Fachzentrums für Produktsicherheit und Gefahrstoffe beim Regierungspräsidium Kassel. Sie ist für ganz Hessen zuständig und prüft - neben anderem - die unterschiedlichsten Produkte, wie Ventile und elektrische Haus-

haltsgeräte, Spielzeug oder Schutzmasken - auf ihre technische Sicherheit. Das Prüflabor ist nach denselben harten Kriterien akkreditiert wie andere, nicht staatliche Labore, die zum Beispiel für die Hersteller prüfen, - obwohl die Akkreditierung für ein staatliches Labor rechtlich nicht erforderlich wäre. „Wir erreichen Akzeptanz durch unsere Unabhängigkeit und Fachkompetenz“, sagt Dr. Ursula Vater, Chemikerin und Leiterin des Fachzentrums für Produktsicherheit und Gefahrstoffe beim Regierungspräsidium Kas-



Thomas Apel ist Ingenieur für E-Technik und Leiter des Labors im Fachzentrum für Produktsicherheit und Gefahrstoffe im Regierungspräsidium Kassel. Hier prüft er während der Corona-Krise FFP2-Masken auf ihre Sicherheit. Foto: Harald Soremski

sel, „denn unser Labor ist eine technische Autorität. Wir prüfen nicht für die Hersteller, sondern wir geben den Inspektoren das Wissen, um einen Sachverhalt, auf den sie gestoßen sind, zu beurteilen. Vollzugshandeln hat mit Abwägung zu tun. Wir aber im Labor arbeiten nach objektiv messbaren Kriterien. Wir arbeiten fachlich und personell unabhängig von den Kollegen im Vollzug.“

Transparenz und Unabhängigkeit seien im Rechtsstaat und im Verbraucherschutz unabding-

bar, sagt auch Thomas Apel, Ingenieur für E-Technik und Leiter des Labors im Fachzentrum für Produktsicherheit und Gefahrstoffe im Regierungspräsidium Kassel. Etwa sieben Prozent der Hersteller und Importeure stellen nach Apels Recherchen auf dem europäischen Markt „unsichere Produkte“ bereit. „Wir versetzen die Inspektoren und das Ministerium mit unseren Prüfungen in die Lage, nicht nur zu glauben, was ihnen Hersteller und Importeure an Informationen über die Produktsicherheit vorlegen, sondern wir

überprüfen das Produkt und geben den Kollegen und Kolleginnen unsere Prüfergebnisse für ihr Vollzugshandeln weiter. Wir halten erforderliche technische Kompetenz und Wissen vor. Wir sind europaweit vernetzt und speisen unsere Erkenntnisse in die Gesetzgebung sowie in Richtlinien der EU ein, und wir wirken auf die Normensetzung ein“, schildert Apel die Aufgabe der GUS. „Normsetzung heißt, dass sicherheitstechnische Anforderungen in der Gesetzgebung im Sinne des Verbrauchers verbessert werden und dann

bei den Produkten umzusetzen sind“, erläutert Apel.

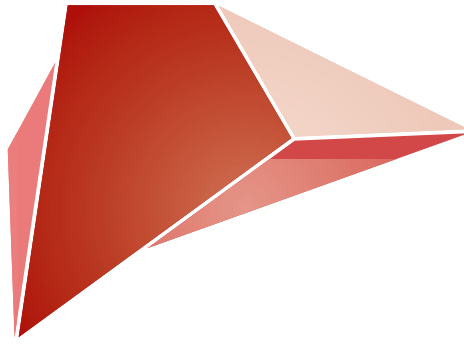
Im Produktsicherheitsgesetz ist festgelegt, dass auf 2000 Einwohner eine Produktprüfung vorzunehmen ist. Fünf Prozent dieser Prüfungen sollen „vertiefend“ sein. Für Hessen bedeutet das, dass die Inspektoren aus den drei Regierungspräsidien im Jahr 3000 Produkte auf ihre Sicherheit prüfen und davon 150 Produkte einer vertiefenden Prüfung unterzogen werden. Für diese vertiefenden Prüfungen ist die GUS in Kassel zuständig. Von den 150 Prüfungen werden 135 in sogenannten Prüfprojekten vollzogen. Die Geräte einer bestimmten Gattung – wie Leitern, Wasserkocher oder Kinderroller – werden in jeweils einem Projekt einer Prüfung unterzogen. Die zu prüfenden Gerätegattungen werden vom Ministerium im Benehmen mit den Fachleuten aus dem Vollzug und der GUS festgelegt sowie mit den Behörden in anderen Ländern abgestimmt, um Doppelprüfungen zu vermeiden. Gründe für eine Prüfung können Probleme sein, auf die Einträge in Datenban-

ken, Vertreter von Fachgruppen und Verbänden sowie einzelne Inspektoren hinweisen. Ferner führt die GUS fünfzehn „freie Prüfungen“ durch, deren Prüfgegenstände durch die Inspektoren ausgewählt werden. Die Prüfergebnisse aller Länder werden bundesweit gesammelt, und der Bund berichtet an die EU-Kommission.

„Unsere Aufgabe als GUS ist es, dass wir systematisch prüfen und die Ergebnisse einerseits den Überwachungsbehörden zur Verfügung stellen und andererseits systemisch in die Gremien zur Weiterentwicklung der Rechtsetzung einbringen.“, sagt Apel und erläutert: „Die GUS sei von Herstellern sowie innerhalb der Exekutive unabhängig, und sie sei selbst geprüft und akkreditiert. Die GUS greife relevante Fälle auf, erstelle nicht nur eine Schwachstellenanalyse des Produktes, sondern untersuche auch die Prüfnorm auf Fehler in der Prüfanordnung und auf Vollständigkeit. Schließlich prüfe die GUS aus der Perspektive des Verbrauchers so, wie dieser das Produkt im Alltag einsetze. Nach

der Prüfung folgten die Konsequenzen in der Auseinandersetzung mit dem Hersteller oder Importeur durch die Beamten im Vollzug sowie die Einleitung von Verfahren zur Änderung der Norm und des GS-Verfahrens (Geprüfte Sicherheit als ein rechtlich geschütztes Hoheitszeichen) durch die GUS.

So wird das Leben immer sicherer – zumindest am Arbeitsplatz: Die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle in Deutschland sank laut dem statistischen Bundesamt von 1.543 im Jahr 1993 auf 507 im Jahr 2019. Im Haushalt verläuft die Entwicklung dagegen nicht so erfreulich. Die Zahl der Unfalltoten ist sogar gestiegen. Das liegt aber nicht an technischen Fehlern, sondern die Menschen werden älter, ihre Muskel- und Sehkraft lässt nach, während sie ihre körperlichen Fähigkeiten überschätzen. Immer mehr der alten Menschen leben zudem allein – und bleiben nach einem Sturz ohne Hilfe.



Sichere Produkte sorgenfrei nutzen

Als Marktüberwacher beim RP möglichen Gefahren auf der Spur

Ob Gartenhäcksler mit einem offen rotierenden Messer, in das beim Nachschieben des Grünschnitts ungeschützt die Hand greifen könnte, ob Laserpointer, die mit dem bis zum 200-fachen der erlaubten Leistung ein vom Lichtstrahl getroffenes Auge erblinden lassen, oder Magnetteile von Spielzeugen, die beim Verschlucken zu schweren inneren Verletzungen und ohne Operation mit großer Sicherheit zum Tod des Kindes führen können: Diese Gefahren zu erkennen und aus dem Alltag der Menschen auszuschließen, ist die Aufgabe des Diplom-Ingenieurs Gerhard Quanz und seines Teams im Regierungspräsidium Kassel. Das von ihm geleitete Dezernat ist für die Produktsicherheit zuständig.

„Wie selbstverständlich erwarten die meisten von uns, dass Produkte, die wir erwerben, sicher sind und im Alltag sorgenfrei benutzt werden können. Aber das ist eben nicht immer so“, berichtet Gerhard Quanz aus seiner Erfahrung als Leiter einer jener Marktüberwachungsbehörden, wie sie in Hessen bei den Regierungspräsidien angesiedelt sind.



Nicht nur Produkte sondern auch die Produktion werden überwacht: Gerhard Quanz, Leiter der Marktüberwachung beim RP Kassel, überprüft eine Fertigungsanlage für FFP2-Masken. Foto: Harald Soremski

Vom Spielzeug bis zum Windrad

Neben der Aufgabe, das Medizinprodukterecht zu vollziehen, habe die Behörde auch den Vollzug des Produktsicherheitsrechts zu gewährleisten, beschreibt der Ingenieur die Aufgabe seines Dezernats. Dessen Beschäftigte prüfen Verbraucherprodukte und alle Produkte, die bei der Arbeit verwendet werden. „Verbraucherprodukte nach dem Produktsicherheitsgesetz sind alle Produkte, die von Verbrauchern benutzt werden könnten. Die Produktpalette reiche vom Spielzeug über Elektrogeräte bis hin zu den

größten industriellen Produktionsanlagen, von Werkzeugen, Maschinen und Windenergieanlagen über Druckgeräte bis hin zu Aufzügen und Sportbooten, von persönlicher Schutzausrüstung bis zu Heizungen, Herden und anderen Gasverbrauchseinrichtungen. Ausgenommen von den Prüfungen durch das Dezernat seien jedoch Lebens- und Futtermittel, Kraftfahrzeuge, Bauprodukte, Kosmetika, Arzneimittel, Kernkraftwerke sowie Waffen und Produkte zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

„Die Kontrollen werden eigeninitiativ stichprobenartig, aber auch anlassbezogen durchgeführt“, berichtet Gerhard Quanz. Die Kontrollen beginnen schon bei der Einfuhr in Zusammenarbeit mit den Zollbehörden und gipfeln in Schwerpunktaktionen, in denen etwa Kettensägen, Elektro- und Haushaltsgeräte, handgeführte Elektrowerkzeuge, Atemschutzmasken oder Spielzeuge „dem Markt entnommen und einer Prüfung im Labor zugeführt werden“. Die entsprechenden Behörden der Bundesländer stimmten die Auswahl

Risiken im Internethandel

der Produkte untereinander ab. Im Dezernat gehen aber auch Anfragen, Beschwerden oder Informationen über Unfälle ein. Dann werden die Prüferinnen und Prüfer von sich aus aktiv, damit nur sichere Produkte auf den Markt gelangen und unsichere verschwinden. Die Fachleute können das Inverkehrbringen eines Produktes untersagen, seinen Rückruf oder seine Rücknahme fordern. Die Kosten für diese Interventionen haben die betroffenen herstellenden, importierenden oder Handel treibenden Unternehmen zu tragen. „Wir verfolgen ferner Produkte, bei denen ein ernstes Risiko festgestellt wurde, sowie den Internethandel, und wir überwachen die rechtmäßige Anbringung des GS-Zeichens. Schließlich kann das Dezernat 55 gegenüber den Unternehmen auch Bußgelder bis zu 100.000 Euro oder noch mehr verhängen“, schildert Gerhard Quanz.

Wer ein unsicheres Produkt hergestellt oder importiert habe, könne allerdings immer und

unter behördlicher Aufsicht die Konformität der Produkte – also deren Sicherheit - vor dem Inverkehrbringen herstellen. Die Verbraucherinnen und Verbraucher könnten die Produkte bei einem angeordneten oder freiwilligen Rückruf zurückgeben. „Grundsätzlich gilt, dass im deutschen Fachhandel kaum unsichere Produkte gefunden werden. Hingegen entsprechen Waren, die über das Internet von außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums eingeführt und uns zur Prüfung durch den Zoll vorgelegt werden, weitestgehend nicht den hier geltenden europäischen Anforderungen an die Sicherheit und den Gesundheitsschutz“, sagt Gerhard Quanz. Bei nahezu allen eingeführten und geprüften Laserpointern sei beispielsweise die zulässige Laserleistung von 1 Milli-Watt erheblich bis gefährlich überschritten. Deswegen werden die nicht rechtskonformen Produkte meist wieder ausgeführt oder vernichtet. „Die Verbraucherinnen und Verbraucher vertrauen leider immer wieder bei der Bestellung von

Waren außerhalb der EU im Internet auf deren Sicherheit und darauf, dass unsichere Produkte überhaupt gar nicht erst auf den Markt gelangen können. Dabei können sich alle Interessierten aktiv auf der europäischen Internetplattform ICSMS über gefährliche Produkte im Handel informieren. Dort können sie auch zuständige Marktüberwachungsbehörden herausfinden und Beschwerden direkt an diese absetzen“, sagt der Dezernatsleiter: „Für alle Bürgerinnen und Bürger, für Geschäftsführungen, Belegschaften, Import- und Handelsunternehmen ist es gut zu wissen, dass es mit uns eine Behörde gibt, an die sich alle jederzeit mit ihren Anliegen in puncto Produktsicherheit vertrauensvoll wenden können.“



Innovation leben und Transformation begleiten

Die Kasseler Verwaltungswissenschaftlerin Prof. Dr. Sylvia Veit
über Zukunftsthemen für die Regierungspräsidien

Frau Professor Dr. Veit, Sie befassen sich wissenschaftlich mit Verwaltung. Ist das spannend?

Ja, alle denken, es sei verstaubt, aber kein Staat funktioniert ohne Verwaltung. Im modernen Wohlfahrtsstaat besteht der öffentliche Sektor aus unterschiedlichsten Organisationen mit einer Vielzahl von Aufgaben – denken Sie nur an so verschiedene Bereiche wie Schulen, Universitäten, die Polizei, Umweltämter, Ministerien, die Bundesbank oder öffentliche Unternehmen. Wissenschaftlich spannend ist zum Beispiel, wie diese Organisationen gesteuert werden, wie das Verhältnis zwischen Politik und Verwaltung aussieht oder wie Qualitätssicherung funktioniert.

Funktionierte ein Staat denn ohne Regierungspräsidien?

In den meisten deutschen Flächenländern haben regional ausgerichtete Bündelungsbehörden eine lange Tradition und erfüllen wichtige Aufgaben im Verwaltungsgefüge. Niedersachsen hat seine Bezirksregierungen – das Äquivalent zu den Regierungspräsidien in Hessen – 2005 abgeschafft, und es hat sich gezeigt, dass die Personalabbauwirkungen eher gering waren. Das hätte man auch anders erreichen können. Gleichzeitig gab es in bestimmten Bereichen, etwa der Umweltverwaltung oder bei der Koordination in Planungs- und Genehmigungsprozessen, Qualitätseinbußen. Und mit der Einführung der Ämter für regionale Landesentwicklung wurde die Abschaffung der niedersächsischen Bezirksregierungen ja dann auch teilweise wieder zurückgenommen.

Wo liegen die Vorteile von Regierungspräsidien?

Diese Behörden verfügen über die Kenntnis der Region, bündeln verschiedenste Verwaltungsaufgaben in einer Behörde, erleichtern dadurch die Koordination und ermöglichen den Verzicht auf zahlreiche Sonderbehörden. Die Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben durch Regierungspräsidien hat auch Kostenvorteile, da Spezialisierungen möglich sind und Fachkompetenz gebündelt werden kann.

Aber sind diese Bezirksregierungen in Zeiten, in denen Europa als weitere suprastaatliche Ebene hinzugekommen ist, noch zeitgemäß – oder überflüssig?

Sicher sind sie noch zeitgemäß. In Baden-Württemberg zum Beispiel wurden diese Behörden in den letzten Jahren gestärkt, weil viele Aufgaben von Sonderbehörden auf sie übertragen wurden. Und für Europa sind die Regionen als Bezugspunkt sehr wichtig. Die EU hat ja auch kaum eigene Verwaltungsbehörden. Die Verwaltungsaufgaben werden fast alle weiterhin von den Verwaltungen der Mitgliedsstaaten wahrgenommen, und da spielen die Landesverwaltungen in Deutschland eine sehr wichtige Rolle. Das wird auch zukünftig so bleiben.

Frau Prof. Dr. Veit, Sie gestalten die Zukunft von Verwaltung, denn Sie sind wissenschaftliche Leiterin des berufsbegleitenden Studiengangs „Master of Public Administration“ der UNIKIMS, der Management-School der Universität Kassel. Ist das Interesse junger Leute an der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Verwaltung groß?

Sehr groß! Den Studiengang gibt es seit knapp zwei Jahrzehnten und er zieht Studierende aus ganz Deutschland an. In den letzten Semestern haben wir die Zahl unserer Studiengruppen mehr als verdoppelt und müssen dennoch jedes Semester viele Studieninteressierte auf die Warteliste setzen. Die Studierenden arbeiten in allen Bereichen des öffentlichen Sektors, auch in Regierungspräsidien. Sie sind hoch motiviert, weil sie einen Sinn in der Arbeit für das Gemeinwesen sehen und ihre Ideen einbringen wollen.

Was muss man denn heute lernen, um morgen gut verwalten zu können? Denn gut verwaltet haben doch schon Napoleon und der Alte Fritz.

Es ist richtig, mit der Aufklärung wurden die Grundlagen für die

Moderne gelegt, aber seitdem hat sich doch einiges getan. Verwaltungen heute „verwalten“ nicht nur, in modernen Demokratien koordinieren sie auch Planungs- und Entscheidungsprozesse, wie es zum Beispiel das Kasseler Regierungspräsidium tut. Sie tauschen sich mit Bürgern aus, sind in Verhandlungen auf EU-Ebene involviert, beraten die Politik und steuern Innovationsprozesse. Außerdem stellen sich etwa durch die digitale Transformation und die Europäisierung viele Herausforderungen. Und natürlich haben sich auch die Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger an die Verwaltung verändert, weg vom Untertanen hin zum selbstbestimmten Bürger.

Wie hat der Wandel den Alltag heute schon erfasst?

Ich bleibe mit meinem Beispiel bei den Studierenden. Für sie ist im Verwaltungsalltag vor allem die Digitalisierung ein großes Thema. Dabei geht es nicht nur um Veränderungen hergebrachter Kommunikationsformen oder die eAkte, sondern auch um die Digitalisierung aller internetfähigen Dienstleistungen und im Zusammenhang mit der Forderung nach Open Government auch um Transparenz des Verwaltungshandelns, die Bereitstellung von Daten für Bürgerinnen und Bürger und um neue Formen der Partizipation. Zudem hat der internationale Verwaltungsreformtrend des New Public Managements in den letzten zwei Jahrzehnten dazu geführt, dass Leistung und Performance in Verwaltungen viel wichtiger geworden sind, der Effizienzgedanke hat Einzug in die Verwaltungen gehalten.

Was heißt in diesem Zusammenhang Leistung, Performance und Effizienz? War Verwaltung bisher ineffizient?

Das kann man so pauschal nicht sagen. Aber sicher fehlten mancherorts die Leistungsanreize und die Anreize zum effizienten Umgang mit öffentlichen Geldern – man denke an das berühmte „Dezemberfieber“. Performance und Leistung sind je nach Verwaltungsaufgabe und Bereich unterschiedlich zu definieren und zu messen. Insbesondere wenn es sich um sehr komplexe Aufgaben handelt und um Aufgaben, deren Nutzen sich nicht so leicht quantifizieren lässt wie in einigen Bereichen der Sozialverwaltung, sind hier aber auch Grenzen vorhanden. Privatwirtschaftliche Effizienzansätze lassen sich nicht eins zu eins auf die öffentliche Verwaltung übertragen.

Ist nun die Digitalisierung der Auslöser und Beschleuniger dieser Entwicklung? Mir sagte jüngst ein Bürgermeister, er denke,



dass er ein weißes Blatt nehmen und Verwaltung ganz neu entwerfen müsse.

Die Digitalisierung bietet viele Chancen zur Schaffung von Transparenz, zur Verbesserung der Bürgerfreundlichkeit, zur Erhöhung der Nachhaltigkeit und auch zur Effizienzsteigerung. Die Idee des „weißen Blattes“ ist sicherlich gut, um neue Ideen zu entwickeln und Innovationen anzustoßen. In der Praxis ist aber die Vorstellung, bestehende Strukturen, Prozesse und Normen komplett über Bord zu werfen aus meiner Sicht weder realistisch noch wünschenswert.

Auch wenn es nur ein Ausschnitt ist, aber wie haben denn die modernen Informationstechniken die Verwaltung bisher schon verändert?

Die gesamte Veraktungskultur der Verwaltung ändert sich. Kommunikation wird vereinfacht und beschleunigt – und das betrifft natürlich nicht nur verwaltungsinterne Prozesse, sondern auch die Kommunikation mit Bürgern oder den Medien.



Die Universität Kassel bietet den berufsbegleitenden Studiengang „Master of Public Administration“ der UNIKIMS, der Management-School, an. Im Bild der Standort am Holländischen Platz mit dem neuen Campus Center. Foto: Jürgen Emde

Das heißt: Wir wählen in der Kommunikation den direkten, digitalen Trampelpfad statt des alten Dienstwegs?

Der Dienstweg ist noch immer das formale Verfahren, aber die informellen Praktiken ändern sich. Das kann Entscheidungsprozesse beschleunigen und Koordination erheblich vereinfachen.

Sie sprachen die Kommunikation mit den Bürgern an. Wie offen für Vorschläge der Bürger darf Verwaltung in Planungsprozessen sein - auch wenn sich vielleicht nur ein lauter, meinungsstarker Teil der Öffentlichkeit einbringt?

Viele Bürger fühlen sich in der repräsentativen Demokratie nicht

>

mehr immer gut vertreten, das zeigt sich in der wachsenden Anzahl an Nicht- und Protestwählern und in einer zunehmenden Politikverdrossenheit. Man möchte sich themenbezogen einbringen können. Vor allem auf kommunaler Ebene hat das dazu geführt, dass direkt-demokratische Elemente und neue Partizipationsformen an Bedeutung gewonnen haben. Natürlich werden diese Angebote nicht von allen gleichermaßen genutzt, aber ich denke nicht, dass deshalb der Weg zurück der bessere wäre. Wichtig ist, dass Partizipationsmöglichkeiten von den Bürgern nicht als Alibiveranstaltung empfunden werden, sondern eine ernsthafte Auseinandersetzung stattfindet. Das kann für Politik und Verwaltung sehr herausfordernd und schwierig sein.

Wie kann sich die Verwaltung auf die veränderten Erwartungen der Bürger einstellen?

Ganz wichtig ist, dass auch Verwaltungen sich immer wieder an veränderte Rahmenbedingungen anpassen müssen – hin zur lernenden Organisation. Wir schulen die Studierenden deshalb beispielsweise im Change Management. Natürlich behandeln wir im Studium auch konkrete Herausforderungen wie den demographischen Wandel, die interkulturelle Öffnung der Verwaltung oder die schon erwähnte Digitalisierung.

Change Management und lernende Organisation - Was heißt das im Behördenalltag konkret?

Das heißt vor allem, dass dies als zentrale Herausforderung und Führungsaufgabe begriffen werden muss, damit zum Beispiel die digitale Transformation der Verwaltung gelingt.

Zumindest der deutsche Staat will seine Verschuldung einhegen und strebt die schwarze Null an. Muss er also Stellen streichen?

Ganz neu ist das ja nicht – Haushaltskonsolidierung und Personalabbau sind schon seit den 1990er Jahren ein wichtiges Thema. In vielen Bereichen der Verwaltung waren die Kürzungen so massiv, dass ein weiterer Personalabbau kaum mehr möglich ist. So war etwa auf Bundesebene der Tiefpunkt schon 2008 erreicht, seitdem hat es wieder einen leichten Personalaufbau gegeben. Vielerorts wird zudem verstärkt auf befristet Beschäftigte zurückgegriffen und es wird insgesamt seltener verbeamtet. Gleichzeitig standen Privatisierungen auf der Agenda, es wird in vielen Bereichen auf öf-

fentlich-private Partnerschaften, sogenannte PPPs, zurückgegriffen oder es werden Aufträge an Dritte vergeben. Für die Verwaltung bedeutet das unter anderem, dass neue Kompetenzen und Aufgaben wichtig geworden sind. Und dass Personalentwicklung ein ganz wichtiges Thema ist, damit trotz manchmal schwieriger Rahmenbedingungen die Motivation und Arbeitszufriedenheit erhalten bleibt!

Welche neuen Kompetenzen sind gefordert, und für welche Aufgaben muss das Personal wie entwickelt werden?

Beispielsweise werden Kompetenzen im Projektmanagement, Beteiligungsmanagement und im IT-Bereich wichtiger. Mit Personalentwicklung meine ich aber nicht nur den Bereich der Schulungen und Fortbildungen, sondern auch die Dezentralisierung von Verantwortung, die Öffnung von Karrierepfaden, die Wertschätzung von Engagement und Ideen sowie die Schaffung motivationsfördernder Rahmenbedingungen wie die Unterstützung von Telearbeit in geeigneten Fällen.

Demnächst gehen die Babyboomer in den Ruhestand - auch in der Verwaltung. Leeren sich dann die Amtsstuben?

In manchen Bereichen ist jetzt schon spürbar, dass es schwierig ist, geeignete Nachwuchskräfte zu finden – vor allem dort, wo die Verwaltung mit der Privatwirtschaft oder anderen Sektoren konkurriert. Allein durch Personalmarketing lässt sich das nicht lösen. Wichtig ist, dass die Verwaltung ein attraktiver Arbeitgeber ist, und das hat ganz viel mit individuellen Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten zu tun!

Was erwarten denn Ihre Studierenden von ihrem künftigen Arbeitgeber?

Sie wollen Verantwortung übernehmen, ihre Ideen einbringen können, Aufstiegschancen haben.

Das Gespräch mit Prof. Dr. Sylvia Veit führte
Claus Peter Müller von der Grün





Prof. Dr. Sylvia Veit

Foto: Jürgen Emde

Prof. Dr. Sylvia Veit, Jahrgang 1977, studierte von 1997-2003 Politikwissenschaft an der Universität Potsdam, wo sie 2009 promovierte.

Von 2013 bis 2014 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Verwaltung und Organisation der Universität Potsdam. Seit 2014 ist sie Professorin für Public Management am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Kassel und Akademische Leiterin des berufsbegleitenden Masterstudienganges Öffent-

liches Management/Public Administration. Prof. Veit ist Mit-herausgeberin der Zeitschrift "der moderne staat", Gutachterin für zahlreiche internationale Fachzeitschriften und Forschungsförderorganisationen, und sie ist Autorin von mehr als 50 verwaltungswissenschaftlichen Publikationen.

*Nähere Informationen:
www.uni-kassel.de/go/sveit*



Statement: Die Politik kommt wirklich im Alltag an

Das Regierungspräsidium Kassel hat ein Leitbild. Aber wird es gelebt? Wir diskutierten darüber. Wir – das sind einerseits die Vertreter der Behörde, und andererseits ich, der außenstehende Dritte, der sich als Journalist wiederholt mit Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreformen sowie mit Hessen und seinen Regionen befasst und der 1991 zum ersten Mal über „den RP“ geschrieben hat. Wir kamen überein, die unmittelbaren Partner des RP im Verwaltungshandeln – also Vertreter der Region und der Kommunen, von Unternehmen und von bürgerschaftlichem Engagement - zu Wort kommen zu lassen.

Die Aussagen der Interviewpartner sprechen für sich. Der „RP“ funktioniert. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tragen mit ihrem Wissen und Können dazu bei, die Region ökonomisch und ökologisch als sozialen Lebensraum für die Menschen zu entwickeln. Der „RP“ sorgt dafür, dass die Politik im Alltag wirklich ankommt, und das Zusammenleben als Gemeinwesen nachhaltig gelingt: Von der Freiwilligen Feuerwehr über den Erhalt naturnaher Gewässer und den Unfallschutz im Haushalt bis hin zum Ausbau der Infrastruktur als Voraussetzung für Leben und Wirtschaften.

Bisweilen wird die Behörde zunächst als störend wahrgenommen, als Beschützer von Molchen und Fledermäusen, als eine Institution, die an unangenehme Wahrheiten wie den demographischen Wandel erinnert und die das vermeintlich Einfache ins Unverständliche verkompliziert. Es ist aber nicht die Behörde, die stört und behindert. Es sind die unterschiedlichen, legitimen Interessen einzelner Menschen, die aufeinandertreffen, wenn etwa der Gesundheitsschutz des einen dem Bedürfnis nach Broterwerb des anderen entgegensteht. Solche Gegensätze bestehen immer. Aber häufig erst, wenn sich der RP einschaltet, werden die widerstreitenden Interessen

für alle sichtbar. Die komplexen Planungs- und Genehmigungsverfahren, die dann folgen, sind die Instrumente, mit denen der demokratische Rechtsstaat für einen möglichst fairen Ausgleich der Interessen zum Wohle aller sorgt. Das mag abstrakt und abgehoben klingen, aber es erleichtert uns allen das Leben, wie ein Blick in Länder lehrt, wo Autokratie und Willkür herrschen. Politik ist mehr als nur ein „Deal“. Mit einer Entscheidung, wie für oder gegen den Bau eines Verkehrsweges, müssen Menschen über Generationen leben. Sie ermöglicht Chancen für Jahrhunderte oder schließt sie faktisch für immer aus. Darum lohnt es, um die bestmögliche Entscheidung hart zu ringen.

In diesem Regierungsbezirk fallen selbst die umstrittensten Entscheidungen - etwa über die Ausweisung von Gewerbeflächen - seit langem schon im Konsens. Regionalplanung und Regionalversammlung achten und ergänzen einander. Sie nehmen die ganze Region in den Blick, nicht nur eine Stadt oder einen Kreis. Regionalplanung und Regionalversammlung sorgen dafür, dass das, was Bund und Land entscheiden, im Leben der Städte, Dörfer und Weiler am Ende funktioniert. Sie fangen Nachteile und Mängel sowohl vollzoge-

ner, als auch unterlassener Gebiets- und Funktionalreformen auf, indem sie einen zeitgemäßen Interessenausgleich finden. NordOstHessen lebt daher – politisch - ziemlich unbemerkt.

Das hat Gründe: Der „RP“ erfüllt seine Aufgabe des Bündelns und Vermittelns zwischen den politischen Ebenen von Kommunen und Staat seit langem. Wenn eine Behörde über mehr als einhundert Jahre Bestand hat, wenn sie sich neuen Anforderungen immer wieder anpasst, wenn sie ihre Funktion erfüllt und respektiert wird, dann hat sie sich ganz offenbar bewährt. Zudem umfasst der Regierungsbezirk Kassel eine historisch gewachsene Einheit, die als ein Lebensraum empfunden wird. Das ernstere Kassel, aber auch das heitere Fulda sind die Hauptstädte einst selbständiger politischer Einheiten, und sie sind heute – infrastrukturell sowie aufgrund ihrer Größe und ihres ökonomischen Gewichts – die beiden unbestrittenen Zentren im Bezirk. Sie tolerieren einander, und die eine nimmt der anderen nichts weg. Woanders ist das alles nicht so einfach.

Schließlich schildern die Interviewpartner das Regierungspräsidium und seine Vertreter nicht nur als Genehmigungs- und

Aufsichtsbehörde, sondern als Mitstreiter. Mit ihnen gemeinsam gelinge es, die Zukunft erfolgreich zu gestalten. Probleme werden im Idealfall aufgespürt und gelöst, bevor sie überhaupt zum Verwaltungshandeln führen. Nicht überall ist das so scheinbar selbstverständlich.

Das RP agiert mitten im Leben der Region NordOstHessen. Der Satz des preußischen Reformers Freiherr Carl Friedrich vom und zum Stein, „die Kenntnis des Ortes ist die Seele des Dienstes“, bewahrheitet sich hier offenkundig Tag für Tag.



Claus Peter Müller
von der Grün

Foto: privat

Claus Peter Müller – v. d. Grün studierte an der Universität Dortmund Journalistik und Politik mit einem Schwerpunkt auf Wirtschaftspolitik. Nach der journalistischen Ausbildung bei den Ruhr-Nachrichten in Dortmund und im ZDF-Studio Düsseldorf wechselte er in die Verlagsgruppe der F.A.Z. . Von 1991 an war er Korrespondent für Hessen und Thüringen. Seit 2016 arbeitet er als freier Journalist.



Informationen zu Ausbildung und Studium im Regierungspräsidium **Kassel**

MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER GESTALTEN DIE INNOVATION UND TRANSFORMATION IN UNSERER BEHÖRDE.

Das Regierungspräsidium Kassel schafft als mitarbeiter- und familienfreundlicher Arbeitgeber optimale Rahmenbedingungen. In vielen Arbeitsbereichen wird Telearbeit und Mobiles Arbeiten ermöglicht. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können aus einer Vielzahl von Arbeitszeitmodellen wählen.

Das Regierungspräsidium Kassel legt Wert auf eine qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Ausbildung, Fortbildung und Personalentwicklung. In folgenden Bereichen bilden wir aus:

- Verwaltungsfachangestellte/-r
- Fachinformatiker/-in in der Fachrichtung Systemintegration
- Sekretäranwärter/-in
- Inspektoranwärter/-in in der allgemeinen Verwaltung (Public Administration)
- Inspektoranwärter/-in in der allgemeinen Verwaltung (Digitale Verwaltung)
- Fachkraft für Wasserwirtschaft
- Technische(r) Oberinspektoranwärter/-in in der Umweltverwaltung
- Technische(r) Oberinspektoranwärter/-in in der Fachrichtung Arbeitsschutzverwaltung
- Referendariat in der Fachrichtung Umwelttechnik/Umweltschutz, Fachgebiet Umwelttechnik
- Referendariat in der Arbeitsschutzverwaltung
- Rechtsreferendariat

Darüber hinaus bieten wir Praktika für Schülerinnen, Schüler und Studierende in den unterschiedlichen Aufgabenbereichen der Behörde an.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind uns wichtig. Deshalb konzipieren wir behörden- und zielgruppenspezifische Personalentwicklungsmaßnahmen.

Wir bieten attraktive Langzeitfortbildungen wie die zum/zur Verwaltungsfachwirt/-in, den Basislehrgang Verwaltung und die Qualifikation zur Ausbildung der Ausbilder/-innen an. Außerdem befinden sich derzeit mehrere Mitarbeitende im berufsbegleitenden Masterstudiengang Public Administration. Zur optimalen Vorbereitung auf den beruflichen Alltag sowie zur persönlichen Weiterentwicklung ermöglichen wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Teilnahme an zahlreichen und vielfältigen qualifizierenden Kurzzeitfortbildungen und Seminaren.



Der zweitgrößte Standort des Regierungspräsidiums befindet sich an der Kurt-Schumacher-Straße in der Kasseler Innenstadt. 450 moderne Arbeitsplätze sind in dem Neubau untergebracht, der Ende 2016 bezogen werden konnte. Hier arbeiten die Zentrale Bußgeldstelle des Landes Hessen, die Beihilfestelle und die Zentrale Ausländerbehörde. Immer mehr Aufgaben – immer mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Auch hier reicht der Platz inzwischen nicht mehr, sodass mehrere Dezernate 2021 in den Magazinhof an der Kasseler Leuschner-Straße umgezogen sind. Foto: Melanie Vogel

BUNT WIE EIN REGIERUNGSBEZIRK



Fotos von oben links:

Neuhof (Peter Mannert), Twistesee (Stadt Bad Arolsen), Fulda (Stadt Fulda), Fritzlar (Stadt Fritzlar), Baunatal (Stadt Baunatal), Willingen (Touristinfo Willingen), Edersee (Gemeinde Bad Wildungen), Rhön (Rhön Tourismus & Service GmbH), Bad Wildungen (Stadt Bad Wildungen), Bad Hersfeld (Stadt Bad Hersfeld), Bad Sooden-Allendorf (Stadt Bad Sooden-Allendorf), Kassel (Peter Bräutigam)

**Abteilung Z
Zentralabteilung**

Herr Dr. Wachter Tel. 106-1100
Fax 0611 32764 -1101

**Z1 Innere Organisations- und
Planungsangelegenheiten,
Interne Revision***
Frau Böhmecke-Schwafert
(kommissarisch) Tel. 106-1102

**Z2 Finanzen, zentraler Einkauf,
Dienstreise- und Fuhrpark-
management**
Frau Weißenborn Tel. 106-1435

**Z3 Personal, Personalentwicklung,
Aus- und Fortbildung**
Herr Dr. Hinz Tel. 106-1210
Frau Göpel Tel. 106-1209

Z5 Kommunalaufsicht
Herr Tampe Tel. 106-2145
(kommissarisch)

Z6 Informationstechnik
Herr Henze Tel. 106-1115

**Abteilung I
Beamtenversorgung, Beihilfen**

Frau Sommer Tel. 106-1110
Fax 0611 32764-1120

11 Beamtenversorgung
N.N. Tel. 106-1360

12 Beihilfen
Frau Aue Tel. 106-1200

**14 Zentrale Dienstunfallfürsorge,
Sachschadensersatz**
Frau Bläsing Tel. 106-1463

**Abteilung II
Verkehr, Planung, ländlicher
Raum, Verbraucherschutz**

Frau Linnenweber Tel. 106-2100
Fax 106-1691

**21 Regionalplanung, Bauleit-
planung, Bauaufsicht, Regional-
entwicklung**
Frau Linnenweber Tel. 106-3126

22 Verkehr
Herr Koch Tel. 106-3310

**23 Veterinärwesen und
Verbraucherschutz**
Herr Dr. Franz Tel. 106-2510

**24 Schutzgebiete, Artenschutz,
Biologische Vielfalt,
Landschaftspflege**
Frau Nordmann Tel. 106-4560

25 Landwirtschaft, Fischerei
Herr Laczny Tel. 106-4160

26 Forsten, Jagd
Herr Baumgarten Tel. 106-4180

**27 Naturschutz bei Planungen und
Zulassungen, Naturschutzdaten**
Herr Weber Tel. 106-4510

Regierungspräsident
Herr Klüber Tel. 106-1000

Regierungsvizepräsident
Herr Dr. Wachter Tel. 106-1100

**Regional-
versammlung**

**Abteilung III
Umweltschutz**

N.N. Tel. 106-3500
Fax 106-1661

Kassel

31.1 Grundwasserschutz, Wasserver-
sorgung, Altlasten, Bodenschutz
Herr Sudhoff Tel. 106-3710

31.3 Oberirdische Gewässer,
Hochwasserschutz
Herr Dr. Marburger Tel. 106-3590

31.5 Kommunales Abwasser,
Gewässergüte, Industrielles
Abwasser, Wassergefährdende
Stoffe
Herr Vicum Tel. 106-3630

32.1 Abfallwirtschaft
Frau Krumminga Tel. 106-3790

33.1 Immissions- und Strahlenschutz
Frau Tanneberg Tel. 106-3860

Bad Hersfeld

31.2 Grundwasserschutz, Wasserver-
sorgung, Altlasten, Bodenschutz
Frau Kaemling Tel. 106-2810

31.4 Kommunales Abwasser,
Gewässergüte, Oberirdische
Gewässer, Hochwasserschutz
Herr Ruscher Tel. 106-2830

31.6 Industrielles Abwasser,
Wassergefährdende Stoffe,
Salzwasserentsorgung
Herr Schädlich Tel. 106-2850

32.2 Abfallwirtschaft
Frau Geyer Tel. 106-2860

33.2 Immissionsschutz und
Energiewirtschaft
Frau Heuer Tel. 106-2880

34 Bergaufsicht
Herr Dr. Kunzmann Tel. 106-2900

Präsidialbüro

Frau Walmanns Tel. 106-1011

Persönlicher Referent/ Bürgerbeauftragter

Herr Gries Tel. 106-1009

Pressesprecher

Herr Conrad Tel. 106-1010

Frau Walmanns Tel. 106-1011

Öffentlichkeitsarbeit

Frau Hohmeister Tel. 106-1012

Abteilung IV Sicherheit und Ordnung

Frau Dombois Tel. 106-4000
Fax 0611 32764-1700

41 Hoheitsverwaltung, Gewerbe
Frau Krüger Tel. 106-1567

42 Ausländerrecht
Frau Dr. Göttlicher Tel. 106-1460

43 Brand- und Katastrophenschutz
Herr Finis Tel. 106-2417

44 Zentrale Bußgeldstelle
Herr Herr Tel. 106-1700
(kommissarisch)

Abteilung V Arbeitsschutz und Soziales

Frau Freund Tel. 106-3600
Fax 0611 32764-0500

51 Arbeitsschutz 1
Koordination, Grundsatzfragen,
Zentrale Fachaufgaben
Frau Gräß-Trinter Tel. 106-2750

52 Arbeitsschutz 2
Bau, Metall, Verkehr, Spreng-
stoffrecht inkl. Fachzentrum
Marktüberwachung
Herr Baier Tel. 106-4077

53 Arbeitsschutz 3
Chemie, Gesundheit,
Dienstleistungen, Röntgen
Frau Schneider Tel. 106-2771

54 Behördeninterner
Arbeitsschutz*, öffentliche
Verwaltung
Herr Palm Tel. 106-2715

55 Medizinprodukte- und
Produktsicherheitsrecht
Herr Quanz Tel. 106-4321

56 Fachzentrum für
Produktsicherheit und
Gefahrstoffe
N.N. Tel. 2000-199
Herr Dr. Westhof Tel. 106-4810

57 Soziales und Förderwesen
Herr Dr. Kreuzsch Tel. 106-2440
Frau Wiemer Tel. 106-2534

Gleichstellungsbeauftragte
Frau Adler Tel. 106-1017

Datenschutzbeauftragter
Herr Knop Tel. 106-1148

IT-Sicherheitsbeauftragter
Herr Knop Tel. 106-1148

**Ansprechperson für
Korruptionsprävention**
Frau Appel Tel. 106-1109

Personalratsvorsitzende
Frau Coskun Tel. 106-1030

**Vertrauensperson der
schwerbehinderten Menschen**
Herr Simon Tel. 106-3145

Regierungspräsidium
Kassel

